



Erkenntnisse aus den US-Wahlen 2020 – Thesen

Inhalt

Einleitung	2
Besonderheiten der amerikanischen Gesellschaft	4
Probleme des demokratischen Institutionen- und Wahlsystems der USA.....	12
Charakteristika der Parteien der Demokraten und der Republikaner.....	15
Zur Person und Agenda Donald Trumps.....	18
Zur Person und Agenda Joe Bidens	23
Vizepräsidentin Kamala Harris	33
Corona-Pandemie	34
Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes 2020	36
Ablauf der Wahlen	38
Analyse des Wahlergebnisses	41
Zwei Impeachments	44
Interregnum, Sturm aufs Kapitol, Inauguration	45
Rolle von Gewalt und rechten Milizen	49
Rolle des Militärs	50
Rolle der Wirtschaft und der Wall Street	51
Rolle der Medien.....	51
Veränderungen der Republikanischen Partei durch Präsident Trump	54
Allgemeine Schlussfolgerungen.....	57
Literatur	67
Anhang 1 Filibustern – Verhindern von Mehrheitsentscheidungen	68
Anhang 2 Gerrymandering – Manipulation von Wahlkreisen.....	70
Namensverzeichnis.....	71
Sachwort-Verzeichnis	73



Einleitung

Die USA und China kann man zurzeit wohl als diejenigen Staaten ansehen, deren Politiken im Vergleich zu anderen Ländern das politische Weltgeschehen weitaus am stärksten beeinflussen. Von daher ist es interessant zu bewerten, ob sich in den USA nach der zerstörerischen Präsidentschaft Trumps und nach einem Zeitalter des Neoliberalismus ein grundsätzlicher Wechsel der politischen Orientierung ankündigt, der auch in den US-Wahlen von 2020 zum Ausdruck gekommen sein könnte. Einiges deutet darauf hin. Doch die Lage ist widersprüchlich.

Joe Biden hat im November 2020 die Wahl zum Präsidenten nur relativ knapp gewonnen. Im Prinzip ringen zwei in etwa gleich starke politisch-kulturelle Lager um die Macht; beide sind jeweils tief in der Bevölkerung verankert. Das eine Lager wird repräsentiert durch die Republikanische Partei, die vor allem diejenigen Bevölkerungskreise vertritt, die sich wirtschaftlich bedroht, geringgeschätzt oder kulturell zurückgestoßen fühlen. Das andere Lager wird vertreten durch die Demokratische Partei; ihre Anhängerschaft lässt sich grob zweiteilen in diejenigen, die von der Globalisierung profitieren, das sind vor allem gut Ausgebildete, meist Akademiker, die in größeren Ballungszentren leben; und zum anderen in große Teile ethnischer Minderheiten, die sich durch die Politik der Demokraten Verbesserungen ihrer Lage erhoffen. Das erste Lager kann man als rechtskonservativ, das zweite als linksliberal bezeichnen.

Zugespitzt und auf jüngere Entwicklungen bezogen bietet die Republikanische Partei ihren Anhängern extrem rückwärtsgewandte politische Konzepte und Lösungen an: Anknüpfen an die rassistische Tradition in den USA, ausgrenzender Umgang mit ethnischen Minderheiten und striktes Verhindern von Einwanderung; Orientierung an einem traditionellen Familienbild, Zurücktransformieren der Rolle der Frau hin zur Hausfrau und Mutter und dabei Verfolgen eines strikten Verbotes von Abtreibungen; Zurückdrängen des Staates und Rückbau des bisher schon dürftigen Sozialsystems; Schleifen wichtiger demokratischer Institutionen, insbesondere einer unabhängigen Justiz, eines gleichen Wahlrechts für alle und freier, unabhängiger Medien; Ablehnung eines „staatlich verordneten Umweltschutzes“; Rückholen alter Industrien, einschließlich stark umweltgefährdender Unternehmen; (scheinheilige) Ablehnung der Wall Street; Betonen des Nationalstolzes bis hin zu einem ausgeprägten Nationalismus; weitere Bewaffnung der Bevölkerung mit den vordergründigen Rechtfertigungen persönlicher Freiheit und Recht zum Selbstschutz, aber beim radikalen Teil der Republikaner mit der hintergründigen Absicht, die eigenen politischen Ziele im Inneren gegebenenfalls auch mit Waffengewalt durchsetzen zu können.

Kennzeichen der politischen Orientierung der Demokraten sind: hohe Belohnungen der Gesellschaftsmitglieder und starke Definitions- und Bestimmungsmacht bei „herausragenden Leistungen“ (Meritokratie); Schutz der Ethnien, Verbesserung ihres Lebensstandards, leichter Zugang zum Wahlsystem für diese Gruppen, entschiedener Anti-Rassismus, keine vollständig geschlossene Grenzen, humaner Umgang mit Migranten; Ausbau des Sozialstaates mit einer allgemeinen Krankenversicherung, kostenloser Kinderbetreuung und einem Mindestlohn; Ausbau des öffentlichen Bildungssystems und kostenloses Studium; umfassender Klima- und Umweltschutz, mit massiven Einschränkungen und Begrenzungen der Öl- und Kohleindustrie sowie klassischer Industriebetriebe; enge Vernetzung mit den Akteuren des Finanzmarktes.

Beide Lager betreiben jeweils eine mit den genannten Positionen verknüpfte identitäre Politik, die jeweils die emotionale Seite ihrer Anhänger anspricht und damit Politik energetisch auflädt. Entsprechend hasserfüllt ist inzwischen die Wahrnehmung der „anderen Seite“. Rechtskonservative werfen den Linksliberalen vor, alte Werte in Bezug auf Familie und Patriotismus zu verraten und zu zerstören; einen unkontrollierten, das Land schädigenden Migrantenzustrom herbeizuführen; mit Verachtung auf weniger Gebildete herabzuschauen; einen räuberischen, die freien Bürger bevormundenden Staat ausbauen zu wollen; durch eine dirigistische und übertriebene Umweltpolitik massenhaft Arbeitsplätze zu vernichten; mit einem



überbordnenden, „kommunistischem“ bzw. „sozialistischem“ Sozialstaat Arbeitsverweigerer versorgen und Steuermittel verprassen zu wollen. Umgekehrt halten Linksliberale den Rechten entgegen: Rassismus, Unterdrückung von Frauen, Zersetzung der Demokratie, Säen von Hass, Gewalttätigkeit, Zerstörung der Umwelt.

Die obige Charakterisierung der beiden „Lager“ ist bewusst holzschnittartig vorgenommen worden, um die Hauptdifferenzen zwischen ihnen kenntlich zu machen. Innerhalb der Lager gibt es durchaus Differenzierungen und teils erhebliche Abweichungen von diesen Hauptlinien, was jedoch die Grundtendenzen nicht in Frage stellt. Im Verlaufe des Papiers wird auch auf die Differenzierungen eingegangen.

Die beiden Lager haben sich über einen Jahrzehnte währenden Prozess immer klarer herausgebildet. Waren die Grenzen zwischen der Republikanischen und der Demokratischen Partei bis zu den 1970er Jahren teilweise fließend und durchlässig, mit breiten Wählerschwenks zwischen den beiden Parteien und Parteienwechseln von Politikern, so begann diese Durchlässigkeit danach immer mehr zu schwinden. Die jeweilige Ideologie der Parteien und die Wertvorstellungen wurden immer konsistenter und geschlossener. Nach der Finanzkrise 2007-09 verhärteten sich die Positionen wesentlich stärker, was zu einer immer schärferen Abgrenzung gegenüber der anderen Seite führte. War es bis etwa zur Jahrhundertwende noch möglich, sich in bestimmten zentralen politischen Fragen über die Lagergrenzen hinweg teilweise zu verständigen, so gelingt das in jüngster Zeit nicht mehr. Die eigenen Positionen werden immer unerbittlicher, oft hassefüllt, gegenüber der anderen Seite vertreten. Zwischen den 1930er und 1970er Jahren waren die Demokraten fast durchgängig die stärkste politische Kraft, was die Abstimmung untereinander erleichterte. In jüngster Zeit jedoch lösen sich die beiden Parteien bei Kongress- und Präsidentschaftswahlen in stetem Wechsel einander ab. Damit verbunden werden die oben genannten strittigen politischen Fragen wie in einem Ping-Pong-Spiel mal in die eine, mal in die andere Richtung getrieben.

Die USA lassen sich vielleicht mit einer großen Standuhr vergleichen. Das demokratische System steht seit den 1980er Jahren praktisch still und entwickelt sich nicht weiter. Mit dem Pendel werden die großen politischen Projekte und Fragen hin und her geschwungen, mal in die linke, mal in die rechte Richtung. Die Pendelbewegung zeigt sich auch an der Wahl des Präsidenten: ab 1981 nach rechts mit Ronald Reagan und George H.W. Bush, ab 1993 nach links mit Bill Clinton, ab 2001 nach rechts mit George W. Bush, ab 2009 nach links mit Barack Obama, ab 2017 nach rechts mit Donald Trump, ab 2021 nach links mit Joe Biden. Zeitlich versetzt, bedingt durch die in der Mitte der Präsidentschaften stattfindenden Teil-Kongresswahlen, findet die Pendelbewegung auch in den Kongressmehrheiten statt. Diese ständigen Richtungsänderungen trugen mit dazu bei, dass intern in den USA politische Stabilität, Verlässlichkeit und Vertrauen in das demokratische System weitgehend verloren gegangen sind. In seinen Außenbeziehungen irritierte dieses weltpolitisch extrem wichtige Land andere Staaten immer häufiger.

Präsident Obama hatte noch die Illusion, sich über die wichtigsten politischen Projekte (z.B. eine allgemeine staatliche Krankenversicherung oder ein breites Klimaschutzprogramm) mit den Republikanern verständigen zu können. Diese Hoffnung war angesichts einer massiven Konfrontationsbereitschaft der Gegenseite wohl naiv. Biden erkennt nun die neue Realität an und versucht mit aller Macht und Kraft und mit bisher nie gewesenem staatlichen Mitteleinsatz seine Projekte ohne die Republikaner durchzusetzen. Dabei stehen ihm jedoch mächtige Hindernisse in Form extrem fehlerhafter Ausgestaltungen der Verfassung und der demokratischen Institutionen der USA entgegen. Die Wahl Obamas schien nach der Finanzkrise 2007-09 Aufbruch, Neubeginn und soziale Umgestaltung der amerikanischen Gesellschaft zu verheißen. Im Nachhinein hat sich dies als große Illusion herausgestellt. Ähnlich euphorisch wird nun der Beginn der Präsidentschaft Bidens in den Medien gefeiert, mit der gewagten Vorhersage, dass Biden einen Bruch in der amerikanischen Geschichte herbeiführen und einen Sozialstaat



etablieren wird. Vielleicht ist es richtiger, von einem Groß-Experiment zu sprechen, dessen Ausgang völlig offen ist angesichts der zerstörerischen Entschlossenheit der Republikanischen Partei sowie institutioneller Hemmnisse, unbewältigter Widersprüche in den Reihen der Demokraten und eines drohenden Verlustes der Kongressmehrheit bereits im November 2022. Immerhin wagen Biden und seine Regierung dieses Experiment. Aber die Menschen in den USA, wie auch bei uns, entscheiden nicht nach rein rationalen Gesichtspunkten, sondern prüfen ihre Emotionen und ihre Moralvorstellungen und achten darauf, wer sie anerkennt, wer ihnen zuhört, und wer ihre Sprache spricht, und zwar in ehrlicher Absicht. Und dabei haben die Demokraten nicht unbedingt alle wichtigen Trümpfe des Blattes auf ihrer Hand.

Im folgenden Text geht es schwerpunktmäßig um die US-Wahlen 2020 mit ihren Zerwürfnissen und dramatischen Ereignissen. Diese Entwicklungen werden in ihrer gesamten Breite dargestellt, um so noch einmal die gewaltige Dimension der Ereignisse ermessen zu können. Zusätzlich werden wichtige Phänomene der amerikanischen Gesellschaft und historisch lange Linien mitbetrachtet, da so die politischen Ereignisse des Jahres und ihre möglichen Folgen wahrscheinlich besser verstanden werden können. Der Blick wird vorrangig auf die inneren Auseinandersetzungen in den USA gerichtet. Daneben wird auch auf die Außenbeziehungen der USA eingegangen, die sich in der Präsidentschaft Bidens ebenfalls erheblich verändern und Europa betreffen werden.

Der Text ist in Form von Thesen verfasst, die dann jeweils auch für sich nachvollzogen und überprüft werden können. Die vorangestellte Gliederung kann als Hilfestellung für diejenigen Leserinnen und Leser angesehen werden, die sich nur für bestimmte Punkte interessieren. Namens- und Schlagwortverzeichnisse am Ende soll das Auffinden bestimmter Probleme und Namen erleichtern. Kommentare und Kritiken an unseren Positionen sind herzlich willkommen.

Besonderheiten der amerikanischen Gesellschaft

1. Die Geschichte der USA ist durchgängig von tiefen *Polarisationen und Spaltungen* geprägt. Die wichtigsten sozialstrukturell bedingten Zerwürfnisse bestehen heute zwischen Arm und Reich, zwischen Nicht-Akademikern und Akademikern, zwischen Schwarz und Weiß sowie zwischen Land und Stadt. Mit diesen Spaltungen verzahnt sind ideologische und kulturelle Zerwürfnisse, die mit erlebten Verlustängsten, ökonomischen Benachteiligungen sowie gesellschaftlichem und bildungsmäßigem Ausgeschlossenheit zusammenhängen. Die Spaltungen ziehen sich durch Regionen, Wohnbezirke, Freundes- und Bekanntenkreise oder sogar durch das gesamte soziale Umfeld von Personen und verhindern inzwischen weitgehend den Dialog, die gemeinsame Debatte und den Austausch über Lagergrenzen hinweg. Dadurch entstehen zunehmend festgefügttere Bilder, Deutungen, Meinungen und Vorurteile über Sachverhalte und über die jeweils „andere Seite“, bis hin zu verbreiteten Verschwörungstheorien, sodass Verständigungen und Kompromissbildungen über gemeinsame, übergreifende Ziele immer unerreichbarer sind. Weiter zunehmen könnten dadurch Hass, gegenseitige Aggressionen bis hin zu noch mehr Waffengewalt, und Aufstellung immer aggressiverer, unversöhnlicherer Kandidaten bei Wahlen. Es hat sich ein System unerbittlicher Parteilichkeit („partisanship“) herausgebildet. Die gesellschaftliche Spaltung in den USA ist seit den 1980er Jahren immer tiefer geworden. Selbst die Katastrophe der Finanzkrise 2007-09 hat nicht zu Überbrückungen der Lagergrenzen geführt, eher im Gegenteil. Dies hängt auch damit zusammen, dass es sehr große Gewinner (Besitzer von Finanz-Vermögenswerten) und sehr große Verlierer (untere Einkommenschichten) aus dieser Krise gab, wobei Letztere „den Eliten“ die Schuld geben. Die Coronapandemie und die durch sie erzeugte Wirtschaftskrise hat die Spaltung um ein weiteres verschärft.



2. Es gibt eine Reihe von *Erklärungsversuchen* dafür, wie sich die tiefe kulturelle und politische *Spaltung* in den USA herausgebildet hat. Die amerikanische Soziologin Arlie Russell Hochschild hat sich hiermit intensiv befasst. Sie greift zunächst Erklärungsversuche von anderen auf, so z.B. die „Zwei-Stufen-höher“-These. Nach dieser begrüßen Bevölkerungsschichten, die auf staatliche Lebensmittelunterstützung und Gesundheitsversorgung für Bedürftige (Medicare) angewiesen sind, diese staatlichen Leistungen, gehen aber nicht zur Wahl. Die sozial etwas höher Stehenden, weiße Konservative, benötigen diese Leistungen nicht, gehen wählen, und stimmen für die Republikaner und gegen staatliche Leistungen für die Armen. Dann gibt es die „Irreführungsthese“. Nach dieser schaffen es Vertreter aus Wirtschaft und (rechter) Politik, die unteren Schichten mit Fehlinformationen und -interpretationen bewusst irrezuführen. Die „Geografie-Politik-Verknüpfungs-These“ betont die unterschiedlichen kulturellen Traditionen in den einzelnen Regionen. Demnach ist eine ländliche Bevölkerung generell konservativer; Südstaatler haben ihre historischen Wurzeln in einem Kastensystem, verlangen lokale Kontrolle und lehnen Machtbefugnisse der Bundesebene ab (der historische Gegensatz zwischen Nord- und Südstaatlern spielt dabei eine Rolle). Demgegenüber sind Bewohner Neuenglands an Europa und an guter Verwaltung orientiert und glauben, dass eine gute Staatsführung sich für das Gemeinwohl einsetzen kann. Und schließlich gibt es die „Werte-These“, nach der Linke und Rechte sich an sehr unterschiedlichen Wertvorstellungen orientieren, und bereit sind, bei Erfüllung dieser Werte durch Politiker über deren politische Maßnahmen, die sie schlecht finden, hinwegzusehen. Für Linke ist es beispielsweise wichtig, dass der Staat Personen in Notlagen hilft und dass die soziale Lage von Benachteiligten korrekt wahrgenommen wird. Für Rechte sind Autorität, Gehorsam, nationale Orientierung, ethnische Homogenität und strikt-traditionelle Familienideale zentral. Hochschild billigt allen diesen Erklärungsansätzen ihre je eigene Berechtigung zu, hält sie aber nicht für ausreichend. In ihrer „Emotionale-Grundlagen-These“ versucht sie, die „emotionale Tiefenstruktur“ insbesondere von rechts orientierten Bevölkerungskreisen nachzuvollziehen. Dabei geht sie dem „großen Paradox“ nach, dass diese Schichten sich in ihren politischen Handlungen oft gegen ihre eigenen Interessen verhalten. So wählten Personen unterer Einkommensgruppen Trump, obwohl dieser ökonomisch eindeutig die Interessen von Reichen bediente. Von Umweltkatastrophen wirtschaftlich und gesundheitlich massiv Geschädigte lehnen staatliche Umweltaufsicht und Umweltpolitik ab. Gruppen, deren Arbeitsplätze ständig gefährdet sind, deren Löhne immer weiter sinken und deren Arbeitsbedingungen immer drückender werden, treten vehement für eine Politik völlig freier Märkte und völlig freien Unternehmertums ein. Diese Schichten haben auch ein spezifisches, im Kern negatives, Verhältnis zum Staat: In ihren Augen untergräbt der Staat die Gemeinschaft; verbraucht zu viel Steuergelder; mischt sich übermäßig in die Angelegenheiten der Leute ein und nimmt ihnen ihre Freiheit; betrügt seine Bürger und schützt sie nicht; hat eigentlich immer schlechte Absichten; übt zu viel Kontrolle aus (z.B. beim Waffenbesitz); tut auf Bundesebene zu viel und häuft dort zu große Vermögen an; benutzt Missstände, gegen die er vorgeht dazu, seine Macht immer weiter auszudehnen; verrät das Volk und überreguliert alles. Demgegenüber betonen die rechten Bevölkerungsschichten folgende Werte positiv: freie Marktwirtschaft und freies Unternehmertum; eine hilfsbereite Gemeinschaft, die sich ohne den Staat gegenseitig stützt; eine Einstellung des Durchhaltens und Sich-Anpassens, wenn alles schlecht läuft, und dann auch nicht jammern und ständig nach dem Staat rufen oder Geld von ihm abholen, um nicht arbeiten zu müssen; hart arbeiten, um in einer Schlange, die zum amerikanischen Traum strebt, weiterzukommen; Stolz und Ehre verspüren, wenn man nicht auf den Staat angewiesen ist; einen höheren Status erreichen können, wenn man ohne den Staat auskommt. Fördert der Staat „angeblich“ benachteiligte soziale Schichten, wie Schwarze, erleben die rechten Schichten es als eine ungerechte Unterstützung von „Vordränglern“ in



der Schlange hin zum amerikanischen Traum, in die man sich selbst eingeordnet und hart daran gearbeitet hat, vorwärtszukommen. Die rechten gesellschaftlichen Gruppen empfinden es als ungeheure Zumutung, dass die Linken ihnen ständig „vorschreiben“, wie sie mit den angeblich Benachteiligten mitzufühlen haben. Sowohl die „Linken“ als auch die Rechten beanspruchen für sich die jeweils wahrhaftigere Moral. Bei den Gebildeten, Liberalen und Kosmopoliten sind dies Toleranz, Gerechtigkeit und Vernunft. Für die Konservativen sind dies Codewörter für Besserwisseri, Gängelung und Gottlosigkeit. Für diese hat Hochschild die oben genannten Werte festgestellt.¹

3. Ganz anders als in Europa haben Amerikaner aufgrund ihrer *kulturellen Grundorientierungen*² und ihrer Geschichte (generell höhere Risikobereitschaften) eine Grundtendenz zur Betonung von Eigenverantwortlichkeit, und spiegelbildlich dazu eine Abneigung, dem Staat große Verantwortung (außer vielleicht in Sicherheitsfragen) und Eingriffsmöglichkeiten in eigene Entscheidungsbereiche zu gewähren. Dies gilt insbesondere für Fragen der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik, und zwar selbst dann, wenn individuelle Probleme kaum noch beherrschbar sind, wie im Falle schwerer Krankheiten, deren Behandlung nicht durch eine Versicherung abgedeckt ist und deren Kosten den Umfang mehrerer Jahresgehälter annehmen können. Selbst viele sehr arme Familien lehnen eine allgemeine staatliche Krankenversicherung ab. Aber bis zu einem gewissen Maße ist diese Grundeinstellung wandelbar. Insgesamt hat es immer wieder Versuche zu deren Einführung gegeben, so z.B.: um 1900; 1949; in den 1950er Jahren; in den 1960er Jahren (wo es Präsident Johnson gelang, die Krankensicherungssysteme Medicare für Alte, und Medicaid für Arme, durchzusetzen); ab 1992 (Bill Clinton); in 2010 (die von Präsident Obama eingeführte Krankenversicherung „Affordable Care Act“ für einen Teil der US-Bevölkerung, durch die der Anteil der Unversicherten von 16 % auf 9 % reduziert wurde). Präsident Trump versuchte vergeblich, die (recht schlecht ausgestaltete) „Obama-Krankenversicherung“ (Obamacare) wieder zu beseitigen; jedoch war der Widerstand dagegen in Teilen der Bevölkerung bzw. der Öffentlichkeit zu groß; außerdem bekam Trump keine genügende Mehrheit für eine gesetzliche Abschaffung im Senat zustande.³ Zur Staatsskepsis passt, dass Steuern in den USA in großen Teilen der Bevölkerung extrem unpopulär sind und für massive Steuersenkungsprogramme oft recht leicht Mehrheiten zu gewinnen sind, selbst wenn dadurch bestimmte Politikfelder (z.B. Sozialpolitik) eingeschränkt werden und mit erheblichen persönlichen Nachteilen und Zukunftsunsicherheiten verbunden sind.
4. Die *Sozialstruktur der USA* hat sich in den letzten 50 Jahren erheblich verändert: Die Zahl der Einwohner nahm seit den 1970er Jahren bis heute von 202 Millionen auf 331 Millionen zu; der Anteil der weißen Bevölkerung reduzierte sich dabei von 87 % auf 60 %. Demgegenüber stiegen die Anteile anderer Bevölkerungsgruppen: der der schwarzen Bevölkerung von 11 % auf 12 %, der der Latinos von verschwindender Größe auf 19 %, und der der Asien-Amerikaner von ebenfalls unbedeutender Zahl auf 6 %. Auf der anderen Seite ist der Anteil der im Ausland Geborenen unbedeutend geworden; er hatte in den 1970er Jahren noch einen Anteil von 4,8 %. Die „Minoritätsgruppen“ stellen zusammen genommen in Hawaii, New Mexico, Kalifornien, Texas, Nevada und Maryland jeweils die Bevölkerungsmehrheit. Bundesweit ist die Hälfte der unter 16-Jährigen nicht weiß. 1970 waren ca. 5 % der Bevölkerung Migranten, in 2020 waren dies 14 %. Seit 1970 bis heute stieg der Anteil der Amerikaner mit Highschool-Abschluss von 52 % auf 90 %, mit College-Abschluss von 14 % auf 33 % (bei Frauen von 8 % auf 35 %). 1970 waren 43 % der Frauen

¹ Hochschild 2017; Süddeutsche Zeitung 09.11.2020, S. 11

² insbesondere geprägt durch das philosophische und gesellschaftspolitische Konzept des Utilitarismus

³ Lepore 2019; Wikipedia; Börsenzeitung 17.10.2021, S. 5



über 16 Jahre berufstätig, in 2020 56 %. In 1970 arbeiteten 23 % der Erwerbstätigen in der Industrie, heute sind dies nur noch 8 %.⁴

5. Die *Chancen der Wähler* in den USA sind *ungerecht verteilt*. Republikanische Regierungsvertreter der verschiedenen Ebenen bauen, nach langer entsprechender Tradition, aktuell immer noch zahlreiche Hindernisse auf, um Minderheiten wie Afro-Amerikanern und Hispanics, die überwiegend den Demokraten ihre Stimme geben, das Wählen zu erschweren. So wurden in Wahlbezirken mit hohen Bevölkerungsanteilen dieser Gruppen die Zahl der Wahlstationen verringert. Es wurden Barrieren bei der Registrierung als Wähler (Voraussetzung für das Wählen) aufgebaut, beispielsweise durch die Vorschrift, dass bei der Registrierung ein „amtliches Dokument“ (z.B. Führerschein oder Reisepass) vorgelegt werden muss, über die Minderheiten teilweise nicht verfügen. Es gibt vielfach keine Online-Registrierungsmöglichkeit, oder, wenn es sie gibt, wird sie häufig sehr kompliziert ausgestaltet. So müssen sich in Texas Personen, die Minderheiten bei der Registrierung helfen, einer besonderen Ausbildung unterziehen. Weiterhin hat Texas bewusst kein Online-Registrierungssystem eingerichtet. Außerdem ist in dem Bundesstaat eine Briefwahl nur für Behinderte, Kranke oder Alte vorgesehen. Der letzte Punkt erschwert insbesondere demokratischen Wählern den Wahlakt, weil diese häufiger per Briefwahl abstimmen (dies war in der Corona-Krise nochmals stärker der Fall).⁵
6. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis nach dem Ersten Weltkrieg („gilded age“, das „vergoldete Zeitalter“) hatte sich in den USA eine tiefe *ökonomische Ungleichheit* herausgebildet. Deutlich abgebaut wurde diese seit der New Deal-Politik des Präsidenten Franklin Delano Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise ab 1933, und noch stärker zwischen den 1950er und den 1970er Jahren, als sich eine breite, gut situierte Mittelschicht herausbildete. Seit der „konservativen Revolution“ der 1980er Jahre, der ausgeprägt neoliberalen Politik der Regierung von Präsident Ronald Reagan, hat die Spaltung auf der Grundlage von Arm und Reich wieder beträchtlich zugenommen. Unter den hochentwickelten westlichen Ländern sind die USA aktuell das Land mit der schärfsten ökonomischen Ungleichheit. Die Löhne der unteren Einkommensgruppen sind seit den 1980er Jahren faktisch nicht mehr gestiegen. Sie betragen heute, fast wie 1980 (inflationsbereinigt) nur 18.500 Dollar pro Jahr. In 1980 lag der Einkommensanteil des obersten einen Prozents bei 10 % des gesamten Nationaleinkommens und der der unteren 50 % bei 20 %; dies kehrte sich bis 2019 um: das oberste eine Prozent hat nun einen Anteil von 20 %, die unteren 50 % einen von 12 %. Der gesetzliche Mindestlohn entsprach 1950 50 % des Durchschnittseinkommens, in 2019 nur noch 20 %. Zugleich wurde dieser in 1950 mit 3 % besteuert, in 2019 mit 15 %. Die Kaufkraft eines weißen Arbeiters mit mittlerem Einkommen ist zwischen 1979 und 2017 um 13 % gefallen, während das US-Volkseinkommen je Einwohner in dieser Phase um 85 % stieg. Einkommen aus Arbeit und Einkünfte aus Kapital werden sehr ungleich besteuert, was der Hauptantriebsmotor der Verstärkung der ökonomischen Ungleichheit in den USA ist. Der Spitzensteuersatz für Arbeitseinkommen beträgt 39,6 % ab einem Jahres-Einkommen von etwa 400.000 Dollar. Für Kapitaleinkommen gilt ein einheitlicher, *nicht-progressiver* [!] Satz von 20 %. Durch Ausnahmen werden außerdem viele Kapitaleinkommen gar nicht besteuert. Dies führt dazu, dass Reiche der Arbeitseinkommensteuer ausweichen und Unternehmen bilden, um sich niedriger besteuern zu lassen. Für große Unternehmen kommt hinzu, dass sie sich auch der Körperschaftssteuer entziehen, indem sie Gewinne in Steueroasen außerhalb des Landes verschieben. Während untere Einkommenschichten der Besteuerung kaum ausweichen können, zeigt sich am Beispiel Marc Zuckerbergs

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung 02.11.2020, S. 6

⁵ The Economist 10.10.2020, S. 39; Börsenzeitung 30.10.2020, S. 7: Mehr als 78 Millionen Amerikaner hatten bereits 5 Tage vor der Wahl ihre Stimme abgegeben, 70 % von diesen entfielen auf registrierte Demokraten



(Facebook) das Gegenteil: Sein effektiver persönlicher Einkommensteuersatz liegt gegenwärtig bei nahe 0 %. Dabei ist es erstaunlich, dass die USA in bestimmten Phasen ihrer Geschichte zu den Ländern mit den höchsten Steuersätzen zählten. So betrug der Spitzensatz der Einkommensteuer zwischen 1930 und 1980 durchschnittlich 78 %, zwischen 1951 und 1963 durchschnittlich 91 % und zwischen 1944 und 1981 durchschnittlich 81 %. Der Spitzensatz in der 1916 eingeführten Vermögensteuer (in Form einer Erbschaftsteuer) lag in der Phase von 1935 bis 1981 zwischen 70 % und 80 %. Die niedrigen Einkommen der unteren Schichten führen oft zu großer Armut, zur Notwendigkeit mehrerer Jobs und zum Verzicht auf angemessene Versorgung im Falle schwerer Krankheit. Die Ungleichheit zeigt sich auch deutlich auf dem Feld der Gesundheit. Während sich obere Einkommenschichten gesundheitlich optimal versorgen können, gilt das krasse Gegenteil für untere Schichten. 27,5 Millionen Amerikaner sind nicht krankenversichert. Trotz der extrem hohen Kosten des amerikanischen Gesundheitssystems (etwa 18 % des Bruttoinlandsproduktes) sind die USA das einzige hoch entwickelte Land, in dem die durchschnittliche Lebenserwartung seit Jahren sinkt.⁶

7. Der Zustand, und mehr noch die Aussichten der *Wirtschaft* standen bei Wahlen in den USA immer deutlich im Vordergrund. Andere Themenfelder rangierten in der Regel weit dahinter, wie z.B. sozialpolitische Fragen oder die Corona-Epidemie, trotz ihrer tiefgreifenden Auswirkungen. Als Gründe dieser Prioritätensetzung können gelten: die recht geringen Verdienste in den unteren Bevölkerungssegmenten; das extreme Angewiesensein auf den Job, der angesichts eines dürftigen Sozialsystems oft erst zu einer (vom Arbeitgeber finanzierten) Krankenversicherung führt; die Notwendigkeit eines starken wirtschaftlichen Wachstums, von dem die Sicherheit von Jobs übermäßig abhängig ist. Spätestens seit der Finanzkrise 2007-09 hat sich die absolute Dominanz wirtschaftlicher Themen relativiert. Auf der persönlichen Ebene sind wirtschaftliche Fragen nun noch stärker mit kulturellen Fragen verknüpft, die das Empfinden des eigenen Status und der Stellung und Wertigkeit im Gemeinwesen betreffen. Und die Auseinandersetzung um Moral, Werte, Wertschätzung, Identitäten, Bewertung von Nation und nationalem Stolz sowie allgemein kulturelle Fragen hat sich teilweise von wirtschaftlichen Fragen losgelöst.⁷ Wie unten noch gezeigt wird, sind derartige, teils als irrational gebrandmarkte, Diskussionen durchaus wichtig und notwendig; aber andererseits tragen sie zu Emotionalisierungen und Dämonisierungen in politischen Auseinandersetzungen und Wahlen bei.
8. *Sozialpolitik* hat in der amerikanischen Gesellschaft und in der amerikanischen Geschichte eine schwache Bedeutung. Das, was in Europa oft als selbstverständliche sozialdemokratische Politik gilt, beispielsweise die Einrichtung einer allgemeinen staatlichen Krankenversicherung oder ein ein- bis zweijähriges existenzsicherndes Arbeitslosengeld, kann in den USA in den Augen breiter Bevölkerungskreise relativ leicht als „sozialistisch“ oder „kommunistisch“ denunziert werden. Die Ursachen dürften in einem Wechselspiel liegen zwischen der betont „eigenverantwortlichen“, individualistischen, sehr staatsdistanzierten Einstellung vieler US-Bürger und einem kollektiven Gedächtnis aus historischen Erfahrungen seit den 1930er Jahren: Ein teilweise als bevormundend empfundener Staat aus der New Deal-Ära sowie die Ereignisse im Rahmen des Kalten Krieges, in denen die kommunistischen Gesellschaften als totalitaristisch bzw. totalitär und als diametral entgegengesetztes Modell zur amerikanischen Gesellschaft wahrgenommen wurden.

⁶ Saez/Zucman 2020, S. 29, S. 40, S. 45, S. 50, S. 62 f. und S. 219; Piketty 2020; Milanovic 2016; Stiglitz 2014; Stiglitz 2015; Krugman 2007; Der Spiegel 10.04.2021, S. 75 f.

⁷ Sandel 2020; Hochschild 2017; Sheri Berman: „Wir gegen die“, in IPG 18.02.2021



9. Trotz eines langen Säkularisationsprozesses in der westlichen Welt spielen in jüngerer Zeit in den USA bei politischen Entscheidungen *religiöse Einstellungen und Gruppen* eine bedeutsame Rolle. Die Verabschiedung der amerikanischen Verfassung 1787 erfolgte in einer relativ säkularisierten Gesellschaft, die durch den Geist der Aufklärung mit ihrer Betonung des Vernunftprinzips geprägt war. Aber seit dem 19. Jahrhunderts fanden evangelikale religiöse Gruppen in der amerikanischen Bevölkerung immer mehr Anhänger, ohne allerdings etwa 100 Jahre lang eine größere Rolle in der Politik zu spielen. Der Evangelikalismus ist keine eigene Kirche, sondern erstreckt sich über zahlreiche Einzelrichtungen des Protestantismus. Ursprünglich knüpfte der Evangelikalismus an die methodistischen Erweckungsbewegungen und an den Pietismus an. In religiöser Hinsicht sind die Hauptorientierungen des Evangelikalismus: tiefe Überzeugung einer geistigen Wiedergeburt; der Tod Jesus' am Kreuz setzt diese Wiedergeburt in Gang; eine persönliche Beziehung des Gläubigen zu Jesus; höchste Autorität der Bibel, die buchstäblich, unumstößlich und irrtumsfrei Geltung hat und zu befolgen ist; starkes Vertrauen in missionarische Tätigkeit und sozial-reformerische Anstrengungen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden evangelikale Kräfte in einer Welle neuer Erweckungsbewegungen⁸ freigesetzt, offenbar befördert durch die Entstehung des industriellen Kapitalismus. Bis etwa 1925 hatte sich außerhalb des Südens der USA ein Mainstream unter den Evangelikalen etabliert, geprägt durch akademisch Gebildete, in dem das Prinzip der absoluten Bibeltreue aufgegeben wurde und der Wissenschaft vertraut wurde, in dem man sich vom Rassismus abwandte und in hohem Maße sozial engagierte. In den 1960er Jahren ging die Zeit der politischen Enthaltensamkeit der Evangelikalen zu Ende. Im Verborgenen hatte unter ihnen, insbesondere im Süden der USA, bereits ein sehr konservativer, fundamentalistischer Zweig existiert. Zwei wichtige gesellschaftliche Ereignisse führten dazu, dass dieser Zweig in die aktive Politik eintrat: Der Drang konservativer Bevölkerungskreise, der kulturell-politischen „Revolution“ der 1960er-Bewegungen mit ihren ganz anderen Werten etwas entgegensetzen zu wollen; und die Entstehung der „konservativen Revolution“ mit ihrer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, verbunden mit dem republikanischen Politiker Ronald Reagan. Es setzten nun Verständigungs- und Kooperationsprozesse zwischen Evangelikalen und republikanischen Politikern ein, die zu engen Verbindungen, bis hin zu Verschmelzungen führten. Evangelikale und Republikaner traten gemeinsam für eine scharfe Politisierung von Anti-Abtreibungspositionen ein, wandten sich gegen Homosexuelle und übernahmen den Rassismus und den Sexismus des Südens. Ausgeprägt unter dieser Gruppe von Evangelikalen war zudem ein christlicher Nationalismus: die amerikanische Nation sei durch christliche Bestimmung geprägt; Nicht-Christen könnten keine „wahren Amerikaner“ sein. In dieser Gruppe finden sich heute zahlreiche Verschwörungstheoretiker. So zeigte eine jüngste Umfrage, dass 28 % der weißen Evangelikalen Vertrauen in die Verschwörungsbewegung QAnon setzten. Von außen wurden die Evangelikalen nun *generell* mit diesem radikal-konservativen Zweig gleichgesetzt, obwohl es unter ihnen weiterhin andere Strömungen gab, die aber kaum noch in Erscheinung traten. In den Wahlen von 2016 kam es zu einem Schulterchluss rechter Evangelikaler mit Erzkatholiken, verbunden mit einer massiven Unterstützung der Republikaner, einschließlich Trumps. Etwa 80 % der weißen

⁸ Erweckungsbewegungen gibt es vorwiegend im Protestantismus bzw. in dessen Umfeld. Erweckung meint dabei ein intensives subjektives Erlebnis eines plötzlichen Ergriffenseins von Gott, welches zu radikalen Änderungen in der Lebensführung des Ergriffenen führt. Bei einer Erweckungsbewegung ist dann eine ganze Gruppe oder eine Region von dem Erweckungserlebnis erfasst. Die Erweckungsbewegungen grenzen sich in der Regel von etablierten Kirchen ab, die sie dabei als dogmatisch oder liturgisch erstarrt oder als zu traditionalistisch ansehen. Die Erweckungsbewegungen sehen die Heilige Schrift meist als unmittelbar im Leben anzuwendende Grundlage an. Erweckungsbewegungen sind in der Regel mit starken Emotionen verbunden. Erste Erweckungsbewegungen gab es im England des 16. und 17. Jahrhunderts, in den neuen amerikanischen Staaten dann im 18. Jahrhundert und eine weitere starke Welle in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.



Evangelikalen stimmten in 2016 für Trump. Bei der Präsidentschaftswahl 2020 gaben 81 % der evangelikalen Wähler (die an der Gesamtwählerschaft etwa ein Viertel ausmachen) und 52 % der Katholiken Trump ihre Stimme. Die von Trump in 2020 für den Supreme Court benannte Richterin Barrett gilt als tief gläubiges Mitglied der katholischen Kirche. Trump besuchte im Rahmen seines Wahlkampfes 2020 eine Reihe evangelikaler Zeremonien, um der evangelikalen Wählerschaft seine „Zuneigung“ zu demonstrieren. Moderatoren oder Gäste auf den TV-Sendern Fox und Newsmax nannten, tatsächlich tief religiös gemeint, Trump ein „Geschenk Gottes“ bzw. „einen Gesandten Gottes“. Die vierjährige Präsidentschaft Trumps hatte auf die Verbindung zwischen Evangelikalen und Trump bzw. den Republikanern aber einen gespaltenen Einfluss: ein Teil hält weiterhin, in quasi ersatzreligiöser Weise, zu ihm; ein anderer Teil, aufgrund der extremen Verhaltensweisen Trumps und verstärkt durch die dramatischen Ereignisse des Aufstandes vom 06. Januar 2021, sieht die Verbindung inzwischen sehr kritisch und glaubt, dass die eigenen Aktivitäten viel zu stark auf Politik ausgerichtet waren und nun wieder auf Kirche und Glaube zurückgeführt werden sollten; dieser Teil neigt dazu, die Verbindung zu Trump bzw. sogar zu den Republikanern ganz aufzulösen. Sichtbar sind die jüngsten Veränderungen an Verlautbarungen der National Association of Evangelicals (NAE), eine der größten Dachorganisationen der amerikanischen Evangelikalen mit 45.000 Kirchen aus 40 Glaubensgemeinschaften. Der Verband will sich stärker intellektuell und weniger an Weißen orientiert ausrichten und nicht mehr konfrontativ agieren. Neuer Präsident ist der koreanisch-amerikanische Pastor Walter Kim, der Vorsitzende des Boards ist ein Afro-Amerikaner. In nächster Zeit werden auch demografische Entwicklungen und Säkularisierungsprozesse eine gewisse Wirkung für die politische Agenda der Evangelikalen haben. So zählen sich 22 % der weißen amerikanischen Rentner zu den Evangelikalen, aber nur 8 % der Millenials (der zwischen 1980 und 2000 Geborenen). Ca. 30 % der Evangelikalen sind inzwischen Nicht-Weiße; viele von diesen wählen die Demokraten.⁹

10. Die *Flexibilität amerikanischer Politiker*, was ihre Grundpositionen anbelangt, erscheint aus kontinentaleuropäischer Sicht im Vergleich zu hiesigen Politikern als sehr viel höher; zumindest galt das noch bis etwa zur Jahrhundertwende. Diese Eigenschaft zieht sich durch die amerikanische Geschichte. So wandelte sich George Walker, Gouverneur von Alabama, zum radikalen Rassisten und Befürworter der Rassentrennung (was er vorher nicht war); John F. Kennedy, der zunächst keine Probleme mit der Rassentrennung hatte, wurde zum Anti-Rassisten; Lyndon B. Johnson, eigentlich Gegner des Vietnam-Krieges, trieb diesen auf die Spitze; Richard Nixon, ursprünglich pro Geschlechter-Gleichheit und Zulässigkeit von Abtreibungen eingestellt, entwickelte sich zum radikalen Abtreibungsgegner und Feministinnen-Feind; George H.W. Bush wurde plötzlich ein radikaler Gegner von gleichen Rechten zwischen Ethnien und von Abtreibung.¹⁰ Historisch, erstaunlich für uns, veränderten US-Wähler in großer Breite oftmals ihre Präferenz für eine Partei, und Politiker wechselten häufig ihre Parteizugehörigkeit. Wechsel der Fronten zwischen Politik und Wirtschaft („Drehtüreffekt“, beispielsweise, wenn Regulierer/Aufseher in die Wirtschaft wechseln und umgekehrt) erfolgen in den USA wesentlich häufiger als in Kontinentaleuropa. Es erscheint so, als hätten US-Politiker im Durchschnitt (noch?) weniger stabile Grundpositionen und -werte als Politiker aus anderen westlichen Ländern, und könnten sich, wenn dies maximale Wählerstimmen (bzw. maximale Eigennutzen) bringt, zu jeder beliebigen anderen Position hin entwickeln. Dies trug bis in jüngere Zeit zur Instabilität des Demokratie-Systems der USA bei, da die Verlässlichkeit von Politikern gering schien

⁹ The Economist 06.03.2021, S. 38 f.; Der Spiegel 30.04.2021, S. 89 f.; Lepore 2019; <https://de.wikipedia.org/wiki/Evangelikalismus>, abgerufen 10.04.2021

¹⁰ Lepore 2019



und Vertrauen in sie schlecht aufgebaut werden konnte. Unter Umständen wird diese historische Beweglichkeit nun aufgrund jüngerer Entwicklungen gebrochen, in denen ideologische Verfestigungen stattfinden. Dies bedeutet aber nicht mehr Vertrauen in die Politik, wie noch gezeigt wird.

11. Im Gefolge der Finanzkrise 2007-09 hat sich eine Reihe neuer *radikaler Bewegungen* herausgebildet. So entstanden z.B. auf der rechten Seite die Tea Party (2009) und Alt-Right (2010), auf der linken Seite Occupy (2011) und Black Lives Matter (2013).¹¹ Diese und weitere ähnliche Bewegungen trugen zur Verschärfung der grundlegenden gesellschaftlichen Polarisierung bei. Die Tea Party konnte dabei einen besonders großen politischen Einfluss verzeichnen; in 2010 hatte sie 87 Abgeordnete neu in den US-Kongress eingebracht.¹²
12. Noch unklar ist, ob wieder einmal ausgehend von den USA in der westlichen Welt ein Paradigmenwechsel der politischen Grundorientierungen stattfindet. Es gibt einige Anzeichen dafür. Geprägt vom vorherrschenden Neoliberalismus der 1980er Jahre und auf Druck der USA entwickelten der Internationale Weltwährungsfonds (IWF) und die Weltbank mit Unterstützung von amerikanischen Denkfabriken das Wirtschaftsprogramm des „Washington Consensus“. Mit diesem drängten die beiden internationalen Organisationen und die USA Schwellen- und Entwicklungsländer, eine „angebotsorientierte Politik“ zu befolgen: Senkung von Löhnen, Erleichterung von Investitionen, Abwertung von Währungen, Liberalisierung der Handelspolitik, Öffnung des Landes für ausländische Investoren, Verkleinerung des Staates, Abbau von Sozialleistungen, Deregulierung von Märkten und Preisen, Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen, „Entbürokratisierung“, Abbau von Subventionen.¹³ Insbesondere wenn Länder in Not waren und finanzielle Hilfe brauchten, zwangen die beiden Institutionen ihnen im Gegenzug dieses Wirtschaftsprogramm auf. Mit dem Zurückdrängen des Neoliberalismus insbesondere nach der Finanzkrise 2007-09 haben IWF und Weltbank dieses Programm in weiten Teilen (nur temporär?) aufgegeben.¹⁴ In staatlicher Finanzpolitik werden nun in zahlreichen Ländern wieder Keynesianische Programme durchgeführt: Großer Einsatz von Finanzressourcen, um in Krisen und Wirtschaftseinbrüchen Konsum und Investitionen in der Wirtschaft anzukurbeln. Staatliche Schuldenbremsen, die in Zeiten des Neoliberalismus immer auch die Funktion hatten, staatliche Funktionen und Aktivitäten generell zurückzudrängen, wurden eingeschränkt oder aufgehoben. Neue Theorien, wie die „Moderne Geldtheorie“, versuchen zu begründen, dass sehr hohe staatliche Verschuldungen möglich sind, wenn sie für Investitionen eingesetzt werden und durch eine eigene Zentralbank abgesichert sind.¹⁵ Auch unter republikanischen Präsidenten der USA gab es große Staatsverschuldungen. Diese hatten aber immer auch das Ziel, einen massiv ausgehungerten Staat zurückzulassen, das Gegenteil von dem, was die Demokraten wollen. Es ist alles andere als klar, ob die neuen jüngsten Orientierungen Bestand haben werden. Jedenfalls kommen sie der Biden-Regierung zurzeit bei der Planung gigantischer staatlicher Programme zur Hilfe.

¹¹ Lepore 2019

¹² The Economist 09.01.2021, S. 35

¹³ https://de.wikipedia.org/wiki/Washington_Consensus, abgerufen 28.04.2021

¹⁴ Financial Times 11.04.2021

¹⁵ Kelton 2020. Der linke Flügel der Demokraten hat sich entschieden diesem ökonomischen Ansatz angeschlossen. Er ist jedoch hoch umstritten. Kritiker wenden ein, dass die mit ihm mögliche große Geldflutung der Wirtschaft hohe Inflationsraten und eine Destabilisierung der Wirtschaft bewirken kann. Siehe hierzu auch Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.02.2021, S. 20



Probleme des demokratischen Institutionen- und Wahlsystems der USA

13. Wie die demokratischen Institutionen, so wurden auch die wesentlichen Merkmale des US-Wahlsystems bereits in der amerikanischen Verfassung von 1787 ausgeprägt. Eine Reihe dieser Merkmale waren, neben denen des britischen und des französischen Systems, beispielgebend für viele andere westliche Demokratien, wie das Repräsentationsprinzip, das Zweikammern-System der Legislative (in den USA der Kongress) und die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, bei gleichzeitiger Freiheit der Presse. Andererseits hinterließ die Verfassung dem Institutionen- und Wahlsystem eklatante Mängel, Lücken, Unschärfen und Unklarheiten, die die amerikanische Demokratie immer wieder destabilisierten und weiterhin destabilisieren dürften. Die Verfassungsschöpfer standen damals unter großem Zeit- und Handlungsdruck, konnten noch nicht auf bestimmte Erfahrungen mit Demokratie-Prinzipien im eigenen Land und in anderen Ländern zurückgreifen oder waren schlicht und einfach nicht in der Lage, sich in wichtigen Punkten zu einigen. Beispiele dieser Mängel sind:
- Jeder Bundesstaat entsendet völlig unabhängig von seiner Bevölkerungszahl zwei Vertreter in den *Senat*. Dies führt dazu, dass sehr bevölkerungsarme Staaten extrem bevorteilt, und sehr bevölkerungsreiche extrem benachteiligt sind.
 - Der *Präsident* der Vereinigten Staaten wird nicht direkt gewählt, sondern in einem Electoral College durch Wahlpersonen, die anhand der Stimmverteilung für die Präsidentschafts-Kandidaten in den einzelnen Bundesstaaten aufgestellt werden. Wie diese Personen ihrerseits bestimmt werden, ist nicht präzise geregelt. Falls es bei ihrer Aufstellung Unklarheiten gibt, können sie in einzelnen Bundesstaaten ersatzweise durch die Parlamente aufgestellt werden, mit ebenfalls nicht genau bestimmten Prozeduren. Hierbei würden dann die Parlamentsmehrheiten, und nicht die aktuellen Wählerstimmen für einen Präsidentschafts-Kandidaten entscheidend sein. Juristisch sind all diese Verfahren bisher nicht endgültig geklärt. Hinzukommt, dass die Wahlprozeduren in den einzelnen Bundesstaaten unterschiedlich ausgestaltet sind. So werden in 48 Bundesstaaten die Wahlpersonen für die Präsidentschaftswahl auf Staatsebene, in 2 Staaten auf Wahldistriktebene bestimmt. In 24 Bundesstaaten sind die Wahlpersonen frei in ihrer Entscheidung, welchem Präsidentschaftskandidaten sie ihr Votum geben, in 26 Staaten sind sie per Gesetz verpflichtet, einem bestimmten Kandidaten ihre Stimme zuzuteilen.
 - Im Amt des *US-Präsidenten* ist eine extrem große *Machtfülle* konzentriert, die immer wieder zu unlegitimierten Entscheidungen, Amtsmissbrauch und Umgehung demokratischer Abwägungs- und Entscheidungsprozesse führten. Dies betrifft beispielsweise die überragenden Einflussmöglichkeiten des Präsidenten auf Spitzenämter in wichtigen staatlichen Institutionen, auf den Zuschnitt der Regierung, auf Verteidigungs-, Sicherheits-, Außen- und Handelspolitik, und auf sein Begnadigungsrecht, selbst wenn es sich um Kriminalität zum persönlichen Vorteil des Präsidenten handelt. In den letzten Jahrzehnten ist es republikanischen Präsidenten (in Zusammenarbeit mit republikanischen Senatsmehrheiten) gelungen, die überaus wichtigen Bundesgerichte und das oberste Verfassungsgericht vorwiegend mit konservativen Richtern zu besetzen. Diese wurden vielfach aus der 1982 gegründeten *Federalist Society* rekrutiert, eine ultrakonservative Vereinigung von Juristen aus ca. 70 Fakultäten amerikanischer Universitäten. Die republikanischen Präsidenten Ronald Reagan, George H.W. Bush und George W. Bush griffen bei Benennungen von Richtern



oberster Bundesgerichte häufig auf Personen aus dieser Organisation zurück.¹⁶ Präsident Trump praktizierte dieses Verfahren besonders intensiv, sogar bis unmittelbar vor der Präsidentschafts-Wahl 2020; dort ernannte er Amy Coney Barrett als Richterin für den Supreme Court, was der Senat am 27.10.2020 bestätigte. In diesem wichtigsten Gericht wuchs dadurch das Verhältnis von konservativen zu liberalen Richtern von 5:4 auf 6:3 an.

- Mit dem „*Filibuster*“-Verfahren lassen sich im Senat Entscheidungsprozesse über Gesetze so weit durch lange Reden verzögern, dass sie nicht verabschiedet werden können. Das Filibustern kann zwar durch eine – im Prinzip undemokratische – „Super-Mehrheit“ von 60 Stimmen im 100-köpfigen Senat gebrochen werden, was aber in jüngerer Zeit aufgrund einer relativ gleichen Stimmenverteilung zwischen Republikanern und Demokraten kaum noch gelingt. Der amerikanische Gesetzgebungsprozess wird durch die Filibuster-Praxis ganz entscheidend beeinträchtigt, indem praktisch alle größeren Gesetzeswerke verhindert werden können. Ausnahme bilden lediglich Gesetze, in denen es im Kern um den Staatshaushalt geht; dann kann das „Reconciliation“-Verfahren angewandt werden (siehe Anhang 1). Das Filibuster-Verfahren führt praktisch zum Abblocken aller größeren Reformvorhaben, und trägt damit zum Stillstand der amerikanischen Demokratie entscheidend bei. Es führt auch dazu, dass teilweise völlig irrationale Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht werden, da die Initiatoren davon ausgehen, dass diese ohnehin im Senat scheitern werden. Außerdem verzerrt das Filibuster-Votum den legislativen Prozesses erheblich, indem viel zu viele Entscheidungen über politische Projekte hin zum Präsidenten und zum Supreme Court verlagert werden. Präsident Biden war bereits gezwungen, das Corona-Hilfs- und Wiederaufbau-Paket (1,9 Billionen Dollar) in das Reconciliation-Verfahren hineinzuzwingen, um es an der Filibuster-Stimmenblockade vorbei durch den Senat zu bringen. Da Biden aber seine anderen geplanten großen Projekte wohl kaum in einen Haushaltsmantel einkleiden kann, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass er diese nicht durchsetzen kann. Zu diesen Vorhaben zählen beispielsweise eine Anhebung des Mindestlohns von 7,25 auf 15 Dollar, eine Erhöhung der Arbeitslosenhilfe von 300 auf 400 Dollar pro Woche, eine deutliche Erweiterung der staatlichen Krankenversicherung („Obamacare“) und insbesondere das gewaltige Infrastruktur- und Ökologieprogramm des „Green New Deal“. Sorge das Filibuster-Verfahren früher manchmal dazu, dass die beiden Parteien sich in wichtigen Gesetzen zwangsläufig verständigen mussten und damit für eine breitere Akzeptanz sorgten, so gilt dies aktuell und für die nähere Zukunft nicht mehr. Im Gegenteil: Das Verfahren wird nun dazu genutzt, die Gräben zwischen den beiden politischen Lagern noch weiter zu vertiefen. Da die Filibuster-Regeln eine Geschäftsordnungs-Angelegenheit sind, ließe sie sich theoretisch mit einfacher Senatsmehrheit abschaffen. Faktisch bedeutete dies eine sehr tiefgreifende und positive Reform des US-Gesetzgebungsverfahrens. In der Praxis ist dieser Schritt aber äußerst schwer zu erreichen. Zurzeit würde er schon daran scheitern, dass zwei Senatoren der Demokraten strikt gegen die Beseitigung der Filibuster-Regeln sind.¹⁷ (siehe zum Filibuster-Verfahren ausführlicher Anhang 1).

14. Viele großen Probleme der amerikanischen Demokratie lassen sich auf das *Mehrheitswahlrecht* („The winner takes it all“) des Landes zurückführen. Eine derartige Wahlordnung führt fast zwangsläufig zu einem Zweiparteien-System. Wie der Polit-Ökonom Anthony Downs bereits in den 1950er Jahren herausgearbeitet hatte, entstehen durch sie in der Regel

¹⁶ Lepore 2019

¹⁷ The Economist 13.03.2021, S. 8



eine eher rechte und eine eher linke Partei, deren Spektrum zur Maximierung ihrer Wählerstimmen jeweils bis zur politischen Mitte reichen *muss*. Um zusätzliche Stimmen in der Mitte entsteht ein Wettbewerb; sich in das gegnerische Lager weit hineinzubewegen macht keinen Sinn, da man dann am äußeren Ende des eigenen Spektrums Wähler bis hin zur Wahlenthaltung vergraulen würde.¹⁸ In einem Mehrheits-Wahlsystem gilt: Die Interessen einer großen, nicht zum Zuge kommenden Bevölkerungsgruppe fallen unter den Tisch. Die nun regierende Partei kann es sich leisten, diese nicht zu vertreten, wenn sie davon ausgehen kann, dass sie an der Regierung bleibt. *Regierungskoalitionen*, die auch andere Interessen als die von der dominanten Partei vertretenen repräsentieren, kommen fast nie zustande, sodass diese auch deswegen unberücksichtigt bleiben können. Im Ergebnis führt ein Mehrheits-Wahlsystem tendenziell eher als andere Wahlordnungen zu gesellschaftlichen Spannungen. Aufgrund dieser Vorbedingungen bewegten sich die Republikaner in den USA sehr weit nach rechts. Verstärkt wurde diese Veränderung durch drei weitere wichtige Momente: (1) Die fundamentale Abhängigkeit der Politik und der einzelnen Politiker in den USA von sehr großen Geldspenden; (2) der Glaube großer Teile der Bevölkerung, dass rechte Politiker ihre Interessen und ihren kulturellen Status stärken; (3) die betrügerische Einteilung von Wahlkreisen (siehe Anlage 2). Die sich im repräsentativen politischen System der USA ergebende Regierungsmehrheit ist aufgrund all dieser Faktoren alles andere als „repräsentativ“. Bei der *Präsidentenwahl 2016* betrug die Wahlbeteiligung 56 %. Trump wurde mit 27 % der Stimmen der Wahlberechtigten gewählt.¹⁹ Er erhielt 62.984.828 Wählerstimmen (= 46,09 % der abgegebenen Wählerstimmen), aber 304 Wahlmännerstimmen, seine demokratische Gegnerin im Präsidentenwahlkampf, Hillary Clinton, verzeichnete 65.853.514 Wählerstimmen (= 48,18 %) und trotzdem nur 227 Wahlmännerstimmen. Die *Wahl 2020* brachte folgende Stimmenverhältnisse: Biden: 81.284.778 Wählerstimmen (= 51,27 %) und 306 Wahlmännerstimmen; Trump: 74.224.501 Wählerstimmen und 232 Wahlmännerstimmen. Mit relativ wenigen zusätzlichen Stimmen in einer Handvoll entscheidender Bundesstaaten hätte auch Trump die Wahl gewinnen können. Trump hatte bis 30.06.2020 an Wahlkampfspenden 342.699.051,30 Dollar eingenommen, an Biden gingen 278.853.303,68 Dollar.²⁰

15. Die Bedeutung von Wahlspenden und -zuwendungen an einzelne Politiker hat in den letzten vier Jahrzehnten immer mehr zugenommen. Das oberste US-Gericht hob im Januar 2010 eine bis dahin geltende finanzielle Beschränkung für Wahlkampfszuwendungen auf, vorausgesetzt, die die Wahlwerbung oder den Wahlkampf durchführende Organisation (Political Action Committee, PAC) ist nicht „direkt“ mit der beworbenen Partei verbunden. Seitdem ist die Höhe der in Wahlkämpfen eingesetzten Finanzmittel, die vorher schon sehr hoch war, noch extremer geworden. Pauschal lässt sich sagen, dass Bewerber ohne *sehr* hohe Wahlkampfgelder in den USA praktisch keine Chancen haben, in ein politisches Wahlamt zu gelangen. Man kann das falsch finden, es ist in den USA aber eine schwer zu verändernde Realität. Zu den wichtigsten Spendern und Meinungsbeeinflussern von US-Wahlen zählen seit den 1980er Jahren die Akteure des Finanzmarktes. Barack Obama hatte nach der Finanzkrise 2007-09 eine recht tiefgreifende, allerdings überkomplexe, Regulierung des Finanzmarktes durchgesetzt. Bei seinem zweiten Wahlantritt in 2012 fühlte er sich faktisch gezwungen, auf die Finanzmarkt-Akteure zuzugehen, was diese ihm aber nicht mehr dankten. Im Wahlkampf 2020 wiederum haben Finanzmarkt-Vertreter überwiegend Biden unterstützt, weil ihnen Trumps Kurs, trotz seiner Politik für Reiche und

¹⁸ Downs 1957a; Downs 1957b

¹⁹ Jeffrey Sachs in Handelsblatt 31.07.2020, S. 48

²⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sidentschaftswahl_in_den_Vereinigten_Staaten_2016;
https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sidentschaftswahl_in_den_Vereinigten_Staaten_2020,
beide abgerufen 31.03.2021



Unternehmer/Manager, zu unstet und zu gefährlich erschien. Sie befürchteten offenbar nicht, ihre extraktiven Ziele gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft unter einem Präsidenten Biden aufgeben zu müssen.

Charakteristika der Parteien der Demokraten und der Republikaner

16. Die Demokraten wurden seit den 1930er Jahren bis in die 1970er Jahre von der „New Deal-Koalition“ der Wähler getragen: Arbeiter, Farmer, Intellektuelle, Minderheiten (irisch- und italienischstämmige Katholiken, Schwarze, weiße Südstaatler). In dieser Zeit kontrollierten die Demokraten fast durchgängig beide Kammern des Kongresses. Dann kam der Bruch: Konservative Südstaatler und weiße evangelikale Christen wechselten zu den Republikanern.²¹ (siehe auch These 9) Bereits seit den 1950er Jahren rückten die Republikaner deutlich nach rechts, die Demokraten bewegten sich ein wenig nach links. In diesem Zusammenhang spielt Identitätspolitik in beiden Parteien, bis heute, eine große, immer weiter zunehmende Rolle. Bei Rechtskonservativen drehte sich diese um die Vorherrschaft von Weißen und um die Ablehnung von Einwanderungen, bei Linksliberalen ging es um Black Power, Einsetzen für andere ethnische Minderheiten, linke Identitätspolitik an Universitäten, und heute um „Black Lives Matter“. In den 1980er Jahren fand ein Wähler-tausch zwischen Demokraten und Republikanern statt: Frauen gingen stärker zu den Demokraten, (weiße) Männer stärker zu den Republikanern; viele Südstaaten-Demokraten liefen zu den Republikanern über (dabei spielten Einstellungen gegenüber afro-amerikanischen Bürgern eine große Rolle). Diese politischen Bewegungen verstärkten die Polarisierung der Gesellschaft erheblich. Rechtskonservative Positionen wurden in der Republikanischen Partei nun dominant. Erst ab Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre wurden Fragen von Waffenbesitz und Abtreibung zu parteigebundenen Themen von Republikanern und Demokraten.²²
17. Ab den 1970er Jahren setzte in der *Demokratischen Partei* wie bei vielen sozialdemokratischen Parteien westlicher Länder ein tiefgreifender *Wandlungsprozess* ein. Es findet eine allmähliche Abwendung von den einkommensmäßig unteren Bevölkerungsschichten und eine Hinwendung zu akademisch Gebildeten, Frauen, ethnischen Minderheiten und Einwohnern der Metropolen bzw. Ballungsgebiete statt. Damit einher ging die Entwicklung eines *meritokratischen Verständnisses* von Wirtschaft und Gesellschaft: Individuelle Leistung als alleiniger Maßstab für Einkommen, Besitz und gesellschaftliche Anerkennung, sowie die Herausbildung der Position, dass diejenigen, die große „persönliche Leistungen“ bringen, auch bestimmen sollten. Der direkte Kontakt der Parteiaktivisten zu der unteren Klasse von Beschäftigten im Industrie- und im Dienstleistungsbereich (im Folgenden vereinfacht als „Arbeiterklasse“ bezeichnet) ging weitestgehend verloren. In Teilen der Demokratischen Partei hat sich ein abschätziges Verhältnis zu dieser herausgebildet, was besonders deutlich wurde, als Hillary Clinton im Präsidentschaftswahlkampf von 2016 die Anhänger Trumps aus dieser Klasse als „Deplorables“ („Bedauernswerte“, „Bemitleidenswerte“) bezeichnete. In weiten Teilen dieser Arbeiterklasse wurde dies mit großer Empörung und Wut aufgenommen. Clinton ging davon aus, dass sie in den „Rostgürtel-Staaten“, insbesondere Pennsylvania, Michigan und Wisconsin, in denen sich früher die alte Industrie konzentrierte, automatisch Siege einfahren würde. Sie hatte in diesen drei Bundesstaaten keine einzige Wahlveranstaltung durchgeführt und nicht mitbekommen, welche breite Gegenstimmung sich inzwischen bei weißen Arbeitern ohne Hochschulabschluss, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern, gegen die Demokraten zusammengebraut hatte, die sich von

²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung 02.11.2020, S. 6

²² Lepore 2019



diesen vergessen und missachtet fühlten. Stattdessen rekrutierten die US-Demokraten wie andere sozialdemokratische Parteien ihre Parteiaktivisten immer mehr aus akademisch gebildeten Reihen, aus großstädtischen Bevölkerungen und aus Kreisen von Besserverdienern. Und genau auf diese Gruppen haben sie in den letzten Jahrzehnten ihre Politik ausgerichtet.²³ Innerhalb der Demokraten hatte Hillary Clinton in 2016 bei der Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten in Bernie Sanders einen starken Gegner, der sich selbst als Sozialist bezeichnete und auf Themen wie Abbau ökonomischer Ungleichheit, Gewinnen der Arbeiterschaft und Ausbau des Sozialsystems fokussierte. Unter jungen Wählern fand er viele Sympathisanten. Er konnte sich in der Partei aber nicht durchsetzen. Sehr wahrscheinlich hätte er die Wahl aufgrund der beschriebenen durchschnittlichen Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung nicht gewinnen können. Und dies haben die Parteikreise, die ihn letztendlich nicht aufstellten, wohl auch geahnt.

18. Spätestens seit der Präsidentschaft des Demokraten Bill Clinton in den 1990er Jahren hat sich eine große Nähe der Partei hin zu den *Akteuren des Finanzsektors* entwickelt. Clinton schleifte wesentliche Bausteine der seit 1933 geltenden strengen Finanzmarkt-Regulierung, die viel zur Stabilität des Finanzmarktes beitrug (z.B. den Glass Steagall Act: Trennung von Investment-Banking und Geschäftsbanken-Betrieb; Verbote des Wertpapier-Eigenhandels von Banken; Verbote und Einschränkungen von Finanz-Derivaten). Hillary Clinton unterhielt zu Vertretern der Wall Street enge Netzwerke, auch in der Wahl von 2016, und setzt dies bis heute fort; sie nimmt seit ihrer Niederlage in 2016 vielfach politische, hochbezahlte „Beratungsfunktionen“ gegenüber Finanzmarkt-Institutionen wahr. Barack Obama hielt, angesichts der durch die Wall Street verursachten tiefen Finanzkrise von 2007-09, zunächst Distanz zum Finanzsektor, näherte sich ihm aber insbesondere in seiner zweiten Wahlperiode wieder stark an, und besetzte, wie schon Bill Clinton, mehrere zentrale Regierungspositionen mit Vertretern des Finanzmarktes; weiterhin kam er der Branche mit zahlreichen Abschwächungen der Finanzmarkt-Regulierung entgegen und bemühte sich immer stärker um Wahl- und andere Spenden aus diesem Sektor. Das Problem dabei ist, dass die Akteure des Finanzsektors aus der übrigen Wirtschaft in hohem Maße Ressourcen und Gewinne abziehen, mit hoch riskanten Strategien operieren und regelmäßig Finanzkrisen verursachen. Wenn Politiker Unterstützung dieser Akteure suchen und mit ihnen intensive Kooperationen eingehen, kann dies dazu führen, dass sie nicht mehr in der Lage sind oder sich scheuen, notwendige Regulierungen zur Eingrenzung der Risiken dieses Sektors durchzuführen.
19. *Nach der Weltwirtschaftskrise 1929-1933* gab es einen *fundamentalen Paradigmenwechsel* sowohl in der US-Bevölkerung als auch in der amerikanischen Politik. Die positiven Verheißungen völlig freier Märkte und das Vertrauen in eine isolationistische Politik gegenüber dem Rest der Welt waren unattraktiv geworden. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt fand breite Akzeptanz für seine Politik des „New Deal“, ein umfangreiches Programm mit Arbeitsmarktpolitik, umfangreichen Sozialreformen und Regulierungen der Märkte sowie eine scharfe Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen.²⁴ Ab den 1950er Jahren begann sich ein neuer Konservatismus herauszubilden, auch als Gegenreaktion gegen die New Deal-Politik. Mit John McCarthy, der sich allerdings noch nicht durchsetzen konnte, zeigte sich dieser bereits in einer „modernen“, populistischen Variante. Zu den Anhängern der Republikaner gehörten nach dem Zweiten Weltkrieg Libertäre, die für die unbeschränkte persönliche und wirtschaftliche Freiheit eintraten. Dies war zunächst nicht vereinbar mit den Moral- und Glaubensvorstellungen vieler religiöser Gruppen, die

²³ Lepore 2017; Piketty2020; Hochschild 2019; Reckwitz 2017; Collier 2019; Frankfurter Allgemeine Zeitung 07.10.2020, S. 3

²⁴ Lepore 2019



die Menschen auf strenge Tugenden und Einhaltung strikter Moralprinzipien verpflichten wollten. Das vom libertären Geist geprägte Urteil Roe versus Wade des Obersten Gerichtshofes der USA vom 22.01.1973 erlaubte unter bestimmten Bedingungen Abtreibungen. Rechte Katholiken und Evangelikale machten dagegen mobil und versuchten die Republikaner für ein Verbot von Abtreibungen zu gewinnen. Die 1980er Jahre unter der Präsidentschaft Ronald Reagans waren die Zeit eines exzessiven Neoliberalismus: völlig freie Märkte, völlig freies Unternehmertum, rigoroser Abbau des Sozialstaates, massives Zurückdrängen des Staates (abgesehen von Eigentumsschutz und Verteidigungspolitik). Reagans zentrale Botschaft bei Amtsantritt in 1981 lautete: „Der Staat ist nicht die Lösung, er ist das Problem.“ In dieser Phase passten tiefe religiöse Moralvorstellungen (noch) nicht ins politische Konzept. Jedoch entwickelten sich zu der Zeit unter den Republikanern erste Keime protektionistischer Vorstellungen und Ansätze, die traditionellen Differenzen gegenüber den Evangelikalen zu überwinden (siehe hierzu These 9). Und ebenfalls in dieser Phase begannen rechtskonservative Medien und Think Tanks (z.B. Heritage Foundation oder Cato Institute) offensiv ihren Einfluss zu verstärken und dem Rechtskonservatismus eine theoretische und ideologische Grundlage zu verschaffen. Nach den islamistisch-terroristischen Anschlägen des 11.09.2001 bildete sich die Bewegung der Neokonservativen („Neocons“) heraus. Sie propagierte einen globalen Krieg gegen den Terror. Die Ablehnung eines umfangreichen Staates erhielt in den 1990er Jahren in der Republikanischen Partei einen weiteren Schub. Die Regierung unter George W. Bush ab 2001 verkündete angesichts des abnehmenden Einflusses der schrumpfenden weißen Bevölkerung einen „mitfühlenden Konservatismus“. Die nach der Finanzkrise 2007-09 im republikanischen Partei Umfeld entstehende „Tea Party“-Bewegung verfolgte das Ziel, die Republikaner auf ultrarechte Positionen festzulegen, griff das Partei-Establishment wegen „zu liberaler“ Positionen an, und verfolgte das Ziel, in der Parteiführung und unter den republikanischen Kongress-Repräsentanten Dominanz zu erlangen.²⁵

20. Der *demografische Wandel* und die *räumliche Mobilität* eines wichtigen Teils der arbeitenden Bevölkerung in den USA bedeuten für die beiden *Parteien neue Herausforderungen* sowie sich ändernde Chancen und Risiken. Traditionell sind die südlichen US-Bundesstaaten wesentlich stärker durch die ehemalige Sklavenhaltergesellschaft geprägt als die nördlichen Staaten. Rassismus und Rechtskonservatismus sind dort verbreiteter, und die Republikanische Partei ist dort stärker verankert als die Demokratische Partei. Insgesamt verschieben sich nun aber die Wählerpräferenzen in einigen dieser Staaten zugunsten der Demokraten. Dies kann am Beispiel des Bundesstaates South Carolinas verdeutlicht werden. Dieser hat etwa 5 Millionen Einwohner und war in der Vergangenheit einer der wichtigsten Sklavenhalter-Staaten. Aufgrund der Schaffung zahlreicher, auch hochqualifizierter neuer Arbeitsplätze sind junge Arbeitskräfte zugezogen, die tendenziell eher die Demokraten wählen. Außerdem haben die Bevölkerungsanteile ethnischer Minderheitsgruppen zulasten weißer Bürger zugenommen. Seit 2003 und bis zuletzt hat in diesem Bundesstaat der Republikaner Lindsay Graham (Jahrgang 1955) die Wahlen für einen der beiden Senatsposten gewonnen. Aufgrund der jüngsten Entwicklungen sahen die Demokraten Chancen, sein Monopol zu brechen. Gegen Graham trat der 44jährige afro-amerikanische Jamie Harrison an. Ihm gelang es, die in der amerikanischen Geschichte höchste Wahlkampfspendensammlung (109 Millionen Dollar) bei einer Senatorenwahl zu erreichen. In der Wahl zuvor, 2014, konnte Graham einen Stimmenabstand von 17 Prozentpunkten auf seinen damaligen demokratischen Herausforderer erzielen. In der Wahl von 2020 erreichte Graham 54,5 % der Stimmen, Harrison 44,2 %; der Abstand war immer noch beträchtlich, verringerte sich nun aber auf etwa 10 Prozentpunkte. Es ist möglich, dass die Verschiebungen in diese

²⁵ Lepore 2019; Manfred Berg in Die Zeit 08.04.2021, S. 19



Richtung weiter gehen werden. Lindsay war zunächst ein Kritiker Trumps, wurde dann aber zu einem seiner glühendsten Verehrer. Lindsay war und ist ein einflussreicher republikanischer Politiker. Zuletzt war er Vorsitzender des wichtigen Justizausschusses im Senat. Bei der Wahl des Präsidenten in 2020 versuchte er den Innenminister (Secretary of State) des Bundesstaates Georgias, Brad Raffensperger, (vergeblich) dahin gehend zu beeinflussen, dass dieser die Briefwahlstimmen für Joe Biden nicht anerkennt.²⁶

21. Entgegen einem vielleicht allgemeinen Empfinden in Europa kann man nicht sagen, dass die Republikaner heute *prinzipiell* kriegsbereiter sind als die Demokraten. Die Kennedys (JFK und Robert) setzten sich klar für einen aggressiven Krieg in Vietnam ein. Hillary Clinton hielt den Irak-Krieg sowie die Bombardierung Libyens für erforderlich. Biden stimmte dem Irak-Krieg zu. Obama war in dieser Hinsicht vorsichtiger, aber kein Kriegsgegner. Trump hingegen, bei aller martialischen Rhetorik, hat keinen neuen Krieg begonnen und US-Truppen aus mehreren Ländern abgezogen (was in den Fällen Syriens und Afghanistans allerdings zu neuen Instabilitäten führte). Ob er sich in einer zweiten Amtszeit zu Kriegen hätte hinreißen lassen, ist unklar.
22. Die übergreifende Kritik der US-amerikanischen Historikerin Lepore an den Rechtskonservativen ist, dass sie nicht den großen Gehalt des amerikanischen Experimentes um Gleichheit, individuelle Bürgerrechte und Rechtsstaat anerkannten und alle Fortschritte in diesen Feldern unter der Leitlinie des „Originalismus“ ständig zurückdrehten. Originalismus meint dabei eine dogmatische Orientierung an einem konservativ gedeuteten „Original“ der amerikanischen Verfassung, obwohl diese beim Zuschnitt demokratischer Institutionen oder bei Wahlverfahren erhebliche Lücken, Unklarheiten, Widersprüche und Unfertigkeiten hinterließ. Die Linke, bzw. den Linksliberalismus kritisiert die Historikerin dahingehend, dass diese sich seit den 1960er Jahren viel zu wenig um intensive Debatten mit einer *breiten* Bevölkerung, insbesondere nicht mit den unteren Bevölkerungsschichten bemüht und stattdessen auf Verkündigungen und Identitätspolitik gesetzt hätten. Identitätspolitik (Achten auf korrekte Positionen, Eintreten für die speziellen Rechte von Minderheiten) sieht die Autorin nicht negativ; ihre Kritik zielt darauf, dass sich die Politik der Linken zu sehr darauf konzentriert. Die „Liberalen“ hätten, so resümiert sie, den Kompass verloren und nicht versucht, diesen wiederzuerlangen. Auf der anderen Seite hätten die Konservativen die Orientierung an Wahrheiten zerstört.²⁷

Zur Person und Agenda Donald Trumps

23. Trump konzentrierte sich auf Kommunikation weniger Grundorientierungen, die bei wesentlichen Bevölkerungsteile auf breite Resonanz stießen:
 - Der amerikanische Traum existiert nicht mehr
 - Die Eliten in Washington hören nicht mehr auf das Volk, mit ihm werde sich das grundlegend ändern
 - Migranten und Einwanderer seien für mangelhafte Aufstiegsmöglichkeiten verantwortlich und müssen vom Land ferngehalten werden
 - Make America great again: Ein relativ unklarer Slogan, der im Kern wohl meinte, die früheren wirtschaftlichen sozialen Verhältnisse der 1980er und 1990er Jahre wiederherzustellen. Nicht gemeint waren damit wohl eine militärische (auch gewaltmäßige), geostrategische und wirtschaftliche Dominanz der USA im globalen Maßstab

²⁶ Financial Times 14.10.2020, S. 15; https://de.wikipedia.org/wiki/Lindsey_Graham, abgerufen 08.05.2021

²⁷ Lepore 2019



24. Trumps politische Projekte

- Trump hatte vor den Wahlen von 2016 ein großes *Sozialprogramm für die Arbeiterklasse* angekündigt. Dieses Programm setzte er jedoch nicht um. Er hatte sich den von der Globalisierung abgehängten US-Beschäftigten als Retter hingestellt, aber effektiv eigentlich kaum etwas für sie getan. In direkter Folge seiner „Wirtschaftsreformen“ gab es zwar für eine kurze Phase mehr Jobs, leicht steigende Einkommen und eine leichte Verringerung der Ungleichheit im Lande. Diese Effekte sind aber ab 2020 vollständig verbraucht gewesen. Kritische Ökonomen, wie Krugman, Stiglitz oder Shiller, betonen, dass diese Wirkungslosigkeit mittelfristig auch ohne die Corona-Krise eingetreten wäre.
- Trump hatte die USA sehr weitgehend wieder in historisch längst überholte Positionen zu *Umwelt- und Klimapolitik* zurückgeholt. Zu seinen ersten Amtshandlungen zählte Anfang 2017 die Anordnung, auf den Internetseiten der Umweltbehörde EPA alle Informationen über den Klimawandel löschen zu lassen. Zum Leiter der EPA ernannte Trump am 17. Februar 2017 Edward Scott Pruitt, ein Anwalt, republikanischer Politiker und harter Lobbyist der Erdöl- und Kohleindustrie. In seiner Zeit als Generalstaatsanwalt von Oklahoma ab 2010 organisierte Pruitt zusammen mit anderen Generalstaatsanwälten sowie mit Energie-Unternehmen juristische Klagewellen gegen Umweltauflagen der Obama-Regierung bezüglich Unternehmen. Zwischen 2011 und 2016 verklagte er insgesamt 13-mal die EPA. Als EPA-Chef traf er sich regelmäßig mit Unternehmensvertretern, mied aber weitestgehend den Kontakt mit Umwelt-, Verbraucherschutz- und Gesundheitsschutzorganisationen. Er erlaubte LKW-Herstellern die Produktion von Fahrzeugen mit alten, extrem schadstoffausstoßenden Motoren. Pruitt trat aufgrund von Skandalen und öffentlichem Druck aufgrund von Veruntreuungen öffentlicher Gelder am 05. Juli 2018 von seinem Amt zurück. Weitere Maßnahmen Trumps in der Rücknahme von Klimaschutzmaßnahmen waren: Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015, das die USA unter Obama entscheidend mitinitiiert hatten; massive Förderung und Ausweitung Kohle- und Erdölindustrie; drastische Absenkung von Umweltstandards für Industrieanlagen und Autos.²⁸
- In 2017 führte Trump eine der größten *Steuerreformen* (Tax Cuts and Jobs Act) der USA nach dem Zweiten Weltkrieg durch. Die wesentlichen Elemente waren: Reduzierung der Bundes-Unternehmensgewinnsteuern von 35 % auf 21 %; Rückübertragungsmöglichkeit von Auslandsgewinnen amerikanischer Firmen bei einem stark reduzierten Steuersatz; schnellere Abschreibungsmöglichkeiten von Investitionen und dadurch erheblich geringere Steuerzahlungen; niedrigere Spitzensteuersätze für Reiche; deutlich angehobene Freibeträge für die Erbschaftsteuer. Daneben wurden von der Trump-Administration zahlreiche Deregulierungen durchgeführt. Die hierdurch von Trump versprochenen Wirkungen traten so nicht ein: statt eines versprochenen 6 %igen Wirtschaftswachstum nur 3 % Wachstum in 2018, und ein Wachstumsrückgang bereits in 2019; statt 4 Billionen Dollar versprochener zurückgebrachter Unternehmens-Gewinne nur 780 Mio. Dollar in 2018, und in 2019 noch deutlich weniger; statt seines Versprechens, dass Unternehmen die durch die Steuerreform gewonnene zusätzliche Liquidität für Investitionen und Schaffung neuer Arbeitsplätze einsetzen würden, nutzten diese die frischen Mittel zu 80 % für Aktienrückkäufe und Dividenden-Ausschüttungen, um im Sinne von Aktionären den Kurs der eigenen Aktie zu steigern. Apple beispielsweise hatte in 2017 für Aktienrückkäufe 35 Mrd. Dollar aufgewandt, in 2018 aber 100 Mrd. Dollar, und in 2019 bis Mitte 2020 noch einmal 125 Mrd. Dollar. Alle US-Unternehmen zusammen haben nach den Steuer-Reformen

²⁸ Süddeutsche Zeitung 22.04.2021, S. 2; https://de.wikipedia.org/wiki/Scott_Pruitt, abgerufen 09.05.2021



in einem Umfang von etwa 1 Billion Dollar Aktienrückkäufe getätigt. Auch die versprochenen durchschnittlichen Einkommenszuwächse für Haushalte zwischen 4.000 und 9.000 pro Jahr sind nur zu einem Bruchteil eingetreten. Entgegen seinen Versprechungen konnte Trump das Leistungsdefizit der USA nicht senken. Es hatte für 2020 die Höhe von 670 Mrd. Dollar, das höchste Defizit seit 2008.²⁹

- Die Ernennung von *Richtern an den Bundesgerichten* erfolgt auf Vorschlag des Präsidenten und muss dann vom Senat endgültig entschieden werden. Weil die Demokraten sich nicht mehr mit Blockaden bei der Ernennung von Bundesrichtern abfinden wollten, sorgten sie in 2013 für eine Änderung der Geschäftsordnung im Senat in Form einer Aufhebung des Filibustern speziell für diesen Entscheidungsprozess, sodass die Blockade hier nicht mehr möglich ist. Seitdem kann eine der beiden Parteien (unter den gegenwärtigen Stimmverteilungen) eine Richterernennung nur dann verhindern, wenn mindestens ein Senator aus dem Bundesstaat, aus dem der Kandidat stammt, gegen die Ernennung ist. Die Änderung der Geschäftsordnung versetzte die Republikaner in die Lage, während der Amtszeit Trumps weitgehend ihre Richter Kandidaten durchzusetzen. Insgesamt gibt es 890 Richter an den Bundesgerichten. Trump bzw. den Republikanern gelang es, bei 204 Neubesetzungen konservative Richter zu ernennen (50 Frauen, 154 Männer, weit überwiegend konservative Weiße), ungefähr doppelt so viele Fälle, wie in der Amtszeit Obamas neu besetzt wurden. Die Richter sind auf Lebenszeit ernannt, sodass nun für eine sehr lange Zeit eine konservative Dominanz an den Bundesgerichten herrscht.³⁰
- Im *Außenhandel* hat Trump sowohl einen protektionistischen Wirtschaftskurs, als auch eine konfrontative Strategie gegenüber China und Europa geführt. Als Instrument setzte er hohe Zölle auf Metalle und Nahrungsmittel ein. US-Wirtschaftsvertreter hatten die Folgen in Form gestörter Lieferketten und schädlicher Wirkungen der Zölle für die Wirtschaft zwar deutlich kritisiert, Trump letztendlich nicht von dieser Politik abgehalten.

25. Trumps wirtschaftliches Engagement und seine *Interessenkonflikte* zwischen Amt und privatem Besitz³¹:

- Trump behauptete von sich, über ein Vermögen von 10 Mrd. Dollar zu verfügen. Das Magazin Forbes schätzte es jedoch nur auf ca. 2,5 Mrd. Dollar.
- Seine TV-Show „The Apprentice“ („Der Lehrling“) hat ihm insgesamt ca. 425 Mio. Dollar eingebracht.
- In den Jahren 2021 bis 2024 werden Kredite von ihm in Höhe von ca. 400 Mio. Dollar fällig, die er von verschiedenen Banken erhalten hat, darunter sehr große Darlehen der Deutschen Bank. Die Kredite garantierte er persönlich, was auf Probleme seiner Schuldnerqualität hinweist.
- Trump investierte stark in Hotels, Spielcasinos und Golfanlagen. Viele dieser Projekte waren und sind Verlustbringer.
- Als sehr ungewöhnlich für seine Zeit als Präsident galt, dass er Eigentümer seiner milliardenschweren Unternehmen blieb. An seine beiden Söhne übertrug er lediglich die operative Führung. Daraus ergaben sich persönliche Interessenkonflikte. So nutzten zahlreiche andere Politiker und Lobbyisten seine Hotels. Sein persönliches Schutzpersonal nahm er laufend in seine Anwesen mit; der Staat **Fehler! Textmarke nicht definiert.** zahlte für Unterkunft und Verpflegung an Trumps Unternehmen. Gravierender sind aber die wesentlich größeren Interessenkonflikte, die sich daraus

²⁹ Börsenzeitung 09.10.2020, S. 7; The Economist 31.10.2020, S. 19-22

³⁰ Neue Züricher Zeitung 25.08.2021; statista; beides abgerufen 10.05.2021

³¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.11.2020



ergaben, dass er eine Wirtschaftspolitik betrieb, die unmittelbar seinem Immobilien-Konzern nützte.

- Aufgrund der erloschenen Immunität nach Ende seiner Präsidentschaft könnten Trump die Verfolgung einiger möglicher Kriminaldelikte bzw. Rechtsauseinandersetzungen drohen, so wegen der Zahlung von Schweigegeld im Zusammenhang einer Affäre mit der Porno-Darstellerin Stormy Daniels während seiner Präsidentschaft; wegen zivilrechtlicher Ermittlungen der New Yorker Generalstaatsanwältin Letitia James aufgrund möglicher Falschbewertungen von Vermögenswerten, um unberechtigterweise Steuervorteile zu erlangen (Steuerhinterziehung); wegen Bankbetrugs; wegen Ermittlungen des New Yorker Bezirksstaatsanwalts Cyrus Vance bezüglich möglicher widerrechtlicher Geschäftspraktiken. In einer Auseinandersetzung mit der Steuerbehörde IRS könnten Trump im Negativfall 100 Mio. Dollar an Rückzahlungen an den Staat **Fehler! Textmarke nicht definiert.** drohen.³² Wie eine juristische erzwungene Einsicht in Trumps Steuerunterlagen zeigte, hatte dieser von 2007 bis 2016 keinerlei Einkommensteuer gezahlt, und im Jahr seines Amtsantritts 2017 eine Steuer in Höhe von 750 Dollar. Zugleich kämpfte Trump zu diesem Zeitpunkt für eine Steuerrückzahlung in Höhe von 73 Millionen Dollar.³³ Im Februar 2021 hat der Supreme Court die Steuerunterlagen Trumps und seiner Familienunternehmen für eine Prozessführung freigegeben. Außerdem kann die New Yorker Staatsanwaltschaft Unterlagen bei Trumps Steuerberatungsfirma einsehen. Die Vorwürfe gegen Trump lauten: Angaben zu hoher Immobilienwerte, um höhere Bankkredite zu erhalten; Angabe zu geringer Vermögenswerte, um Steuern zu vermeiden (oder zu hinterziehen?). Trump hat möglicherweise auch Beratungskosten seiner Tochter Ivanka, die diese zwischen 2010 und 2018 gegen Trumps Unternehmen in Höhe von 26 Mio. Dollar geltend machte, falsch abgeschrieben. Überprüft wird auch der Zeitraum zwischen 2005 und 2020, in dem Trump nur in 5 Jahren überhaupt eine Einkommenssteuer gezahlt, aber 23 Mio. Dollar an Steuern zurückerstattet bekommen hat.³⁴
26. Trumps *Psychologie und Persönlichkeitstypus* sind für einen US-Präsidenten ungewöhnlich gewesen. Sowohl die Person Trumps als auch seine Agenda scheinen gerade von Vertretern der akademischen Eliten oft missinterpretiert oder missverstanden worden zu sein. Eine falsche Analyse führt dann zu falschen Schlussfolgerungen für die praktische Politik. So wurde Trump vorgeworfen, er spalte das Land. Das genau war aber seine Absicht. Trump orientierte sich praktisch sowohl am Sozialdarwinismus, als auch an libertären Theoriegebäuden. So ist für ihn der amerikanische „Way of Life“ harter Kampf und verbissene Konkurrenz, bei dem nur die Stärksten gewinnen. Härten des Lebens muss man dabei standhalten können. Das gilt auch für das Corona-Virus. Letztendlich setzen sich Siegertypen durch. Maximale Spaltung der Gesellschaft und tiefe Krisen sind hilfreich, damit sich die Besten durchsetzen. In libertärer Hinsicht geht es nicht nur um die maximale Freiheit für den Einzelnen, sondern auch um die absolute Bestimmung über das eigene Leben, so wie John Locke es im 17. Jahrhundert postuliert hatte, dass jeder Mensch „Eigentümer seiner Person“ sei.³⁵ Thema in der Amtszeit Trumps waren häufig seine spezifischen Persönlichkeits- und Verhaltenszüge, die viele Menschen fassungslos machten. Es gab den Versuch renommierter amerikanischer Psychologen und Psychiater, bei Trump (quasi in einer Art „Ferndiagnose“, da Gespräche mit ihm nicht möglich waren) erhebliche Persönlichkeitsdefizite und psychische Störungen zu lokalisieren.³⁶ Genannt wurden dabei:

³² Der Spiegel 09.01.2021, S. 16

³³ Börsenzeitung 29.09.2020, S. 5

³⁴ Süddeutsche Zeitung 24.02.2021, S. 7; Financial Times 28.01.2021, S. 17

³⁵ Die Zeit 23.07.2020, S. 47

³⁶ Lee 2018



Wahnhaftige Vorstellungen von der eigenen Größe, autoritärer Kult um die eigene Person, krankhafter Narzissmus, herablassende Haltung, grobe Übertreibungen und Lügen, tyrannisches und schikanöses Verhalten, Eifersucht, fragiles Selbstwertgefühl; nicht angemessen in der Realität verankertes Verhalten, Entwicklung von Wahnvorstellungen und erfundenen Realitäten, wenn die Wirklichkeit gegen seine eigene Erwartungen verstieß und verstörend auf ihn wirkte, und dabei in wütender Manier auf die Echtheit dieser Sekundärwahrheit zu bestehen; verzerrte Sicht auf die Welt unter dem Blickwinkel „Wir gegen die anderen“; fehlende Empathie für andere; Verfolgungswahn, extreme Verletzbarkeit, keine Fähigkeit, Enttäuschungen oder Kritiken zu ertragen; Träumen von einem unwidersprochenen Diktator (und daher seine Bewunderung für andere Diktatoren), rachsüchtiges Vergeltungsstreben; implizit seine Anhänger zur Gewalt gegen Gegner aufzufordern, aber auch direkt zu Gewalt auffordernd: „Demonstranten ins Gesicht zu schlagen“ und „so übel zu verprügeln, dass sie auf Bahren hinausgetragen werden müssen“ (S. 208). Die Experten stellten berechtigter Weise die Frage, ob man so einem Menschen das Präsidentenamt mit seiner Macht, einschließlich des roten Knopfes für das Auslösen eines Atomwaffen-Angriffs, anvertrauen darf. Und sie merkten nachvollziehbar an, dass die Akzeptanz eines Präsidenten mit einer derart gestörten Persönlichkeit auch etwas aussagt über die „psychische Gesundheit einer Gesellschaft“. Das zu thematisieren hat vielleicht den Blick auf die Person Trumps geschärft, aber es hat politisch nichts gebracht. Es bot niemandem in der Politik Handhaben, gegen Trump Maßnahmen zu ergreifen, und es interessierte breite Teile der Bevölkerung einfach nicht. Der amerikanische Historiker Snyder sieht zwei große Talente Trumps: a) Er ist ein skrupelloser Lügner, ohne sich dessen zu schämen; b) er hat ein großes Durchhaltevermögen und kann, ohne intellektuelle Begründungen, extrem stur sein. Er kann Leute einschüchtern und dominieren. Begrenzungen der politischen Wirksamkeit Trumps lagen in zwei Punkten: a) Er nutzte zur Kommunikation fast ausschließlich soziale Netzwerke und kaum reale Netze von Personen; b) er konnte die Führungsebene des Militärs in keiner Weise für sich gewinnen. Snyder deutet damit an, dass ein rechtskonservativer Präsident, der diese beiden Ebenen beherrschen würde, in den USA zurzeit sehr erfolgreich, aber auch sehr gefährlich sein könnte.³⁷

27. Trump hatte in seiner Wahrnehmung und in den Augen rechter Konservativer in seiner Amtszeit viel bewegt. Ihm war es gelungen, einen großen Teil der Bevölkerung, insbesondere der weißen und männlichen, für sich zu begeistern. Er konnte viele Globalisierungsverlierer für sich einnehmen, auch dadurch, dass er die Sprache der Arbeiterklasse nutzte und Wähler in Öl- und Kohle-Bundesstaaten erfolgreich erreichte, indem er sich für eine Ausweitung der Kohle- und Ölindustrie einsetzte (insbesondere in den Bundesstaaten Wyoming, West Virginia, Pennsylvania, Kentucky, Texas, Oklahoma und Illinois). Dabei war ihm durchaus bewusst, dass er nicht überziehen darf. So stoppte er Offshore-Ölbohrungen vor dicht besiedelten Küsten Floridas, Georgias und South Carolinas. Mit seinen massiven Steuersenkungen, Deregulierungen und Beseitigungen von Umweltauflagen konnte er in seiner ersten Regierungszeit zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen – mit den daraus folgenden Schäden. Er hat Gewinne großer Konzerne wieder in die USA zurückgeholt, ohne allerdings für deren normale Besteuerung zu sorgen. Trump setzte seinen Erfolgsman Mann Mick Mulvaney als Chef der Verbraucherschutz-Behörde ein. Dessen erste Amtshandlung war die Aufhebung von Regeln, die schädliche und betrügerische Geschäftspraktiken bei kurzfristigen Studentenkrediten und Prepaid-Karten unterbinden sollten. In 2018 wurden bisherige strenge Regulierungsvorschriften für Banken erheblich aufgeweicht, z.B. bei Eigenhandelsgeschäften, regelmäßigen Stresstests, hohes Eigenkapital für Haftungszwecke (dieses gab es jetzt nur noch für Institute mit einer Bilanzsumme >

³⁷ Timothy Snyder in: Der Spiegel 23.01.2021, S. 74 ff.



250 Mrd. Dollar statt zuvor > 50 Mrd. Dollar). Weiterhin wurden Regeln abgeschafft, die Ermittlungen und Strafzahlungen von Finanzinstituten bei hoch-spekulativen Geschäften vorsahen. Und schließlich galt keine Bank und keine Wertpapierhandelsfirma der USA mehr als systemrelevant, so dass die für sie gegoltene strengere Aufsicht entfiel. Trump hatte die Leitung des Systemstabilitätsrats (Financial Stability Oversight Council – FSOC), der übergreifend auf die Stabilität des Finanzsektors achtet, mit eigenen Gefolgsleuten besetzt, die die Aufsichtsintensität über den Finanzsektor deutlich zurücknahmen. Zwei Drittel des Senats stimmten diesen gesetzlichen Aufweichungen zu, darunter 16 Senatoren der Demokraten, was mit der Verbundenheit der Demokratischen Partei mit dem Finanzsektor erklärt werden kann. Es gelang Trump, Bevölkerungsgruppen Ziele, die sie eigentlich nicht oder nicht in dieser Form gutheißen, mittragen zu lassen, oder diese „eigentlichen“ Ziele ihnen gegenüber zu vernebeln, wie verstärkte Zerstörung von Umwelt, Herbeiführung eines instabileren, riskanteren Finanzmarktes, weitere Bereicherung der Reichen und allmähliche Zerstörung demokratischer Institutionen. Für eine mögliche zweite Amtsperiode kündigten Trump und sein Finanzminister Mnuchin eine schärfere Deregulierung des Finanzmarktes an: noch geringere Kapitalanforderungen an Banken; Lockerung von Banken-Stresstests; Erlaubnis für unbeschränkten (riskanten) Eigenhandel von Banken; Schwächung des Finanzmarkt-Verbraucherschutzes; völlig unregulierter Derivatehandel von Finanzinstituten; starke Beschneidung der Finanzierung von Finanzmarkt-Aufsichtsbehörden. Mit einer weiteren Steuerreform wollte er die Kapitalertragsteuer von 23,8 % auf 15 % senken, und ebenso die Lohn-/Einkommensteuer verringern.³⁸

Zur Person und Agenda Joe Bidens

28. Zur Charakterisierung der *Person Bidens* werden hier die Einschätzungen von Prof. Stephan Bierling wiedergegeben.³⁹ Er sieht als wesentlichen Zug Bidens, dass dieser immer „mit der Zeit ging“ und dabei mehrfach seine Positionen wechselte. Er bewegte sich bei Änderungen des politischen Umfelds oder seiner Partei stets in der (sich laufend verschiebenden) Mitte. Im Rahmen dieser Entwicklungen trug er bestimmte Militärinterventionen der USA mit. So drängte er 1993 Bill Clinton, gegen das Massenmorden an Muslimen in Bosnien vorzugehen. 2002 unterstützte er George W. Bush beim Einmarsch in den Irak (ein Jahr zuvor hatte es den islamistischen Anschlag auf das World Trade Center gegeben). In 2008 forderte er als Präsidentschaftskandidat mehr Truppen und Geld für den Krieg in Afghanistan. Umgekehrt wandte er sich aber auch gegen andere Militärvorhaben. 1973 war Biden an der Initiative „War Powers Resolution“ beteiligt, die die Macht des Präsidenten bei militärischen Operationen einschränkte; er wandte sich 1990/91 gegen die Befreiung Kuweits von den unter S. Hussein einmarschierten Irakern; eine massive Truppenaufstockung in Afghanistan lehnte er 2009 scharf ab; die Ermordung Osama bin Ladens in Pakistan trug er nicht mit; und ebenso wandte er sich gegen mögliche Vergeltungen gegenüber Saddam Hussein, falls dieser Chemiewaffen gegen Aufständische im eigenen Land einsetzen würde. In der gesamten Zeit als Vizepräsident unter Barack Obama (2008-2016) war er klarer Kriegsskeptiker. Jüngst hat Biden öffentlich sein Verhalten zu beiden Irak-Kriegen bedauert.
29. Biden ist mit 78 Jahren bei Amtsantritt der älteste *Präsident* in der gesamten US-Geschichte. Im Wahlkampf hatte Biden angedeutet, dass er nur eine Amtszeit absolvieren könnte. Im März 2021 kündigte er jedoch an, dass er in 2024 durchaus für eine weitere

³⁸ Tagesspiegel 14.09.2018 / 12:12h Internet, abgerufen 08.05.2021; Börsenzeitung 17.10.2020, S. 5; Börsenzeitung 23.10.2020, S. 7; Börsenzeitung 09.10.2020, S. 7

³⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.11.2020



Amtsperiode antreten könnte. Bei einem Verzicht würde wohl seine Vizepräsidentin Kamala Harris als Kandidatin antreten. Wäre Biden während der jetzigen Wahlperiode nicht mehr in der Lage, das Präsidentenamt auszuüben, würde Harris automatisch Präsidentin.⁴⁰ Bidens bisherige zentrale politische Ämter waren: von 1973 bis 2009 Senator für den Staat Delaware; 01/2009 bis 01/2017 Vizepräsident unter Präsident Barack Obama. Bidens vorrangige Kompetenzfelder im Politikfeld liegen in der Außenpolitik und in Fragen von Bürgerrechten. Seine durchgängige Positionierung in der Mitte der Partei ermöglichte Biden die Nominierung als Kandidat der Demokraten und wahrscheinlich auch seinen Wahlsieg. Seine demokratischen Gegenkandidaten Bernie Sanders, Elizabeth Warren und Pete Buttigieg hingegen sprachen jeweils nur ein Teilsegment der Partei (und vermutlich auch der Wähler) an. Wiederholt trat Biden gegen ultrarechte Positionen auf. So verhinderte er 1987 den von Präsident Reagan vorgeschlagenen ultrakonservativen Richter-Kandidaten für den Supreme Court Robert Bork. Zwei dezidierte Gründe dürften wohl für die Nominierung als Präsidentschaftskandidat seitens der Demokraten ausschlaggebend gewesen sein: (1) Die schwarze Bevölkerung stellte sich mit großer Mehrheit hinter ihn; (2) über alle Differenzen in der demokratischen Partei hinweg gab es den alles dominierenden Wunsch, Trump unbedingt verhindern zu wollen; der Kandidat Biden versprach dies am ehesten. Obwohl Biden gläubiger Christ ist, sehen ihn viele gläubige Anhänger Trumps als Feind, da sie ein weißes Amerika wollen.⁴¹ Biden hat in das neue *Regierungspersonal* viele Personen aus der früheren Obama-Administration übernommen. Insgesamt ist die Regierung multi-ethnisch zusammengesetzt – ein Dank Bidens an diese Gruppen, aber auch ein rationales Kalkül in Bezug auf zukünftige Wählerstimmen.⁴²

30. Die *Finanz- und Wirtschaftspolitik* Bidens verdient die Etiketten aggressiv, zukunftsgewandt, mutig und riskant – was vor der Wahl von Experten so nicht vermutet wurde. Seine Politik in diesen Feldern ist einerseits geleitet von Antworten auf die Corona-Pandemie und der daraus resultierenden Krise, zweitens von der Vision einer in Richtung Nachhaltigkeit und sozialen Ausgleich umgestalteten Gesellschaft. Übergreifend will Biden mit zukunftsfähigen und -notwendigen Industrien viele neue Arbeitsplätze schaffen und neuen Unternehmen große zusätzliche Gewinnmöglichkeiten eröffnen, und dabei von China, sowie von anderen Ländern wirtschaftlich unabhängiger werden. Biden will nach dem bereits sehr großen Corona-Hilfspaket mit einem riesigen staatlichen Investitions-Programm in Höhe von etwa 4 Billionen Dollar unter dem Arbeitstitel Green New Deal in die Wirtschaft eingreifen. Er vergleicht sich dabei mit keinem geringeren als Franklin D. Roosevelt, dessen New Deal-Koalition seit 1933 ein halbes Jahrhundert die Politik der USA prägte, in einer stabilen Wirtschaft für sozialen Ausgleich sorgte und eine breite Mittelschicht schuf. Das zukünftige Programm der Biden-Regierung soll in zwei großen Teilen realisiert werden. Der erste Teil soll die marode Infrastruktur sanieren und gleichzeitig zu einer grünen Energiewende beitragen. Mit dem zweiten Paket soll auf die extreme ökonomische und kulturelle Ungleichheit in den USA reagiert werden, indem er sie drastisch abbauen und perspektivisch einen Sozialstaat aufbauen will, der in dem Land bisher nur in marginalen Ansätzen existiert. In den folgenden Bullet-Points wird auf die Pakete genauer eingegangen.⁴³

⁴⁰ Handelsblatt 29.03.2021, S. 13

⁴¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung 26.01.2021, S. 3

⁴² Süddeutsche Zeitung 23.01.2021, S. 1

⁴³ In der gesamten These werden folgende Quellen genutzt: The Economist 13.03.2021, S.7; Der Spiegel 20.03.2021, S. 18-20; Süddeutsche Zeitung 25.03.2021, S. 7; Handelsblatt 30.03.2021, S. 15; The Economist 03.04.2021, S. 38; Handelsblatt 08.04.2021, S. 14; Der Spiegel 10.04.2021, S. 74 ff.; Handelsblatt 30.04.2021, S. 14 f.



- Anti-Corona- und Konjunktur-Pakete

Bereits unter der Präsidentschaft Trumps sind zur Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgeschäden sehr große staatliche Hilfsprogramme eingeleitet worden. Biden hat diese mit einem zusätzlichen Maßnahmenpaket im Umfang von 1,9 Billionen Dollar stark ausgeweitet. Das Hauptziel, mit den Maßnahmen die US-Wirtschaft massiv wieder anzukurbeln, ist in vollem Umfang gelungen. Im ersten Vierteljahr 2021 wuchs die Wirtschaft um 6,4 %; die gleiche Wachstumsrate wird für das gesamte Jahr 2021 prognostiziert, ein Wert, der sonst nur von Schwellenländern erreicht wird. Die Ausrichtung des Programms hatte dabei eine starke Umverteilungskomponente zugunsten Armer und unterer Einkommenschichten. Alle Amerikaner unterhalb eines Jahreseinkommens von 75.000 Dollar erhielten sofort eine einmalige Zahlung von 1.400 Dollar pro Kopf (die Trump-Regierung hatte bereits eine erste Direktzahlung in Höhe von 600 Dollar geleistet); das Arbeitslosengeld in Höhe von 300 Dollar wurde um ein halbes Jahr verlängert; das Kindergeld wurde massiv erhöht, auf bis zu 3.600 Dollar pro Kopf (vorerst beschränkt auf ein Jahr). Ökonomen haben berechnet, dass das ärmste Fünftel der amerikanischen Bevölkerung nach den Zahlungen über 20 Prozent mehr Einkommen verfügte und dass sich die Kinderarmut in der Folgezeit um die Hälfte reduziert.

- Kombination traditioneller und ökologischer Infrastruktur-Maßnahmen

Praktisch alle Teile der amerikanischen Infrastruktur sind seit Jahrzehnten zu einem maroden Zustand heruntergewirtschaftet worden. Die Biden-Regierung will sie nicht nur in weiten Teilen instandsetzen, sondern sie zugleich deutlich ökologischer ausrichten. Geplant sind in einem „American Jobs Plan“ mit einem Umfang von 2,2 Billionen Dollar: Instandsetzung und Neubau von Straßen, Schienen, Brücken und Stromnetzen; umfassende Ausweitung von Breitband-Datennetzen. Über das Teilprogramm „Energy Efficiency Electricity Standard“, mit 400 Mrd. Dollar ausgestattet, soll eine Abkehr vom Einsatz fossiler Energieträger erfolgen, sowohl mit alternativen Energien, als auch mit Hilfe des Ausbaus von Atomkraft. Zum Programm gehören: drastische Einschränkung des Einsatzes von Kohle und Öl; massive Förderung von Wind- und Solaranlagen; energetische Sanierung von Häusern und energieeffizientes Wohnen; Errichtung von 500.000 zusätzlichen Ladestationen für Elektro-Autos; moderne Wasserleitungen, Beseitigung von Blei-Wasserrohren aus 400.000 Schulen; 35 Mrd. Dollar für Forschung und Entwicklung in Klimaschutz-Technologien; 10 Mrd. Dollar für das „Civilian Climate Corps“, ein Freiwilligen-Programm, in dem sich jüngere Menschen an Klima- und Umweltschutzprojekten beteiligen können. Biden verfolgt das ehrgeizige Ziel, Strom in den USA bis 2035 völlig klimagasfrei zu produzieren. Im Vergleich zu 2005 soll das Land seine Emissionen um 50 Prozent senken, was eine Verdoppelung der früher verkündeten Anstrengungen bedeutet. Biden will die Umwelt- und Klimaziele in enger Partnerschaft und Kooperation mit der EU und China erreichen. Im Vorgriff auf einen UN-Klimagipfel im November 2021 in Schottland hatte Biden im April 2021 40 Länder zu einer eigenen Klima-Konferenz eingeladen, auf der er seine Pläne in groben Zügen bekanntgab. Die anderen Länder waren dadurch quasi gezwungen, erste verbindliche Hinweise zu ihren Klimazielen zu geben.⁴⁴

- Sozialstaatliche Leistungen – Schaffung eines amerikanischen Sozialstaates

Der zweite Teil des Green New Deal („American Families Plan“) mit einem Umfang von 1,8 Billionen Dollar soll sich direkt dem Abbau gesellschaftlicher Ungleichheit

⁴⁴ Süddeutsche Zeitung 22.04.2021, S. 2; Handelsblatt 22.04.2021, S. 12



widmen, unter anderem auch durch einen massiven Ausbau des Sozialstaates. Gerade bei diesem Programm wurde Biden mit Roosevelt verglichen, der 1935 in seinem New Deal so etwas wie ein rudimentäres Sozialsystem eingeführt hatte: kleine Grundabsicherungen für Rentner, Arbeitslose, Handicapped People und Alleinerziehende. Das im Corona-Hilfspaket zum ersten Mal in der Geschichte der USA eingeführte Kindergeld soll eine Dauerinstitution in einer Höhe von bis zu 300 Dollar pro Monat werden; von Kinderfreibeträgen hatten die untersten Schichten nicht profitiert. Außerdem sollen eingeführt werden: eine kostenlose, staatlich finanzierte Kinderbetreuung für Drei- bis Vierjährige; eine bezahlte Elternzeit; eine Lohnfortzahlung für erkrankte Arbeitnehmer oder für Personen, die kranke Familienangehörige pflegen; gebührenfreie staatliche Vorschulen und staatliche Universitäten; eine kostenlose zweijährige Ausbildung an praxisorientierten Community Colleges; Aufwertung einer beruflichen und berufsbegleitenden Bildung. Biden nutzt das von seinen bisherigen Projekten erzeugte Momentum, um mehr seiner Projekte umzusetzen. Er versucht damit die übliche Abwehr gegen sozialstaatliche Programme auszuhebeln, die immer mit persönlicher Freiheit begründet wurden: Wer sein Glück durch harte Arbeit erreichen kann, der darf auch nichts vom Staat fordern.⁴⁵ Die geplanten Programme Bidens passen sehr gut zu den Vorschlägen der beiden US-Ökonomen Saez und Zucman.⁴⁶

- Gegenfinanzierung der Programme

Biden will zur Finanzierung seiner Programme die Staatsschulden beträchtlich weiter erhöhen (was der demokratisch Senator Manchin scharf kritisiert). Ihm ist klar, dass die weitere Erhöhung der Staatsverschuldung hohe Risiken birgt. Daher will er sich mit umfangreichen steuerlichen Maßnahmen erhebliche zusätzliche Mittel verschaffen: Wiederanhebung der durch Trump von 35 % auf 21 % gesenkten Bundes-Unternehmensgewinnsteuer auf 28 %; Mindeststeuer für Unternehmen, um Steuerumgehungen einzuschränken; Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer von 37 % auf 39,6 % für Einkommen von über 400.000 Dollar pro Jahr; Erhöhung des Steuersatzes für Kapitalerträge von 20 % auf 39,6 % für Familien mit einem Jahres-Einkommen von über einer Million Dollar; bei vererbten Wertpapieren Besteuerung von Wertzuwächsen, die ab Kauf bis zum Tod des Erblassers auftreten (bisher geschah dies nicht und war ein Steuerschlupfloch). Die USA wollen eine Mindeststeuer auf Unternehmensgewinne auch dadurch erreichen, dass es in OECD-Ländern eine Mindeststeuer für Gewinne, die ein Konzern im Ausland erzielt, geben soll. US-Finanzministerin Janet Yellen hat einen Mindestsatz von 21 % vorgeschlagen. Ein Beispiel, wie der Mindestsatz wirken würde: Wenn Irland die Mindeststeuer auf Geschäfte Apples in seinem Land nicht erheben würde, könnte beispielsweise Deutschland, wo Apple hohe Umsätze macht, einen großen Teil der von Irland nicht erhobenen Steuer von Apple abkassieren; Irland ließe dann sozusagen mögliche Steuereinnahmen liegen, und hätte nun einen Anreiz, die Steuer selbst zu vereinnahmen und die Mindeststeuer im eigenen Land zu erhöhen. Für den US-Ökonomen Gabriel Zucman wäre die internationale Mindeststeuer ein „Game Changer“, der internationalen Steuerunterbietungswettbewerb beenden und ökonomische Ungleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen erheblich reduzieren würde. Und der US-Ökonom Paul Krugman betont, dass ein derartiger Ansatz mit der falschen Ideologie Schluss machen würde, dass niedrigere Unternehmenssteuern automatisch zu mehr Arbeitsplätzen führten. Ob aber unter den OECD-Ländern eine Einigung auf den US-Vorschlag erfolgen wird, ist völlig offen. In den USA werden die Republikaner bei allen geplanten

⁴⁵ Süddeutsche Zeitung 30.04.2021, S. 27

⁴⁶ Siehe hierzu: Saez/Zucman 2020



Steuererhöhungen der Biden-Regierung erbitterten Widerstand leisten. Führende Republikaner sprachen von radikaler Umverteilung, Angriffen auf alle Investoren, massiver Schädigung der Wirtschaft und des Wachstums und Geschenken an die radikale Linke. Aber auch der demokratische Senator Joe Manchin erklärte, dass er die Anhebung der Unternehmenssteuern nicht mittragen werde. Und auf der anderen Seite ist der linke Parteiflügel der Demokraten mit der Gegenfinanzierung nicht zufrieden. Die Senatoren Bernie Sanders und Elizabeth Warren sowie weitere Demokraten haben Pläne für eine Erhöhung der Einkommensteuern auch für Jahreseinkommen unterhalb von 400.000 Dollar sowie für eine Vermögensteuer entwickelt. Bis April 2021 hatten die geplanten Steuererhöhungen laut Presseberichten keine breitere Kritik in der Bevölkerung hervorgerufen. Aber die Mobilisierung der Republikaner war auch noch nicht erfolgt. Misslingt Biden eine steuerliche Gegenfinanzierung, ist er auf eine riskante zusätzliche hohe Staatsverschuldung angewiesen, bei der er ebenfalls mit hartem Widerstand rechnen muss.⁴⁷

- Chancen und Risiken der Programme

Die großen Pakete an Wirtschaftsmaßnahmen werden im Prinzip von Ökonomen aller Denkschulen für richtig gehalten, weil mit ihnen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie begrenzt und ein starker wirtschaftlicher Aufschwung ermöglicht würden. Unterschiedliche Einschätzungen gibt es in Bezug auf die zugrundeliegende staatliche Schuldenfinanzierung. Zusammen mit dem 1,9 Billionen-Dollar-Paket unter Biden bis zum Frühjahr 2021 hatten die realisierten staatlichen Anti-Corona-Programme einen Umfang von insgesamt 6 Billionen Dollar. Die US-Zentralbank (Fed) bringt in 2021 zusätzliche 2,5 Billionen Dollar an Liquidität in das inländische Bankensystem ein. Auch aufgrund der zweimaligen Direktzahlungen an US-Bürger haben deren Ersparnisse um weitere 1,6 Billionen Dollar zugenommen. Und käme noch ein möglicher Green New Deal hinzu, ergäbe sich insgesamt eine staatlich mobilisierte Finanzsumme von über 10 Billionen Dollar. In der Prognose würde die Staatsverschuldung der USA in 2021 bei Realisierung der Programme auf über 30 Billionen Dollar ansteigen, etwa 130 % des Bruttoinlandsproduktes. In 2018 hatte der Verschuldungsgrad noch 100 % betragen. Das Defizit des Staatsetats betrug in 2020 etwa 15 %. Die Zeitschrift Economist sieht im Anstieg der staatlichen Schulden und der Gesamtliquidität ein bisher niemals durchgeführtes gewaltiges Experiment, und zwar mit drei brennenden Bestandteilen, die zusammenwirken werden: ein in seiner Größe historisch beispielloser finanzpolitischer Stimulus eines Landes; die Akzeptanz einer weit über die bisher sorgsam gehütete Schwelle von 2 % hinausgehende Inflation in mittelfristiger Perspektive, möglicherweise forciert durch eine eintretende Verknappung von Arbeitskräften nach Bewältigung der Corona-Pandemie; eine (auch global) aufgestaute sehr hohe Ersparnis der Bevölkerung, die sich eruptiv „entladen“ könnte. Niemand weiß, wie die Privatbürger die angehäuften Ersparnisse in Zukunft verwenden werden. Biden geht noch zwei weitere Wetten ein, nämlich dass die starke Wirtschaftsdynamik mittelfristig anhält, und dass die langfristigen Kapitalmarktzinsen auf einem sehr niedrigen Niveau verbleiben (und damit die Zinslast des Staates kaum erhöhen). Haben bisher eher neoklassisch orientierte Ökonomen auf mögliche Gefahren einer Inflation hingewiesen, so sind inzwischen auch keynesianisch ausgerichtete Wirtschaftswissenschaftlicher besorgt und erwarten ab 2021 rapide ansteigende Preissteigerungsraten. Bei hohen Inflationsraten könnte die US-Zentralbank (Fed) zur massiven Erhöhung

⁴⁷ Handelsblatt 30.03.2021, S. 15; ⁴⁷ Süddeutsche Zeitung 30.04.2021, S. 27; Gabriel Zucman: „Ein echter Game Changer“, in IPG-Interviews 07.05.2021; Paul Krugman: „Der Kampf gegen die Koblode“, in IPG-Global 13.04.2021



der Leitzinsen gezwungen werden, mit erheblichen Gefahren für die Beschäftigung. Der Economist sieht in möglicherweise schwer zu bewältigenden staatlichen Verschuldungsgraden und hohen Inflationsraten die Gefahr eines erheblichen Vertrauensverlustes in die Fed bzw. ins Geldsystem. Biden zögert nicht, für sein Wirtschaftsprogramm eine hohe staatliche Verschuldung einzusetzen. In 2021 steigt diese um weitere 2,3 Billionen Dollar, ca. 10 Prozent des US-Bruttoinlandsproduktes. Eine ähnliche Höhe staatlicher Schulden, die bei Realisierung aller von Biden geplanten Wirtschaftsprogramme relativ zum Bruttoinlandsprodukt einträte, hat es noch nie in der US-Geschichte gegeben. Der Umfang der geplanten Pakete ist auch eine Reaktion Bidens auf die Misserfolge Obamas, der in seinen Augen zu zögerlich, zu sparsam und mit zu illusionärer Hoffnung auf eine Zusammenarbeit mit den Republikanern nach der Finanzkrise 2007-09 operiert hat. Zusammen mit dem Eindruck breiter Bevölkerungskreise, dass die Obama-Regierung nach der Finanzkrise 2007-09 mit massivsten Mitteln den US-Finanzsektor und seine Akteure gerettet und dabei den „kleinen Mann“ vergessen hat, habe dies der Vorgängerregierung die Mehrheit in beiden Kongresskammern gekostet und in der Folge praktisch die Durchsetzung politischer Projekte über den Gesetzesweg verunmöglicht.

- Politische Realisierungsmöglichkeiten

Eine schwer überwindliche Hürde für das mächtige Gesamt-Programm und seine Gegenfinanzierung über Steuern und/oder zusätzliche Staatsverschuldung wird die Abstimmung im Senat sein. Biden kann nicht mit Dekreten operieren, sondern muss den gesetzlichen Weg beschreiten. Die Republikaner werden hartnäckigsten Widerstand leisten. Inwieweit Teile des Programms durchgehen könnten, hängt auch von deren Ausgestaltung ab. Es bleiben vermutlich nur zwei Optionen, wenn Biden zumindest Teilerfolge erzielen will: Entweder das Programm in viele Teile zerlegen und diese einzeln der Abstimmung im Kongress unterziehen; oder die Filibuster-Regel im Senat abschaffen, was aber auf die genannten erheblichen Schwierigkeiten stoßen würde (siehe These 13, letzter Bullet Point, und Anhang 1).

31. In der *Außenhandelspolitik* setzt Biden die protektionistische Grundtendenz von Trump fort. Im Prinzip sind Freihandel und Handelsfragen für Biden sekundär. Die unter Trump verhängten Zölle gegenüber der EU – z.B. auf Stahl und Aluminium – sowie gegenüber China hat er beibehalten. Biden denkt dabei auch an den Schutz von Arbeitern in diesen Branchen, denen er sich nicht nur besonders verpflichtet fühlt, sondern deren Stimmen er in den nächsten Wahlen dringend benötigt. In diesem Zusammenhang kommt er den Gewerkschaften entgegen, mit denen die Demokraten traditionell ohnehin eine enge Verbindung pflegen. Bidens Handelsbeauftragte Katherine Tai erklärte, dass Bidens Vision eine auf Arbeiter und den Mittelstand bezogene Handelspolitik sei. Biden erließ kurz nach Amtsübernahme das Dekret „Buy American“, durch das ausländische, also auch europäische Anbieter bei öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Gegenüber China betreibt er eine Politik möglichst weitgehender ökonomischer Entkopplung. Hier wünscht er sich von Europa, dass es sich dieser Politik anschließt. Daraus ergibt sich ein Interessengegensatz. Für die EU ist China ein wichtiger Absatzmarkt; sie würde ihn bei einem Anschluss an die US-Ziele weitgehend verlieren, was enorme wirtschaftliche Folgen hätte. Anders als die USA hat die EU eine relativ ausgeglichene Leistungsbilanz mit China. Finanzministerin Janet Yellen hat für die USA das Interesse an Regelungen zu einer weltweiten Mindestbesteuerung von Unternehmen bekundet und beendet damit die amerikanische Blockade-Politik unter Trump in diesem Punkt.⁴⁸

⁴⁸ Handelsblatt 26.01.2021, S. 15; Der Spiegel 10.04.2021, S. 64 f.



32. In der *Außenpolitik*, in der Biden besonders kompetent ist, deutet er eine gewisse Härte an, was die Betonung amerikanischer Interessen anbelangt. Bis vor kurzer Zeit bezog er gegenüber Russland weder eine annähernde, noch eine feindliche Position. Spätestens im März 2021 wurde eine neue Orientierung daran sichtbar, dass er den russischen Präsidenten Putin öffentlich einen „Mörder“ nannte, eine möglicherweise so nicht geplante Bezeichnung und in diplomatischer Hinsicht ein extremes Verhalten. Seine Haltung zu China hatte sich schon mehrere Jahre vor der Wahl stark gewandelt, von enger Kooperation hin zu klarer Konfrontation. In China sieht Biden (bzw. seine Regierung) in mehrfacher Hinsicht einen bedrohlichen Konkurrenten: in der Rolle als allgemeine Weltmacht, in der militärischen Vorherrschaft und in der Technologie-Führerschaft. Was Biden und andere Politiker seiner Regierung als nicht länger hinnehmbar empfinden sind die ständigen Angriffe aus dem Cyber-Raum seitens Russlands und Chinas sowohl auf die Politik als auch auf die Wirtschaft der USA. Gerade für Russland, welches gegenüber den USA keinerlei wirksame Wirtschaftssanktionen verhängen kann, sind Cyber-Angriffe möglicherweise eine effektive Strategie, um eigene Ziele gegenüber den USA durchzusetzen. Die amerikanische Seite behauptete (ohne dass man dies überprüfen könnte), dass Russland sich in 2020 monatelang Zugang auf Daten in den US-Ministerien für Finanzen, Handel, Heimatschutz, Außenpolitik und Verteidigung sowie in der für Atomwaffen zuständigen Behörde und in zahlreichen amerikanischen und europäischen Unternehmen verschafft hat.⁴⁹ Die Amerikaner sehen durch Cyber-Angriffe den Stolz, die Souveränität, die Sicherheit und die Führungsrolle des Landes verletzt. Die Biden-Administration übt wie die Trump-Regierung Druck auf Bündnispartner in der NATO zur Erfüllung ihrer „Pflichten“ aus, was Verteidigungsausgaben von 2 %, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, und die Beteiligung an militärischen Auslands-Einsätzen anbelangt. Es sieht so aus, als würde Biden die Rolle der USA in einem großen Bündnis bzw. Netzwerk mit zahlreichen Ländern stärken wollen. Das Verhältnis zu Europa will Biden im Gegensatz zu Trump wieder kooperativer gestalten. Den von Trump eingeleiteten Abzug amerikanischer Soldaten aus Deutschland hat Biden sofort gestoppt und als Geste der neuen Zusammenarbeit zusätzliche 500 Soldaten für Deutschland vorgesehen. Die Biden-Regierung treibt den Aufbau enger Kooperationen mit asiatischen Ländern (Indien, Japan, Südkorea, Vietnam) und mit Australien voran. Diese sind aus Sicht der USA deutlich gegen den „Hauptgegner“ bzw. Hauptkonkurrenten China gerichtet. Während Indien sich bereits vollständig von China abzukoppeln beginnt, hat Japan bisher eine „Doppelstrategie“ aus Konkurrenz und Kooperation gefahren. Das Land wird nun sowohl von den USA als auch von China unter Druck gesetzt. China verlangt von Japan, auf Herrschaftsansprüche im Südchinesischen Meer zu verzichten und, „zu seinem eigenen ökonomischen Vorteil“ nicht mit den USA, sondern mit China stärker zu kooperieren. Die USA bieten Japan einen militärischen Schutzschirm (gegen China) an, und verlangen im Gegenzug, dass es sich zusammen mit den USA stärker gegen China wendet. Im Unterschied zu Indien sieht Japan aufgrund seiner geografischen Nähe zu China viele Dinge anders, insbesondere die Übermacht Chinas im Südchinesischen Meer und die Kriegsdrohung Chinas gegenüber Taiwan, die in Japan Ängste erzeugt. Als Botschaft an China hat Biden mit großer Bestimmtheit angekündigt, das Südchinesische Meer für die internationale Schifffahrt offenhalten zu wollen. Die USA haben einen Flugzeugträger und weitere Kriegsschiffe in dem Meer stationiert. Deutschland beteiligt sich an dieser Mission mit der Entsendung einer Fregatte und hat sich insofern zumindest symbolisch auf die Seite der USA gestellt. Mit einzelnen asiatischen Ländern, z.B. den Philippinen, Taiwan und Vietnam, will die US-Regierung laufende gemeinsame Militärübungen in den dortigen Meeren durchführen. Insgesamt ist Biden entschlossen, in dieser Region ein sehr starkes

⁴⁹ Handelsblatt 19.04.2021, S. 13



Gegengewicht gegen China zu schaffen. Der amerikanische Admiral James G. Stavridis, ehemaliger Nato-Oberkommandeur für Europa, warnte aufgrund dieser Entwicklungen, dass die USA und China, ähnlich wie die europäischen Mächte in 1914, in einen Krieg „hineinstolpern“ könnten, ohne dass zunächst ein fester Kriegswille vorhanden sei.⁵⁰ In Bidens Außenpolitik hat der Nahe Osten im Vergleich zu Asien eine nachrangige Bedeutung. Vielleicht aufgrund der mehrfachen erfolglosen Versuche der USA, eine völkerrechtlich abgesicherte Befriedung zwischen Israel und den Palästinensern zu erreichen, scheint Biden sich in Konflikte zwischen diesen Parteien nicht mehr grundsätzlich einmischen zu wollen. Die einseitige Unterstützung von Staaten im Nahen Osten während der Trump-Präsidentschaft, insbesondere Saudi-Arabiens, hat Biden beendet. Den Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran hat Biden wieder rückgängig gemacht und will in Neuverhandlungen eine Neuauflage des Abkommens erreichen, und damit Iran davon abhalten, Atomwaffen zu produzieren. Den von Trump begonnenen Abzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan setzt Biden fort und will ihn bis zum September 2021 bewerkstelligt haben. Per Dekret hat Biden kurz nach Amtsantritt auch sofort den Austritt der USA aus der Weltgesundheits-Organisation (WHO) wieder rückgängig gemacht.⁵¹

33. Die USA sind seit einigen Jahrzehnten einem immer stärkeren *Migrationsdruck* an ihrer Südwestgrenze (zwischen Mexiko und Texas) ausgesetzt. Waren es vor 2000 vor allem Flüchtlinge aus Mexiko, die einer zusammenbrechenden Wirtschaft und einer chaotisierten Gesellschaft zu entkommen versuchten, so sind seitdem vor allem Migranten aus Mittelamerika hinzugekommen, insbesondere aus Guatemala, Honduras oder El Salvador. Sie fliehen vor Gewalt, Armut und Umweltkatastrophen. Schleuser verlangen von Flüchtlingen aus Mittelamerika für den Transfer in die USA bis zu 10.000 Dollar; darin enthalten sind ein Führer für den Weg durch unwegsame Gebiete und drei Versuche für einen Grenzübertritt. Trump verfolgte eine harte Migrationspolitik. Er plante eine große Mauer, die die Grenze nach Mexiko komplett unpassierbar machen sollte. Nach Ausbruch der Coronapandemie nutzte er ein Gesundheitsschutzgesetz („Title 42“), um die Südgrenze mit dem Verweis auf Gesundheitsgefahren komplett zu schließen und alle „illegalen“ Grenzüberquerer sofort wieder über die Grenze abzuschicken. Auch unbegleitete Kinder und Jugendliche, die Grenzwächter aufgriffen, wurden umgehend wieder nach Mexiko ausgewiesen, ohne in ein Aufnahmезentrum gebracht zu werden. Begleitete Kinder wurden zur Abschreckung in vielen Fällen von ihren Eltern getrennt und in separaten Lagern untergebracht. Biden hatte unter Obama die Errichtung einzelner Grenzzäune zur mexikanischen Grenze und die Abschiebung von Migranten mitgetragen. Im Wahlkampf 2020, auch aufgrund des Druckes zivilgesellschaftlicher Gruppen und seines eigenen linken Parteiflügels, versprach Biden aber, das „unmenschliche“ Migrationsregime von Trump zu beenden. In den ersten Wochen versuchte er per Präsidial-Erlassen einige Härten Trumpscher Migrationspolitik rückgängig zu machen: Er ordnete einen 100-Tage-Stopp der Abschiebungen illegaler Immigranten an, die sich bereits in den USA aufhielten (dieser wurde aber sofort wieder von einem Gericht in Texas aufgehoben); er beendete auch umgehend die „Remain in Mexico“-Politik, bei der Personen, die in die USA einreisen wollten, südlich der Grenze bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag ausharren mussten (wobei Mexiko sich wehrt, Familien, die einmal die Grenze zu den USA überschritten haben, wieder aufzunehmen); die Trennung von Migrantenkindern von ihren Eltern wurde aufgehoben, getrennte Familienteile wieder zusammengebracht; die Antragstellungen für einen Aufenthalt wurden erleichtert; minderjährige Migranten werden nun ordentlich behandelt. Die Anwendung von Title 42 blieb aber auch bei ihm in Kraft; offenbar wollte Biden sich dieses Instrument nicht aus

⁵⁰ Interview James G. Stavridis in: Die Zeit 29.04.2021, S. 4

⁵¹ Handelsblatt 16.04.2021, S. 14; Süddeutsche Zeitung 19.04.2021, S. 6; Süddeutsche Zeitung 12.05.2021, S. 2



der Hand nehmen lassen. Bidens kurzfristige Line ist: Einbürgerung Illegaler, aber eine klare Begrenzung von Einwanderung. Die unter Trump praktizierte Abschiebepolitik (mit Ausnahme bei Minderjährigen) wird unter Biden fortgesetzt. Die US-Regierung hat an potenzielle Einwanderer in Mittelamerika die Botschaft gerichtet, dass sie sich nicht auf den Weg in die USA machen, sondern abwarten sollten, bis die USA ein ordentliches und sicheres Asylverfahren eingeführt haben. Diese Botschaft dürfte die Zielgruppen aufgrund der extrem schlechten Lage in ihren Heimatländern jedoch wohl kaum von einer in die USA abhalten. Seit Bidens Amtsantritt hat der Flüchtlingszustrom erheblich zugenommen, wobei dies für illegale Grenzübertritte unbegleiteter Minderjähriger nochmals stärker gilt. Die Eltern schicken diese teilweise vor, in der Hoffnung, später nachkommen zu dürfen. Allein zwischen Oktober 2020 und Februar 2021 sind offiziell 400.000 neue Grenzübertritte erfasst worden, darunter 30.000 von Minderjährigen. Allein im März 2021 gab es 172.300 neue Einwanderer, fünfmal mehr als ein Jahr zuvor. Daneben existiert eine hohe Dunkelziffer. Zugenommen haben auch die Schmuggler-Aktivitäten. Im völlig überlasteten Immigrationsregelungs-System der USA sind 1,3 Millionen unerledigte Fälle anhängig. Die Südgrenze wird inzwischen auch von Personen aus Asien, dem Nahen Osten und weiteren Regionen zu illegalen Übertritten genutzt. Immer noch sitzen 15.000 Kinder und Jugendliche in Auffanglagern auf der US-Seite fest. Zahlreiche Landkreise entlang des Rio Grande, die jahrzehntelang fest in der Hand der Demokratischen Partei waren, sind in der Wahl im November 2020 zu den Republikanern übergeschwenkt, obwohl die Bevölkerung dort zu 90 Prozent einen migrantische Latino-Hintergrund hat. Mittelfristig will Biden ein menschliches und modernes Migrationsrecht und Migrationssystem einführen. Dieses ist bisher aber weder bei ihm, noch bei Vizepräsidentin Harris zu erkennen. Biden steht unter dreifachem Druck, welcher ihm zur Einführung eines derartigen Systems kaum Zeit lässt: Zum einen vergrößert seine Politik den Migrationsdruck um ein weiteres; zweitens verlangen zahlreiche Bürgerrechts-Organisationen und der linke Parteiflügel der Demokraten die sofortige Abschaffung vieler Maßnahmen, die gegen einen Zuzug von Flüchtlingen gerichtet sind; und drittens bauen die Republikaner das Narrativ eines gefährlichen, das ganze Land bedrohenden Flüchtlings-Chaos‘ auf, welches die Biden-Regierung verursache. Der republikanische Senator Lindsay Graham hat angekündigt, dass die Einwanderung das wichtigste Thema der Zwischenwahlen 2022 werde. Die Republikaner sind sich sicher, mit dem Thema die Bevölkerung mobilisieren und wieder die Mehrheit in beiden Kongresskammern erlangen zu können. Eine umfassende gesetzliche Neuregelung der Migrationsfrage, die Biden anstrebt, ließe sich ohne Änderung der Filibuster-Regel im Senat nicht durchbringen. Biden strebt an, seine Programme über Gesetze durchzusetzen, statt mit Präsidenten-Erlassen; nur so können sie nachhaltig wirken und Bestand haben. Aber wie dieser Weg in diesem Feld gelingen soll, ist unklar. Die Republikaner sind in der Migrationsfrage zu keinerlei Kompromissen bereit.⁵²

34. *Umwelt- und Klimapolitik* waren in den USA in den letzten beiden Jahrzehnten schwach ausgeprägt. Unter Obama hatte dieser Politikkomplex nicht erste Priorität. Außerdem wären größere Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen von den Republikanern auf der Gesetzesebene im Senat blockiert worden. Eine Reihe kleiner Einzelmaßnahmen hatte Obama per Executive Orders umgesetzt. Sein Nachfolger Trump konnte diese mit seinen eigenen Dekreten rasch wieder rückgängig machen. Biden wiederum hob wiederum mit Präsidenten-Erlassen zahlreiche Anordnungen Trumps auf. So ist er dem Pariser Klima-Abkommen von 2015, aus dem Trump ausgestiegen war, sofort wieder beigetreten. In einer Order hat er seine Klimaziele für die USA bekannt gegeben: Neutralität bei Klimagasen bis 2050,

⁵² The Economist 27.02.2021, S. 33; The Economist 20.03.2021, S. 31-33; Süddeutsche Zeitung 13.03.2021, S. 8; Süddeutsche Zeitung 23.03.2021, S. 7; Süddeutsche Zeitung 26.04.2021, S. 3; Der Spiegel 08.05.2021, S. 84-87



emissionsfreie Stromerzeugung bis 2035. Zahlreiche amerikanische Unternehmen sind inzwischen des Ping-Pong-Spiels zwischen den beiden Parteien überdrüssig und vermissen auf diesem Gebiet langfristig-zuverlässige Rahmenbedingungen. Eine Reihe von Unternehmen sind, auch aus Renommee-Gründen, zu Umweltmaßnahmen bereit. Der größte Vermögensverwalter der Welt, die amerikanische BlackRock-Company mit einem verwalteten Vermögen von etwa acht Billionen Dollar, verfolgt in seiner Anlagepolitik eine Kohlenstoff-neutrale Strategie bis 2050, und setzt damit zusätzlich von der Investorensseite her Unternehmen unter Druck. Eine zuverlässige langfristige *staatliche* Klima- und Umweltpolitik ist aber nur auf dem Gesetzeswege möglich, und dort ist mit entschiedenem Widerstand der Republikanischen Partei im Senat zu rechnen, die hier die Filibuster-Blockade einsetzen würde. Ungeachtet dessen ist die Biden-Regierung bereit, unabhängig von ihrer System- und Militärkonkurrenz und ihren Handelskonflikten im Klimaschutz eng mit China zu kooperieren. Da die beiden Länder die größten Klimagas-Emittenten sind, wäre dies ein gewaltiger Fortschritt. Ob sich diese begonnene, abgespaltene Kooperation auf bei zunehmenden Konflikten aufrechterhalten lässt, muss sich erst zeigen.⁵³

35. In der *Arbeitsmarktpolitik* ist Biden den Gewerkschaften einiges schuldig. Diese haben ihn in seinem Wahlkampf stark unterstützt. Es gibt historisch generell eine starke Verbindung zwischen Gewerkschaften und Demokratischer Partei. Die Gewerkschaften werden in den USA durch gewerkschaftsfeindliche Vorschriften und Praktiken der Unternehmen in ihrer Macht und ihren Möglichkeiten drastisch eingeschränkt. So entlassen beispielsweise Unternehmen vielfach aktive Gewerkschafter, ohne dass Staat oder Gerichte dagegen vorgehen. Aber auch strukturelle Gründe sorgen mit dafür, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad immer weiter zurückgeht. Lag er 1983 noch bei etwa 20 Prozent, so beträgt er heute nur noch etwa 11 Prozent. Joe Biden hat den Gewerkschaften versprochen, sich als Präsident für stärkere gewerkschaftliche Rechte einzusetzen. Es existiert ein entsprechender Gesetzesentwurf („Pro Act“), der aber zurzeit keinerlei Chance hat, den Senat zu passieren. Biden plant daher, dieses Gesetz in sein Infrastrukturpaket einzubauen, was aber, jedenfalls bei Fortexistenz der Filibuster-Regel, das Infrastrukturpaket schwieriger durchsetzbar macht. Starke Gewerkschaften wären in den USA eigentlich dringend notwendig, um die schlechten Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten unterer Schichten zu verbessern und die massive Ungleichheit auch von dieser Seite her anzugehen.⁵⁴
36. *Waffengewalt* ist in den USA weit verbreitet. Allein in 2020 gab es ca. 600 Massenschießereien mit jeweils mindestens vier Toten oder Verletzten. Im Durchschnitt sterben in den USA pro Tag etwa 100 Personen durch Schusswaffen, ca. 60 % davon sind Selbstmorde, 40 % Morde. Nach Schätzungen sind über 400 Millionen Schusswaffen in amerikanischem Privatbesitz. Biden tritt für das Recht auf privaten Waffenbesitz ein, aber in streng kontrollierter Form. Im Wahlkampf 2020 gehörte zum Programm Bidens das Verbot von Schnellfeuergewehren und die Einführung flächendeckender Sicherheitsüberprüfungen von Waffenverkäufern. Im April 2021 hat er einen ersten kleinen und vorsichtigen Schritt eingeleitet: Die Verbreitung von „ghost guns“ zu stoppen. Dahinter verbergen sich Bausätze, die man sich aus dem Internet bestellen und leicht zu vollwertigen Waffen zusammenbauen kann. Sie hatten keine Seriennummer, waren nirgends registriert, jeder (auch chronisch Straffällige oder in psychologischer Behandlung Befindliche) konnte sie problemlos ohne Sicherheitsüberprüfung bestellen. In Kalifornien waren in 2020 beschlagnahmte Waffen zu einem Drittel ghost guns. Nach einem neuen Dekret müssen diese Waffen nun eine Seriennummer tragen, die Käufer müssen wie lizenzierte Händler einen Check beim FBI durchlaufen. Einer Person, die für sich oder andere eine Gefahr darstellt, können befristet

⁵³ The Economist 20.02.2021, S. 13-16; Süddeutsche Zeitung 19.04.2021, S. 6

⁵⁴ Handelsblatt 19.04.2021, S. 12



die Schusswaffen entzogen werden. Dies sind nur kleine Änderungen. Im großen, anstehenden Infrastrukturprogramm Bidens soll ein Präventionsprogramm finanziert werden, das sich der Waffengewalt in Problemzonen von Großstädten widmet. Zwei bereits im Repräsentantenhaus verabschiedete Gesetzentwürfe sollen bei jedem privaten Waffenkauf eine Sicherheitsüberprüfung des potenziellen Käufers vorschreiben und dem FBI mehr Spielräume bei der Überprüfung geben. All diese Gesetze, obwohl sie Waffenbesitz und Waffengewalt kaum einschränken würden, benötigen eine 60 %-Stimmenmehrheit im Senat, die wohl kaum zu erreichen ist. Die Lobbyarbeit der National Rifle Association (NRA) ist nur ein Hemmnis für schärfere Gesetze; das andere ist das unbedingte Verlangen nach eigenen Waffen von Einwohnern insbesondere aus den ländlicher strukturierten Bundesstaaten; die Wähler sehen das dort oft als einen wahlentscheidenden Punkt an; Politiker, die privaten Waffenbesitz einschränken wollen, riskieren eine Wahniederlage.⁵⁵

37. Biden tritt zwar für eine *allgemeine Krankenversicherung* ein, will aber kein rein staatliches System. Er strebt eine Erweiterung der allgemeinen Krankenversicherung über den New Green Deal an (siehe These 30). Er ist angesichts der harten Auseinandersetzungen mit den Republikanern um Obamacare bei diesem Thema allerdings vorsichtig. Bei *Schwangerschaftsabbrüchen* möchte Biden keine allzu weite Freigabe.

Vizepräsidentin Kamala Harris

38. Kamala Harris, Jahrgang 1964, ist die erste Frau, die erste Schwarze und die Erste mit indischen Wurzeln im US-Vize-Präsidentenamt, dem ranghöchsten Amt nach dem Präsidenten. Von 2011 bis 2017 war sie Generalstaatsanwältin des Staates Kalifornien, und von 2017 bis 2021 Senatorin für diesen Bundesstaat. Sie trat in den Vorwahlen 2019 für das US-Präsidentenamt an, gab die Kandidatur aber angesichts geringer Chancen auf. Abweichend von der Position Bidens hält sie Abtreibungen für generell zulässig und befürwortet deren Finanzierung über Medicaid. Und abweichend von der linken Position Elizabeth Warrens strebt sie nicht an, die großen Internet-Konzerne zu zerschlagen. Sie tritt für eine regelmäßige Überprüfung von Waffenhändlern ein sowie für einen Lizenzentzug, wenn diese gegen Gesetze verstoßen; sie möchte zugleich strengere Waffengesetze einführen. In der Krankenversicherung hält sie wie Biden eine Kombination aus privater und öffentlicher Organisation für sinnvoll. In Bezug auf Migration verfolgt sie eine Integration illegal eingewanderter Kinder und Jugendlicher; eine Internierung von Migranten an der Grenze lehnt sie ab. Sie ist für eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare und gegen die Todesstrafe. Sie verfiht eine strenge Klimapolitik und unterstützt offensiv den Green New Deal von Biden. Zusammen genommen war ihr Abstimmungsverhalten im Senat als links-liberal einzuordnen. Sie ist allerdings auch eine typische Vertreterin der meritokratischen Leistungselite in der Demokratische Partei.⁵⁶
39. Es ist üblich, dass US-Vizepräsidenten in einer Amtsperiode einen oder mehrere eigene herausragende politische Schwerpunkte besetzen. Bei Cheney unter George W. Bush war dies der Irakkrieg, bei Biden unter Obama die Finanzkrise und bei Pence unter Trump die Kooperation mit der religiösen Rechten und die Koordination von Maßnahmen gegen die Covid 19-Pandemie. Harris bearbeitet unter Biden aktuell den Bereich Migration. Perspektivisch will sie sich auch den Themen Cybersicherheit und Zukunftstechnologien widmen. In der ersten Phase ihrer Amtszeit war sie ausgelastet mit Koordinationsaufgaben zu Corona sowie mit der Organisation von Abstimmungen im Senat. Sie hat bei

⁵⁵ Süddeutsche Zeitung 09.04.2021, S. 7; Karl-Dieter Hoffmann: Schießseisen runter!, in IPG – Demokratie und Gesellschaft, 27.04.2021

⁵⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Kamala_Harris, abgerufen 14.04.2021



Gesetzesbeschlüssen im Senat für Angelegenheiten, die nicht dem Filibuster unterliegen, eine zusätzliche, entscheidende Stimme für die Demokraten („Tie Breaker“).⁵⁷

Corona-Pandemie

40. Trump spielte die Corona-Pandemie massiv herunter, sichtbar z.B. an diesen Punkten: Er legte Wert darauf, dass in seinem Umfeld keine Masken getragen wurden; auf einigen seiner Veranstaltungen, die ohne Sicherheitsvorkehrungen stattfanden, hatten sich zahlreiche Personen infiziert; er spielte öffentlich die Gefährlichkeit des Virus herunter, verglich es mit einer normalen Grippe, empfahl als Gegenmaßnahmen, Infektionsmittel zu schlucken oder nicht als wirksam erwiesene Medikamente einzunehmen; er bezeichnete seinen hochkompetenten Pandemiebeauftragten Anthony Fauci als unfähig und als Übertreiber; er gab gegenüber dem Journalisten Bob Woodward zu, den Ernst der Pandemie in der Öffentlichkeit bewusst heruntergespielt zu haben; und er sorgte sich nicht um die vielen Toten und den drastischen Anstieg der Infektionswelle. Das angesehene medizinische Wissenschaftsjournal „The Lancet“ schätzte, dass etwa 40 Prozent der US-Corona-Toten bei einem anderen Corona-Management vermeidbar gewesen wären. Es kritisierte, dass Trump, statt die Bevölkerung zu sensibilisieren, die Bedeutung der Pandemie herunterspielte; keine nationale Strategie entwickelt bzw. befördert habe; das Tragen von Masken und die Wiedereröffnung von Schulen politisierte; und eine Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation verweigerte.⁵⁸ Ende Februar waren in den USA bereits über eine halbe Million Menschen im Zusammenhang mit Corona gestorben, mit täglich weit über 3.000 Toten in der Hauptphase. 30 bis 40 Millionen Menschen waren in den USA aufgrund der Pandemie von Zwangsräumungen und Privatinsolvenzen bedroht, 10 Millionen ohne Arbeit. 50 Millionen litten unter Hunger und waren in weiten Teilen auf kostenlose Essenstafeln und Suppenküchen angewiesen. Die Pandemie traf in den USA die Armen besonders schwer.⁵⁹ In der Corona-Krise gab es bereits einen Vorboten des Sturms auf das Kapitol vom 06.01.2021. Ende April 2020 erstürmten wegen Corona-Auflagen aufgebrauchte Bürger das Parlament von Michigan, bedrohten Abgeordnete und verlangten von ihnen, die Stay-at-home-Verordnung zurückzunehmen. Einige waren in Kampfmontur gekleidet und mit Sturmgewehren bewaffnet. Trump putschte die Aufständischen verbal zusätzlich auf: „Liberate Michigan. Liberate Minnesota. Liberate Virginia.“ Es brauche keinen Lockdown, das Virus verschwinde ganz von allein. „Wir haben es völlig unter Kontrolle.“⁶⁰
41. Mit der Präsidentschaft Joe Bidens gab es eine große Entschlossenheit und eine klare Ausrichtung, das Corona-Virus mit allen Mitteln zu bekämpfen. Zwar hatte die Trump-Regierung bereits dafür gesorgt, dass verschiedene Anti-Corona-Impfstoffe in sehr großen Mengen unter hohem finanziellen Einsatz und bei Übernahme von Haftungsrisiken durch den Staat geordert wurden (im Unterschied zur EU, die zögerlich und in zu geringen Mengen bestellte, keine staatlichen Haftungsrisiken übernahm und überbetont in Richtung eines günstigen Preises verhandelte). Aber seit Bidens Amtsantritt wurden starke zentrale Koordinationsstellen und -mechanismen eingerichtet, an vielfältigsten Stellen Impfmöglichkeiten geschaffen, Militär und Unternehmen auf einen maximalen Impfbetrieb verpflichtet und alle möglichen Hindernisse des Impfens hemdsärmlich beseitigt. Mitte März 2021 hatten bereits 73 Millionen Amerikaner mindestens eine erste Impfung erhalten. Bis Ende Mai sollte das Impfprogramm weitgehend abgeschlossen sein.

⁵⁷ Handelsblatt 29.03.2021, S. 13

⁵⁸ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-the-lancet-trump-100.html>, abgerufen 01.03.2021

⁵⁹ Handelsblatt 18.12.2020, S. 14 f.

⁶⁰ Die Zeit 23.07.2020, S. 47



42. In wirtschaftlicher Hinsicht hatte die Biden-Regierung es geschafft, unter Zuhilfenahme des „Reconciliation“-Verfahrens im Senat (siehe zu diesem Verfahren genauer These 13, letzter Bullet Point, und den Anhang 1) ein extrem großes Corona-Hilfsprogramm („American Rescue Plan“) im Umfang von 1,9 Billionen Dollar durchzusetzen (siehe These 30). Alle 50 republikanische Senatoren stimmten gegen das Programm. Es gelang den Republikanern aber nicht, das Programm mit Etikettierungen wie „sozialistisch“ oder „kommunistisch“ öffentlich zu diskreditieren. Die Umfragewerte sprachen eindeutig für Biden: 75 Prozent der Amerikaner äußerten sich positiv zum Corona-Hilfspaket; 54 Prozent waren mit der Amtsführung Bidens zufrieden; eine Mehrheit fand, die USA seien auf dem richtigen Weg.⁶¹
43. Der Umgang mit der Corona-Pandemie gibt Hinweise darauf, welche Bedeutung im Verhältnis zu den USA in Zukunft wichtige internationale gesundheitliche Fragen im Zusammenhang mit wirtschafts-, handels- und außenpolitischen Fragen haben könnten. Biden verfügte nach seinem Amtsantritt ein vollständiges Export-Verbot sowohl für fertige Corona-Impfstoffe, als auch – mit Hilfe des „Defense Production Acts“ – für wichtige Vorprodukte wie Lipide (Fettstoffe), die vor allem in den USA produziert werden. Die Folge war, dass Europa in seiner Unterversorgung mit Corona-Impfstoffen zu Beginn dieses Jahres keine Lieferungen aus den USA bekommen konnte, und Impfstoff-Produzenten jenseits der USA (z.B. die deutsche Firma Curevac) keine Lieferungen von Grundstoffen erhalten konnten, sodass deren Produktion erheblich verzögert wurde. Dann hat die Corona-Pandemie in 2021 in einer neuen gewaltigen Welle zahlreiche Entwicklungs- und einige Schwellenländer schwer getroffen. Afrika, Indien und Lateinamerika verzeichneten stark ansteigende Infektionswellen mit vielen Toten bei gleichzeitig völlig überlasteten Gesundheitssystemen und sehr geringer Verfügbarkeit von Impfstoffen. In den entwickelten Ländern hingegen zeichneten sich ab Mai 2021 allmählich derart große Mengen an Impfstoffen ab, dass über die Impfung von Kindern und Jugendlichen nachgedacht werden konnte, quasi ein Luxusproblem für die weniger entwickelten Staaten. Zahlreiche internationale Organisationen forderten daher, dass die Hersteller von Corona-Impfstoffen deren Patente freigeben sollten, sodass die notleidenden Länder ihre Vakzinen selbst herstellen könnten. Zu diesen Organisationen zählten Amnesty International, das UN-Kinderhilfswerk Unicef, UNAIDS, Ärzte ohne Grenzen, die Katholische Kirche in Person Papst Franziskus sowie für die Uno Generalsekretär Guterres. Hinzu kamen zahlreiche renommierte Politiker und Wissenschaftler. Südafrika und Indien stellten bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Antrag auf zeitweise Aussetzung des Patentschutzes. Die WHO beteiligte sich bereits an der internationalen Initiative Covax, die für 90 arme Länder kostenlose oder preiswerte Zugänge zu Impfstoffen organisiert, allerdings bei weitem nicht in den benötigten Mengen. Nach ihrer Phase absoluter Exportverbote schloss sich die US-Regierung im Mai 2021 plötzlich den Initiativen zur völligen Freigabe der Patente für Corona-Impfstoffe an. Die Welthandelsorganisation WTO sollte Bedingungen hierfür aushandeln. Die WTO hatte 1995 im „Trips-Abkommen“ geistiges Eigentum geschützt, darunter auch Patente. Hinter der US-Initiative steckten neben der Betonung von Multilateralismus auch geopolitische Botschaften der US-Regierung: Signale an Afrika, dass man anders als China praktische Hilfe für diesen Kontinent leisten möchte, und Signale an Indien, dass man an der Seite des Landes stehe. Und zweitens geht es, unausgesprochen, um die Stärkung des eigenen Wirtschaftsstandortes. Eine vollständige Patentfreigabe könnte es beispielsweise den sehr großen Pharmakonzernen der USA ermöglichen, Corona-Impfstoffe auf Basis der in Deutschland entwickelten Technologie in sehr großen Mengen zu produzieren und damit das Entstehen eines entsprechenden großen Wirtschaftsclusters auf Basis dieser

⁶¹ Der Spiegel Nr. 12 / 20.03.2021, S. 18-20; Süddeutsche Zeitung 25.03.2021, S. 7



Technologie in den USA zulasten der europäischen Pharma-Industrie zu ermöglichen. Dies hätte außerdem zur Konsequenz, dass sich Europa in eine vollständige Abhängigkeitsposition gegenüber den USA begeben würde. Von daher forderten Experten in der EU, dass man hierzulande den gegenwärtigen Forschungsvorsprung zum Aufbau einer Industrie auf Basis der mRNA-Verfahren (mit Anwendungen in sehr vielen medizinischen Feldern) einschließlich möglichst vieler notwendiger Vorprodukte nutzen sollte. Sowohl in den USA als auch in Europa spielten also Standortinteressen in Verbindung mit Verfügbarkeiten einer eigenen Industrie und eigenen Arbeitsplätzen verdeckt eine große Rolle. Experten, deutsche Firmen und die deutsche Bundesregierung erklärten, dass eine Patent-Freigabe für die Impfstoffversorgung der weniger entwickelten Länder keine Wirkung habe, da es auf die Verfügbarkeit von Produktionskapazitäten und Vorprodukten sowie auf die vollständige Beherrschung der Technologie ankomme, Rahmenbedingungen, die in den armen Ländern nicht vorhanden seien. Prof. Reto Hilty vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb kritisierte, dass sich die USA mit ihrem Vorstoß elegant aus der eigenen Verantwortung nähmen. Viel effektiver wäre es, die USA produzierten selbst die Impfstoffe und verteilten sie kostenlos an die armen Länder. In dem Streit geht es auch um die Profitinteressen der betroffenen Pharmaunternehmen, und dabei auch um die Fragen, ob die Firmen diese hohen Profite aus Corona-Impfstoffen eigentlich „verdienen“, und in welcher Form und Höhe sie eigentlich „Anreize“ benötigen, um diese Stoffe zu produzieren. Auch wenn diese Unternehmen eigene Forschung betreiben, so nutzen sie in erheblichem Maße in ihrem Stammland universitäre Grundlageforschung, Infrastrukturen und Subventionen der Regierung. In Reaktion auf die Initiative zur Patent-Freigabe hatte die deutsche Firma Biontech angekündigt, den Impfstoff in armen Ländern zu nicht gewinnorientierten Preisen in großen Mengen anbieten zu wollen. Es gab noch andere Vorschläge, beispielsweise den von Thomas Bollyky vom Council of Foreign Relations in Washington: unter Führung der G20-Staatengruppe so etwas wie eine internationale Behörde zu einer global organisierten Verteilung von Impfstoffen zu schaffen. Und es gäbe die Möglichkeit der Lizenzvergabe der Pharmafirmen an weniger entwickelte Länder, wobei dann über günstige Preise für die Länder zu verhandeln wäre.⁶²

Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes 2020

44. Bereits längere Zeit vor der heißen Phase des US-Wahlkampfes (zwischen Mai 2017 und März 2019) gab es *Ermittlungen* des früheren FBI-Chefs Robert Mueller *gegen Trump* in Sachen „Russland-Affäre“. Diese bezogen sich auf fünf größere Punkte: (1) Russische Beeinflussungsversuche der Wahl 2016 durch Hacker; dabei ging es zum einen um den Einsatz von Trollen in amerikanischen Netzen in Form von Meinungsmache; außerdem wurden Mails der demokratischen Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton gehackt und auf der Plattform Wikileaks veröffentlicht; es wurden die Verbindungen des Trump-Teams mit diesen Ereignissen überprüft; (2) mögliche illegale Absprachen zwischen Mitarbeitern Trumps und russischen Regierungskreisen, die auf Beeinflussung der Wahl zielten; es gab aber keine harten Beweise für derartige Absprachen; (3) Justizbehinderung durch Trump, um die Untersuchungen zu Absprachen mit russischen Personen zu torpedieren; Mueller bleibt hier ambivalent: kein direkter starker Schuldbeweis gegen Trump, aber auch keine Freisprechung davon; (4) Finanzdelikte von Trumps Wahlkampfmanager Manafort; dieser wurde im März 2019 zu zwei Gefängnisstrafen von insgesamt 7,5 Jahren verurteilt;

⁶² Tagesspiegel 06.05.2021 online 21:12h: „Biden – Ein Weltumarmmer? Hinter seiner Forderung steckt mehr“; Süddeutsche Zeitung 07.05.2021, S. 15; Der Spiegel 08.05.2021, S. 68-71 und S. 104-107; Süddeutsche Zeitung 08.05.2021, S. 23; Süddeutsche Zeitung 10.05.2021, S. 6



(5) Falschaussagen von Mitarbeitern Trumps; diese wurde nachgewiesen für den Sicherheitsberater Michal Flynn, den Anwalt Michael Cohen und den außenpolitischen Berater George Papadopoulos. Die Demokraten ließen die anfängliche Absicht fallen, den Mueller-Report als Grundlage für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Trump zu nutzen. Stattdessen setzten sie später an einem Erpressungsversuch Trumps gegenüber dem ukrainischen Präsidenten an.⁶³ Trump hatte Rudy Giuliani, früherer Bürgermeister von New York und republikanischer Präsidentschaftsbewerber in 2008, den Auftrag erteilt, zu einem angeblichem korruptem Geschäftsverhalten von Joe Bidens Sohn Hunter in der Ukraine und in China zu recherchieren. In der Ukraine hatte H. Biden eine hochdotierte Anstellung beim Gas-Unternehmen Burisma; er stieg in 2014 in den Verwaltungsrat des Unternehmens ein. Die Behauptung des Trump-Teams war, dass Joe Biden von den Geschäften seines Sohnes direkt materiell und moralisch verwerflich profitierte, was sich aber als unwahr herausstellte. Zu diesem Zeitpunkt war Joe Biden Vizepräsident in der Regierung Obama. Giuliani besorgte sich im Fall H. Bidens Informationen von einem Politiker, der offenbar mit dem russischen Geheimdienst in Verbindung stand. Trump rief in dieser Angelegenheit direkt den ukrainischen Präsidenten Wlodymyr Selenski an und drängte ihn, gegen beide Bidens zu ermitteln, anderenfalls stände eine Militärhilfe der USA für die Ukraine in hohem dreistelligem Millionenbereich in Frage. Das von den Demokraten hierzu in Gang gesetzte Amtsenthebungsverfahren gegen Trump scheiterte an der republikanischen Mehrheit im Senat.⁶⁴

45. Der von *Trump* und seinem Team *geführte Wahlkampf* war in historischer, moralischer und kultureller Hinsicht extrem. Trump, gestützt von seinem Team, operierte mit Lügen (z.B. Ärzte würden mehr Geld bekommen, wenn Corona-Opfer sterben⁶⁵; die Absicht dahinter war offensichtlich, von seiner Verantwortung für die vielen Corona-Toten abzulenken und Ärzten verschwörungstheoretisch die Schuld zuzuschieben), äußerst aggressiver Sprache, Aufforderungen zu und Androhungen von Gewalt (zu Black Lives Matter-Demonstranten: „verprügelt sie“), Diffamierungen des Gegners mit Herabsetzungen (z.B. zu Biden: „Sleepy Joe“, „niedrige Intelligenz“), Falschbehauptungen (z.B. gemeinsame Korruption Hunter und Joe Bidens) und falsche Zuschreibungen gefährlicher verdeckter Ziele (z.B. geplante Einführung von Sozialismus oder Kommunismus durch Biden). Nach Zählungen der Zeitung Washington Post hat Trump 30.573 falsche oder irreführende Aussagen während seiner Amtszeit in die Öffentlichkeit getragen.⁶⁶ Er griff die Medien fundamental an: Sie seien ein „Feind des amerikanischen Volkes“. Ständig erklärte er, dass die Medien „unehrlich“ seien und dass sie „Fake News“ verbreiteten (wenn sie seine Ansichten nicht teilten).⁶⁷ Die Dreistigkeit in dieser Vorgehensweise bestand darin, dass im Prinzip er selbst ständig Fake News verbreitete. Seine Hauptzielgruppen, weiße ältere Wähler, weiße Wähler vom Lande sowie Arbeiter, sprach Trump in ihrer Sprache an und operierte ihnen gegenüber mit Narrativen, die diese attraktiv fanden: die verkommenen Eliten und das abgehobene Washingtoner Establishment hätten das „Volk“, das hieß: diese Zielgruppen, verraten und betrogen, sie müssten deswegen entmachteter werden; Flüchtlinge würden den Amerikanern die Arbeitsplätze wegnehmen; die einströmenden Migranten seien Vergewaltiger und Verbrecher. Seinen Zielgruppen gegenüber machte Trump große Versprechungen: Er werde die alten Industrien und die alten Arbeitsplätze wieder zurückbringen, es

⁶³ Neue Züricher Zeitung online, 24.12.2020 / 09.00h

⁶⁴ Zeit-Online, 10.12.2020

⁶⁵ <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/trump-fakenews-uswahl20-101.html>, abgerufen 17.05.2021

⁶⁶ <https://de.statista.com/infografik/24003/anzahl-der-falschen-oder-irrefuehrenden-aussagen-von-us-praesident-donald-trump/>, abgerufen 17.05.2021

⁶⁷ <https://www.dw.com/de/vom-first-amendment-zu-fake-news-us-pr%C3%A4sidenten-und-die-presse/a-37651268>, abgerufen 17.05.2021



werde den größten Wirtschaftsaufschwung aller Zeiten geben, er werde die Nation wieder groß machen. Trump verkündete im Wahlkampf eine zutiefst zerstörende Agenda, was die demokratischen Institutionen in den USA, und was die Außenbeziehungen anbelangte. Bereits weit vor der Wahl erklärte er, dass er eine Niederlage nicht anerkennen würde.⁶⁸

Ablauf der Wahlen

46. In der Wahlnacht am 03.11.20, noch vor Auszählung aller Stimmen, erklärte Trump, dass er „die Wahl gewonnen“ habe und forderte seine Anhänger auf, die weitere Auszählung zu stoppen („Stop the Count“), allerdings nur in diejenigen Staaten, bei denen sich eine Niederlage für ihn abzeichnete, nicht hingegen in den Staaten, in denen er im Auszählungsprozess einem Sieg entgegenging. In den folgenden Tagen behauptete er, dass ihm die Wahl gestohlen worden sei und dass er bei Auszählung der „legalen Stimmen“ die Wahl gewonnen habe, Biden hingegen nur bei Berücksichtigung „illegaler Stimmen“ gewinnen könne. Vor der Wahl sprach Trump immer wieder vom großen Betrug durch Briefwahlen; in der Auszählung der Stimmen wiederholte er dies immer wieder und behauptete ohne Belege, dass viele Stimmen nicht existenter oder toter Wähler gezählt würden. Weiterhin sprach sein Team, unbelegt, von Behinderungen republikanischer Wahlbeobachter, so dass betrügerische Auszählungen stattfinden könnten. In Wisconsin (Milwaukee County) verlangte das Trump-Team eine Neuauszählung. Biden wurden danach sogar 257 mehr Stimmen zugesprochen, Trump erhielt 125 zusätzliche Stimmen, ein Nettogewinn von 132 Stimmen für Biden. Das Trump-Team strengte noch eine weitere Neuauszählung an. Für beide Neuzählungen musste Trump 3 Mio. \$ aufwenden. Das Trump-Team reichte insgesamt 61 Klagen bei verschiedenen Gerichten in einzelnen Bundesstaaten gegen die Wahl ein. Bis auf eine wurden alle direkt abgewiesen, da das Team aus Sicht der Gerichte keinerlei echte Beweise vorgelegt habe. In Pennsylvania wurde die Auszählungsfrist für eingegangene Briefwahlzettel um drei Tage verlängert, wenn noch bis zum Wahltag ein Poststempel auf den Unterlagen war. Der Grund war, dass die Post mit der rechtzeitigen Zulieferung der Briefwählerstimmen an die Auszählungsstellen überfordert war. Das Trump-Team versuchte per Eilantrag beim Supreme Court die dortige Auszählung zu stoppen, was das Gericht aber nicht anordnete, weil die Wahl schon zu weit fortgeschritten war, ließ aber die Möglichkeit offen, dass später die nach der Wahl eingegangenen Stimmen eventuell wieder herausgerechnet werden müssen. Das Trump-Team behauptete außerdem, dass in Pennsylvania Beobachter von Auszählungen behindert worden seien, wiederum eine Falschbehauptung. Trumps Sohn Eric erklärte, belegfrei, dass Pennsylvania für Wahlbetrügereien berüchtigt sei. Zur Auszählung in Georgia log das Trump-Team, dass dort Wahlhelfer bearbeitete mit unbearbeiteten Wahlunterlagen vermischt hätten. Trumps Anwalt Rudy Giuliani erklärte in einer öffentlichen Rede, dass es eine „nationale Verschwörung“ gegeben habe, um eine Wiederwahl Trumps zu verhindern. Die Demokraten erklärte er zu „Gauern“, die einen Wahlbetrug organisiert hatten, „um dem amerikanischen Volk eine Wahl zu stehlen“. Die Medien hätten sich an dieser Verschwörung beteiligt. In ihrem „krankhaften Hass“ hätten die hysterischen Hauptstadtjournalisten Lügen verbreitet und echte Nachrichten unterdrückt. Am 17.11.2020 hatten zwei republikanische Mitglieder der paritätisch mit Demokraten und Republikanern besetzten Wahlkommission des Landkreises Wayne County im Bundesstaat Michigan den Wahlsieg Bidens nicht zertifizieren wollen. Der Sieg Bidens in Michigan ging vor allem auf das gute Ergebnis in diesem Landkreis zurück. Jedoch sorgten Republikaner auf einer höheren Entscheidungsebene dafür, dass die Zertifizierung schließlich ordnungsgemäß vollzogen wurde. Die Demokraten hatten bereits

⁶⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung 05.11.2020, S. 26



befürchtet, dass das republikanisch kontrollierte Repräsentantenhaus Michigans die Nicht-Zertifizierung bestätigen und der Fall dann Schule machen könnte für andere Bundesstaaten, sodass Biden der faktische Wahlsieg gestohlen werden könnte. Die Republikanische Partei arbeitete die Wahlniederlage von 2020 in völlig anderer Weise auf als diejenige von 2012. In 2012 hatten die Republikaner als Hauptursache der Niederlage ihre nicht ausreichende Überzeugungskraft gegenüber den Wählern gesehen; in 2020 erklärten sie die Niederlage ausschließlich durch „Wahlbetrug“. 81 % von Trump-Unterstützern übernahmen diese Erklärung, und verlangten eine Änderung der Wahlgesetze.⁶⁹ 30 % der Republikaner-Anhänger hielten die Anwendung von Gewalt für gerechtfertigt, um die eigenen politischen Ziele durchzusetzen und das eigene Land zu retten.⁷⁰

47. In 47 Bundesstaaten, insbesondere in solchen mit traditionell republikanischen Mehrheiten, hatte die Republikanische Partei insgesamt ca. 400 *Gesetzesänderungen zu Wahlverfahren* eingeleitet. In Georgia ging es darum, Briefwahlen zu erschweren: Identifizierung durch ein per Post eingereichtes Foto; Begrenzung der Zeit auf 7am bis 7pm (mit der Möglichkeit, diese Zeitspanne auf 9am bis 5pm weiter zu verkürzen), in der die Stimmabgabe in gesicherte Wahl-Briefkästen (mailing ballots) eingeworfen werden kann; nur noch eine derartige Box pro 100.000 Wähler; eine sehr frühzeitige Festlegung der Beantragungsfrist für eine Briefwahl; ein Ausschluss der Stimmabgabe an bestimmten Sonntagen. Letzteres zielte auf Afro-Amerikaner, die nach Besuch eines Gottesdienstes ihre Briefwahlstimmen in diese speziellen Briefkästen warfen. Strafbewehrt sollte es verboten sein, Nahrung und Getränke an Personen in Schlangen vor den Wahlbüros zu verteilen. Um den gesetzlichen Änderungsvorschlägen einen Legitimationsmantel umzuhängen und Gerichte zu beeinflussen, wurden Erleichterungen für eine vorzeitige Abgabe der Stimmen im Wahlbüro eingebaut sowie eine Verpflichtung von Wahlbüros vorgesehen, bei großem Andrang zusätzliche Wahlhelfer einzusetzen. In Arizona ist in den insgesamt 22 vorgesehen Wahländerungsgesetzen unter anderem vorgesehen, dass eine Briefwahl notariell beglaubigt werden muss, dass die Briefwahlunterlagen persönlich abgegeben werden müssen (und nicht mehr per Post zugeschickt werden dürfen), dass Personen, die zuvor viermal hintereinander nicht gewählt haben, aus der Wählerliste gestrichen werden, dass eine automatische Wählerregistrierung nicht mehr möglich ist, und dass eine Wählerregistrierung nicht mehr am Wahltag erfolgen darf. Derartige Gesetzesänderungen zur Behinderung der Stimmabgabe können aufgrund des US-Mehrheits-Wahlsystems und der inzwischen dort üblichen extrem knappen Wahlergebnisse ausschlaggebend sein. In einigen Bundesstaaten zielen die Gesetzesvorschläge sogar darauf ab, den Landesparlamenten mehr Macht für die Zertifizierung der Wahlergebnisse zuzuteilen. Es gab bisher schon zahlreiche irrationale und unfaire Regelungen. So mussten in Texas Wähler unterhalb eines Alters von 65 Jahren eine Briefwahl offiziell beantragen, und ab 65 Jahren nicht mehr. In Pennsylvania erleichterten Republikaner zusammen mit Demokraten in 2019 die Briefwahl, weil sie davon ausgingen, dass die ihnen eher zuneigenden Älteren hiervon stärker Gebrauch machen würden. Nun, nachdem weit überwiegend Demokraten die Briefwahl nutzten, wollten die Republikaner dort die Briefwahlmöglichkeit drastisch einschränken, und betonten in diesem Zusammenhang, dass die Briefwahl zu häufigem Wahlbetrug eingesetzt worden sei. In Kansas mussten Wähler bei der Registrierung sowohl einen Führerschein, als auch eine Geburtsurkunde vorlegen. In Vermont kann ein Straftäter, der im Gefängnis sitzt, wählen, aber in Mississippi erst nach Verbüßung seines vollen Strafmaßes. In noch früherer Zeit behinderten die

⁶⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung 19.11.2020, S. 7; Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.11.2020, S. 6; The Economist 13.03.2021, S. 32; Financial Times 06.01.2021, S. 1

⁷⁰ Ryan O'Connell in The Globalist 14.05.2021 Internet: <https://www.theglobalist.com/united-states-republicans-flirting-with-fascism/>, abgerufen 15.05.2021



„Jim Crow-Gesetze“ in massiver Weise die Wahlbeteiligung von Afro-Amerikanern. „Jim Crow“ war ein herablassendes, diskriminierendes Stereotyp für einen tanzenden, singenden Schwarzen. Die in diese Kategorien einzuordnenden Gesetze wurden seit der Abschaffung der Sklaverei 1865 (Ende des Bürgerkrieges) noch bis 1964 und 1965 (Verabschiedung des „Civil Rights Act“ und des „Voting Rights Act“) erlassen. Gegen die jetzigen Änderungsversuche der Wahlgesetze haben zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen Klagen eingereicht. Es ist wahrscheinlich, dass diese in vielen Fällen wiederum zur Abmilderung der Erschwernisse führen werden. Außerdem Wähler und unterstützende Organisationen in der Vergangenheit derartige Erschwernisse häufig erfolgreich umgehen, sodass ihre Wirksamkeit begrenzt war. Die Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus hat unter der Bezeichnung „HR 1“ am 03.03.2021 einen 791 Seiten umfassenden Gesetzesentwurf verabschiedet, mit dem alle bisherigen Wahlerschwernisse abgeschafft werden sollen. Kernpunkte sind: Eine generelle Option, per völlig unbehinderter Briefwahl seine Stimme abzugeben; eine 14tägige Periode (inklusive der eingeschlossenen Sonntage), in der eine Briefwahl durchgängig möglich ist; automatische Wählerregistrierung. Aber im Gesetzesentwurf ist auch eine restriktivere Parteifinanzierung vorgesehen. Aufgrund dieses Punktes wird es für die Demokraten noch schwerer, den Gesetzesentwurf gegen den Filibuster-Block der Republikaner durch den Senat zu bringen. In Georgia konnten zivilgesellschaftliche Organisationen durch öffentliche Aktionen erfolgreich Druck auf die in dem Bundesstaat ansässigen Unternehmen ausüben. Etwa 15 Konzerne, darunter Delta Airlines, Coca Cola, Microsoft, Apple und Citigroup, kritisierten daraufhin in sehr scharfer Form die Wahlbehinderungen.⁷¹

48. Sowohl Trump als auch Biden hatten sich in ihren Wahlkämpfen stark auf die Bundesstaaten des „Rostgürtels“ konzentriert, insbesondere auf Pennsylvania, Wisconsin und Michigan. In diesen Staaten hielten über viele Jahrzehnte die Demokraten die Mehrheit. Trump konnte dort im Wahlkampf 2016 entgegen der Tradition knappe Mehrheiten gegen Hillary Clinton erzielen. Biden konnte in 2020 die Rostgürtel-Staaten mit knappen Siegen zurückholen.
49. Nach der Auszählung der Stimmen ist es Aufgabe der Countys (Landkreise in den Bundesstaaten), die Wahlergebnisse zu ratifizieren. Bis zum 08.12.2020 mussten alle Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Wahlen beigelegt sein. Jeweils getrennt kamen die Wahlleute am 14.12.2020 in den 50 Bundesstaaten und im Hauptstadtbezirk Washington DC zusammen und gaben ihre Stimme für den siegreichen Kandidaten ab. Bis zum 23.12.2020 gingen die zertifizierten Wahlmännerstimmen aus den Staaten und Washington beim US-Kongress (Senat und Repräsentantenhaus) ein. Das Wahlleute-Gesamtergebnis entsprach exakt den in den Bundesstaaten ausgezählten Stimmen. Es gab keinerlei abweichende Voten von Wahlleuten. Zuvor hatte es keine Anfechtungen von Wahlleute-Ernennungen durch das Trump-Team gegeben. Am 03.01.2021 wurde der neu gewählte Kongress vereidigt. In einer gemeinsamen Sitzung von Repräsentantenhaus und Senat wurden die Stimmen der Wahlleute ausgezählt und bestätigt. Joe Biden wurde am 20.01.2021 als neuer Präsident vereidigt und begann an diesem Tag um 12.00 Uhr mit seiner Amtsführung.
50. Die parallel zur Präsidentenwahl stattgefundenen Senatswahlen konnten im Bundesstaat Georgia bis Anfang Januar noch nicht abgeschlossen werden. Anders als in den übrigen Bundesstaaten muss dort jeder Senatskandidat zu seinem Sieg die absolute Mehrheit erreichen, was keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang geschafft hatte. Es waren

⁷¹ The Economist 13.03.2021, S. 8 und S. 32 f.; The Economist 03.04.2021, S. 33 f.; Süddeutsche Zeitung 07.04.2021, S. 7; The Economist 15.05.2021, S. 44



Stichwahlen erforderlich. Diese waren insofern brisant, als bei einem Sieg der Demokraten bei beiden Senatorenposten im Senat ein 50:50-Patt eintreten und die Republikaner ihre Mehrheit von 52:48 verlieren würden. Bei Abstimmungen würde die Stimme der demokratischen Vizepräsidentin Harris jeweils für eine Mehrheit der Demokratie sorgen. Alle Gesetze müssen von beiden Häusern des Kongresses beschlossen werden. Traditionell war Georgia eine sichere Bastion der Republikaner. Durch neue Industrien und Zuzüge von Arbeitskräften wurde die dortige Bevölkerung bunter. Bei der Präsidentenwahl konnte Biden in dem Staat zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten eine Mehrheit für die Demokraten erreichen. Trump gab dafür dem republikanischen Gouverneur Brian Kemp und dem republikanischen Innenminister Brad Raffensperger die Schuld. Lindsey Graham, republikanischer Senator aus South Carolina und enger Verbündeter von Trump, hatte im November 2020 versucht, Raffensperger dazu zu bringen, legale Stimmen für Biden nicht anzuerkennen, um Trump zum Sieg zu verhelfen. Trump hatte Raffensperger auch selbst angerufen, damit dieser ihm die fehlenden Stimmen „besorge“: „Schauen Sie, alles was ich von Ihnen verlange, ist: Ich will, dass Sie 11.780 Stimmen finden.“⁷² Die beiden Kandidaten der Demokraten für den Senat waren: Raphael Warnock, politisch eher in der Mitte positioniert, und Jon Ossoff, ein schwarzer, linker Pastor. Beide konnten die Stichwahl knapp für sich entscheiden. Zum Sieg beigetragen hatte unter anderem die hohe Wahlbeteiligung afro-amerikanischer Wähler.⁷³ Ein bedeutender Teil der republikanischen Politiker gibt im Nachhinein dem scharfen Rechtspopulismus Trumps und seiner Forcierung des Aufstandes vom 06.01.21 die Schuld an den verlorenen Wahlen zur Präsidentschaft und zum Senat in diesem Bundesstaat.⁷⁴

Analyse des Wahlergebnisses

51. Laut der unabhängigen Bundesbehörde Federal Election Commission sind während des Wahlkampfes 2020 insgesamt ca. 24 Milliarden Dollar in Wahlkampagnen geflossen, etwa das Dreifache der entsprechenden Mittel im Wahljahr 2016.⁷⁵
52. 74.224.501 (46,82 %) Wähler stimmten 2020 für Trump, mehr als in 2008 für Obama votiert hatten und 11 Millionen Stimmen mehr als Trump in 2016 erreichte. Aber umgekehrt hatte Trump auch durch seine provozierende, spalterische und lügnerische Politik das Wählerreservoir der Demokraten in hohem Maße mobilisiert. Für Biden stimmten 81.284.778 Wähler (51,27 %).⁷⁶
53. Alle Umfragen und Prognosen über die zu erwartenden Ergebnisse der drei parallelen Wahlen waren, wie schon bei den Wahlen in 2016, deutlich falsch. Als Gründe können genannt werden: Die Wähler sagen den Interviewern nicht die Wahrheit über ihre Wahlpräferenzen, was insbesondere für die Republikaner-Anhänger gilt; die Erhebungstechniken und -praktiken sind teils von relativ schlechter Qualität; die Wähler sind unberechenbarer, ihre Entscheidungen volatiler geworden.⁷⁷
54. Gemäß der von ihnen adressierten Wählerschaft waren die vorrangigsten Erfolgsfaktoren der Demokraten: Hoher Bildungsstand (insbesondere akademische Ausbildung), hoher Verdienst, große Städte, mehrheitliche Erfolge unter Minderheits-Ethnien. Allerdings

⁷² Frankfurter Allgemeine Zeitung 05.01.2021, S. 5

⁷³ Süddeutsche Zeitung 09.01.2021, S. 2; Rheinische Post 07.01.2021, S. A5

⁷⁴ Süddeutsche Zeitung 22.01.2021, S. 6

⁷⁵ Handelsblatt 08.04.2021, S. 14

⁷⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sidentschaftswahl_in_den_Vereinigten_Staaten_2020, abgerufen 16.04.2021; Handelsblatt 08.01.2021, S. 9

⁷⁷ Financial Times 31.12.2020, S. 13



gelang es dem Trump-Team im Unterschied zur Wahl von 2016, unter Afroamerikanern und Hispanics beachtliche Wählerstimmenanteile zu erlangen, was mit seiner erfolgreichen Strategie zusammenhängt, die Globalisierungs-Verlierer in ihrer Sprache anzusprechen; außerdem hatten die Warnungen vor den angeblichen „sozialistischen“ bzw. „kommunistischen“ Zielen der Demokraten bei Teilen dieser Gruppen Erfolg, z.B. unter Exil-Kubanern und Venezuela-Amerikanern.

55. Generell gelang es dem Trump-Team recht gut, die aus der Geschichte herrührenden Vorbehalte gegen einen starken, sich einmischenden Staat und die tiefen „antisozialistischen/antikommunistischen“ Einstellungen (siehe These 8) zu mobilisieren. Bei vielen Wählern war es dem Trump-Team gelungen, Joe Biden als Marionette „kommunistischer“ bzw. „sozialistischer“ Akteure der Demokraten erscheinen zu lassen.
56. Am Gesamt-Wahlergebnis lässt sich ablesen, dass etwa die Hälfte der Bevölkerung, darunter auch ein Gutteil eigentlich wohlhabender Mittelschicht-Bürger, sich als Verlierer empfindet, und zwar sowohl in ökonomischer, als auch in kultureller Hinsicht. Mindestens diese Bevölkerungshälfte ist für eine rechts-populistische Politik anfällig, die Fakten, Vernunft, rationale Entscheidungen und Kompromissbildungen hintanstellt. Die emotionale „Tiefengeschichte“ spielte bei diesen Wählern eine sehr entscheidende Rolle. Für sie hatten Faktoren wie Ehre, Achtung und Anerkennung ihrer Person sowie Schutz traditioneller Wertvorstellungen eine hohe Bedeutung (siehe These 2).
57. Trump arbeitete mit Slogans, die bei zahlreichen Wählern gut ankamen, wie „Make America great again“, „America first“, „Keep America great“ und „We’ll take our country back“. Zahlreiche Wähler aus den Gruppen einfacher Arbeiter, einfacher Dienstleister und sonstiger Globalisierungsverlierer empfanden, dass Trump ihre Sprache spreche, dass sie von ihm anerkannt werden und dass mit ihm endlich mal ein führender Politiker gegen die verhassten Eliten vorgehe, von denen sie missachtet werden. Trump hat intuitiv die Tiefengeschichte dieser Gruppen erfasst und konnte sie durch Aufnahme ihrer emotionalen Empfindungen und Orientierungen maximal mobilisieren.
58. Die Demokraten unterstellen in der Regel, dass die sozio-demografischen Veränderungen (steigende Bevölkerungsanteile von Minderheiten/Ethnien, Abnahme der Anteile weißer Älterer) ihnen im Laufe der Zeit automatisch in die Hände spielen. Sie extrapolieren dabei ihre bisher guten Ergebnisse unter den Minderheiten in die Zukunft. Doch so einfach ist es nicht, wie die teilweisen Erfolge Trumps unter Afroamerikanern und Latinos zeigen. Hispanics wählten entgegen den Prognosen nicht strikt die Demokraten, sondern sehr unterschiedlich. In Florida beispielsweise ließen sich hispanische Wähler sowie Exil-Kubaner oder Venezolaner von Trumps Diffamierungen Bidens beeinflussen, dieser sei eine Marionette Linksradikaler und wolle aus Amerika ein zweites Venezuela machen.⁷⁸ Unter Exil-Kubanern, Hispanics und Afroamerikanern konnte das Trump-Team unter erheblichen Teilen von ihnen Ängste schüren, dass die Demokraten mit ihrer „sozialistischen Politik“ die eigenen Besitzstände oder ökonomischen Zukunftsaussichten angreifen würden. Setzen die Demokraten ihre übermäßige Konzentration auf Globalisierungsgewinner fort, käme es wahrscheinlich zu noch größeren Verlusten unter ihren traditionellen Wählern (Arbeiter, einfache Dienstleister, kleine Selbständige, Minderheitsgruppen). Es ist offen, ob es Biden gelingen wird, einen größeren Teil dieser verlorenen Wähler wieder zurückzuholen.⁷⁹
59. Trump gelang in 2016 in den Schlüsselstaaten des „Rostgürtels“ – Pennsylvania, Michigan, Wisconsin, frühere Hochburgen der Demokraten – ein knapper Erfolg gegen Hillary

⁷⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung 05.11.2020, S. 3

⁷⁹ Financial Times 06.11.2020, S. 3



Clinton, indem er viele weiße Ältere sowie Arbeiter für sich gewann. Biden hat diese Staaten nun – ebenso knapp – wieder zurückgeholt. Er konnte dort neben den Arbeitern auch Afro-Amerikaner und Personen aus den Vorstädten erreichen, die Biden mehr vertrauten und denen das Ausmaß des Trumpschen Populismus und seine Verletzungen demokratischer Regeln zu weit gingen.

60. Bei der Wahl der Abgeordneten des Repräsentantenhauses haben die (neuen „jungen wilden“) Vertreter der Linken unter den Demokraten ihre Positionen behaupten können, im Unterschied zu einer Reihe gemäßigter demokratischer Abgeordneter, deren Sitze von Republikanern übernommen wurden. Allerdings haben die betreffenden linken Abgeordneten in sicheren Wahlkreisen der Demokraten gewonnen, z.B. Alexandria Ocasio-Cortez (in einem New Yorker Wahlbezirk), sowie Ayanna Pressley, Ilhan Omar und Rashid Tlaib, und die gemäßigten Abgeordneten wiederum in hart umkämpften Gebieten. Über die Ursachen des relativ schlechten Abschneidens im Repräsentantenhaus entstand nach den Wahlen ein Streit zwischen den „gemäßigten“ und den linken Teilen der Demokraten: Die Gemäßigten behaupteten, dass die Betonung sozialistischer Positionen seitens der Linken bestimmte Wählergruppen der Demokraten abschrecke und ihnen das bei gemäßigten Positionen eigentlich sichere Mandat nehme. Die Linken hingegen betonten, dass Wähler, die eigentlich für eine linkere Politik offen sind, über gemäßigte Positionen tief enttäuscht waren und sich deswegen der Wahl enthalten hätten.
61. Vielen Europäern erscheint es völlig unbegreiflich, dass ein pathologischer Lügner, Spalter und Zerstörer demokratischer Institutionen trotz Machtmissbrauchs und Verquickung privater ökonomischer Interessen mit den Aufgaben seines Amtes gewählt werden, sich so lange im Präsidenten-Amt des stärksten kapitalistischen Landes und einer alten Demokratie halten, und dann auch noch ein derart gutes Wahlergebnis in 2020 erzielen konnte. Erklären lässt sich vielleicht mit der recht geschickten Verknüpfung ökonomischer und kultureller Themen und der Nutzung von Zurückgesetztsein- und Hassgefühlen durch Trump. Zu den ökonomischen Angeboten Trumps zählten das Versprechen vieler neuer und sicherer Jobs und ihrer Absicherung nach außen durch eine protektionistische und migrationsfeindliche Politik. Im kulturellen Teil versprach Trump benachteiligten Schichten die die Anerkennung ihrer Sichtweisen, „Wiederherstellung ihrer Ehre“ und die Neubelebung einer Nation, auf die man stolz sein kann. Bei Erfüllung dieser Punkte waren die Angesprochenen bereit, seine fragwürdigen Eigenschaften und Ziele hinzunehmen oder auszublenken. Wertgeschätzt an Trump wurde, je nach Gruppe: Sprechen ihrer Sprache, Anerkennung ihrer Person, Angriff auf die Eliten in Politik und Wirtschaft, Fernhalten von Migranten, Schutz der eigenen Branche durch Zölle, Bekämpfen chinesischer Importe oder wirtschaftspolitische Unterstützung, Verbot von Abtreibung, Einschränkungen der Rechte von Schwarzen oder sexuellen Minderheiten sowie Betonung nationalistischer Orientierungen.
62. Ein nicht unerheblicher Teil der US-Bevölkerung hat aber auch die Bereitschaft Trumps mitgetragen, zentrale demokratische Institutionen zu zerstören (z.B. die Prinzipien unabhängiger Justiz, die Effektivität von Regulierungsbehörden, grundlegende parlamentarische Regeln oder die Pressefreiheit), um danach etwas „ganz Neues“ aufbauen zu können (eine verbreitete Vision von Stephan Bannon, Trumps ehemaligem Berater und Wahlkampf helfer in 2016, und Führungsfigur des rechtspopulistischen Online-Magazins *Breitbart*).
63. Entgegen manchen sehr pessimistischen Erwartungen im Vorfeld der Wahlen haben die demokratischen Institutionen in den USA, trotz der Versuche Trumps, sich das Präsidentenamt auf illegitime und illegale Weise erneut anzueignen, bis zu einem gewissen Maße



funktioniert, was insbesondere die Medien, die Gerichtsbarkeit und das Militär betrifft. Letztendlich sind die Wahlergebnisse bestätigt und durchgesetzt worden. Aber insgesamt bleiben das Ergebnis und die Zukunftsaussichten in den USA höchst fragil und instabil.

Zwei Impeachments

64. Das Impeachment ist eines von zweien in der Verfassung der USA vorgesehenen Verfahren, einen Präsidenten, den der Kongress nicht mehr für regierungsfähig hält, abzusetzen. Dabei wird mit den beiden Kammern des Kongresses quasi ein Gerichtsverfahren nachgebildet. Das Repräsentantenhaus übernimmt dabei die Rolle des „Anklägers“, der Senat die des „Richters“. Der dienstälteste Senator (in 2021 ist dies ein Demokrat) fungiert als quasi neutraler Vorsitzender Richter. Für eine „Verurteilung“ des Präsidenten ist eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln im Senat erforderlich (67 von 100 Stimmen). Trotz der Ähnlichkeit ist das Impeachment aber kein juristisches, sondern ein politisches Verfahren.
65. Im Dezember 2019 hatten die Demokraten im Repräsentantenhaus ein erstes Impeachment gegen Trump eingeleitet. Begründet wurde dieses mit einer unmittelbaren Druckausübung Trumps auf den ukrainischen Präsidenten Selenski, damit dieser Ermittlungen gegen Joe Bidens Sohn Hunter aufnimmt, der sich angeblich bei Geschäften in der Ukraine auf widerrechtliche Weise persönlich bereichert haben sollte (die Vorwürfe konnten nicht belegt werden). Trump hatte Selenski bei Nichtbefolgung damit gedroht, eine vorgesehene hohe dreistellige Millionen-Zahlung für militärische Zwecke zu stoppen. Der Senat hatte mit den entscheidenden Stimmen der Republikaner die Verurteilung Trumps abgelehnt.
66. Nach dem Aufstand vom 06.01.2021 setzte die Demokratische Partei ein zweites Impeachment-Verfahren am 09.02.2021 im Senat in Gang. Mit einer „Verurteilung“ Trumps wäre seine politische Karriere für immer beendet gewesen. Für die amerikanische Politik hätte dies bedeutet, dass ein Verhalten, wie es Trump praktiziert hatte, nicht geduldet würde. Aber auch republikanische Trump-Gegner hätten einen Vorteil daraus ziehen können: dass der ehemalige Präsident die Republikanische nicht mehr in schädlicher Weise majorisieren könnte. Eine Gefahr dieses zweiten Impeachments für die Zukunft lag darin, dass es in diesem gespaltenen Land zu einer Dauereinrichtung werden könnte, jeweils eingesetzt von einer der beiden Parteien, mit dem Potenzial eines Demokratie-zerstörenden Instrumentes.⁸⁰ 232 Abgeordnete des Repräsentantenhauses (darunter 10 Republikaner) stimmten (bei 197 Gegenstimmen) für die Eröffnung des zweiten Impeachment-Verfahrens gegen Trump. Unter den republikanischen Befürwortern war Liz Cheney, Tochter des früheren US-Vizepräsidenten und hierarchisch die Nummer 3 in der Fraktion der Republikaner im Repräsentantenhaus.⁸¹ Am 06.01.2021 hatte sie den Angriff aufs Kapitol und die Aufstachelung zu diesem durch Trump scharf verurteilt.⁸² Die Republikanische Parteiführung setzte sie unter Druck, die Gegnerschaft gegenüber Trump aufzugeben, worauf sie sich nicht einließ. Daraufhin entthob die Republikanische Fraktionsführung unter Anleitung des republikanischen Fraktionsführers Kevin McCarthy sie ihres Amtes. McCarthy betonte, dass die Partei alle Kraft auf die Beseitigung demokratischer Mehrheiten und Regierungen konzentrieren müsse und Cheney mit der Kritik an Trump die falschen Diskussionen führe. Cheney hatte kurz zuvor noch erklärt: „I will not sit back and watch in silence while others lead our party down a path that abandons the rule of law and joins the former president’s

⁸⁰ Süddeutsche Zeitung 13.02.2021, S. 2

⁸¹ Süddeutsche Zeitung 14.01.2021, S. 1; Süddeutsche Zeitung 15.01.2021, S. 7

⁸² Liz Cheney twitterte am 06.01.2021: „We just had a violent mob assault the Capitol in an attempt to prevent [us] from carrying out our constitutional duty. There is no question that the president formed the mob, the president incited the mob, the president addressed the mob. He lit the flame.“ Financial Times 08.01.2021, S. 3



crusade to undermine our democracy.“ (Ich kann mich nicht zurücklehnen und in Ruhe zuschauen, wenn andere unsere Partei auf einen Weg führen, der die Vorherrschaft des Rechts aufgibt und zu einer Beteiligung am Kreuzzug des früheren Präsidenten führt, unsere Demokratie zu untergraben). Weiter erklärte sie: „Diejenigen, die sich weigern, die Urteile unserer Gerichte zu akzeptieren, stehen auf Kriegsfuß mit der Verfassung.“ Cheney forderte einen vollständigen Bruch mit Trump. Dieser verkündete: „Liz Cheney ist eine kriegshetzerische Närrin, die in der republikanischen Parteiführung nichts zu suchen hat.“ Cheney hatte während der Präsidentschaft Trumps in 93 % aller Fälle für seine Gesetze bzw. Dekrete gestimmt. Ersetzt wurde Cheney am 12.05.21 durch die zuvor unabhängige Abgeordnete Elise Stefanik, die an der Elite-Universität Havard studiert hatte. Früher hatte sie viele Positionen Trumps kritisiert. Nun stellte sie sich vehement auf seine Seite.⁸³ Am 26.01.2021 stimmten 45 Republikaner im Senat dafür, dass ein Impeachment-Verfahren gegen einen ehemaligen Präsidenten verfassungswidrig sei (umgekehrt hielten also 55 Senatoren ein Impeachment gegen Trump für rechtmäßig, darunter 5 Republikaner). Nur 13 % der republikanischen Wähler waren für ein zweites Impeachment gegen Trump. Zu den Impeachment-Verhinderern zählte auch der bisherige republikanische Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell. Zuvor hatte er noch verbreiten lassen, dass er mit überwiegender Wahrscheinlichkeit für ein Impeachment stimmen würde. Offenbar hatte er damit austesten wollen, wie viele republikanische Senatoren sich für ein Impeachment gewinnen ließen. Für McConnell hatte Trump bereits seine Schuldigkeit für wichtige konservative Ziele getan, aber könnte in der Folge nun Schäden für die Republikaner anrichten. McConnell, ein Zyniker der Macht, ging es nun in erster Linie darum, die Spaltung der Republikanischen Partei zu verhindern. Im Verfahren hatte er Trump moralisch und praktisch für den Aufstand am 06.01.2021 verantwortlich gemacht; Trump habe den Aufstand provoziert; durch seine monatelangen Lügen und Verschwörungsmärchen habe er letztlich die Gewalt herbeigeführt. McConnell zog sich dann aber hinter die formal-juristische Abstimmung zurück.⁸⁴

Interregnum, Sturm aufs Kapitol, Inauguration

67. Die Zeit zwischen dem Wahltag am 03. November und der Vereidigung des bereits gewählten Präsidenten am 20. Januar des Folgejahres ist lang. In diesem „Interregnum“ gibt es keinerlei rechtliche oder verfassungsmäßige Beschränkungen für das Handeln des bisherigen Präsidenten. Der Noch-Amtsinhaber, dessen Legitimität mindestens stark eingeschränkt ist, kann weiterhin höchst folgenreiche Entscheidungen treffen, beispielsweise in der Außen- und Verteidigungspolitik und in der Handelspolitik. Er kann immer noch Exekutiv-Orders erlassen, Behördenchefs absetzen oder weitere Bundes-Richter ernennen. Trump hat nach der Wahl seinen Verteidigungsminister Mark Esper entlassen und einen ihm wohlgesonnenen Nachfolger benannt, wohl, um in militärischen Fragen in dieser heiklen Phase freie Hand zu haben; manche Beobachter hatten die mit Hinweisen belegte Vermutung, dass Trump sogar erwog, nach der verlorenen Wahl Militär zu seinen Gunsten einzusetzen. Er hat einen beschleunigten Truppenabzug aus Afghanistan und Irak eingeleitet, was die beiden Länder weiter destabilisiert hätte, wenn er dies bis zum 20.01.2021 hätte zu Ende führen können. Barack Obama hatte Kuba von der Liste terroristischer Länder nehmen lassen, Trump nahm das Land im Interregnum wieder auf die Liste, und ebenso

⁸³ The Economist 15.05.2021, S. 44; Frankfurter Allgemeine Zeitung 12.05.2021, Internet, abgerufen 15.05.2021

⁸⁴ Süddeutsche Zeitung 28.01.2021, S. 7; Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.02.2021, S. 2; Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.02.2021, S. 8; Financial Times 09.02.2021, S. 17 (diese nennt eine Republikaner-Stimme mehr im Senator gegen ein Impeachment-Verfahren); https://de.wikipedia.org/wiki/Zweites_Amtsenthungsverfahren_gegen_Donald_Trump, abgerufen 15.05.2021



die Huthi-Rebellen im Jemen, die von Iran unterstützt werden und gegen die Regierung operieren, die wiederum Saudi-Arabien als Verbündeten hat.⁸⁵ Trump entließ den bisherigen Cyber-Sicherheits-Chef Christopher Krebs, nachdem dieser erklärt hatte, dass es keine größeren Unregelmäßigkeiten bei der Wahl gegeben habe.

68. Trump machte von der angestammten Praxis amerikanischer Präsidenten, in der Interregnums-Zeit Begnadigungen Straffälliger aus Bundesverfahren aussprechen zu können, extensiven Gebrauch. Seine Begnadigungsliste, 11 Stunden vor der Amtsübergabe an den neuen Präsidenten bekannt gegeben, umfasste 143 Personen.⁸⁶ Trump begnadigte General Michael Flynn, Trumps erster Sicherheitsberater. Dieser hatte sich mit dem russischen Botschafter beraten und darüber die Öffentlichkeit belogen. Nach einer Untersuchung des Sonderermittlers Robert Mueller bekannte er sich schuldig, Ermittler des FBI über seine Kontakte zu Russland belogen zu haben. Ein weiterer prominenter Begnadigter war Stephen Bannon, ehemaliger Chefredakteur des rechtsextremen Internet-Journals Breitbart. Bannon war von Januar bis August 2017 Trumps Chefstrategie im Weißen Haus. Bannon wurde im August 2020 angeklagt, unter anderem, weil er Gelder aus Spendenkampagnen/-vereinen für sich persönlich abzweigte, um sie illegal für den Bau einer Mauer zwischen den USA und Mexiko zu verwenden. Begnadigt wurden Personen, die zum persönlichen Vorteil von Trump Straftaten begangen haben. Trumps langjährigem Berater und Vertrauten Roger Stone erließ der Präsident eine Gefängnisstrafe von 40 Monaten. Stone war wegen seiner Rolle in der Russland-Affäre verurteilt worden. Das Gericht sah ihn als schuldig an, parlamentarische Untersuchungen zur Einmischung Russlands in den Präsidentschaftswahlkampf 2016 zugunsten Trumps behindert sowie den Kongress belogen und einen Zeugen unter Druck gesetzt zu haben. Trumps ehemaliger außenpolitischer Berater George Demetrios Papadopoulos wurde angeklagt, das FBI darüber belogen zu haben, dass er sich in 2016 mit russischen Regierungsstellen verständigt hatte, Stellen, die wahrscheinlich auf die Wahl in diesem Jahr Einfluss zu nehmen versuchten. Paul John Manafort, Trumps ehemaliger Wahlkampfberater, stand ebenfalls im Verdacht ähnlicher Kooperationen mit russischen Stellen, wurde aber in 2018 unabhängig davon wegen Vermögensdelikten verurteilt. Zu den Begnadigten zählten weiterhin Personen aus öffentlichen Ämtern, die wegen Korruption oder Bestechung angeklagt oder bereits verurteilt waren. Es war darüber hinaus spekuliert worden, ob Trump sich angesichts möglicher Anklagen wegen Steuervergehen nach Auslaufen seiner Immunität selbst begnadigen würde, oder ob er kurzfristig zurücktritt und ihn dann sein Vizepräsident Michael Pence als Präsident begnadigt. Davor war Trump aber offenbar zurückgeschreckt.⁸⁷
69. Der 06. Januar ist nach US-Präsidentschaftswahlen dazu bestimmt, das am 03. Januar festgestellte Wahlergebnis in einer gemeinsamen Veranstaltung der beiden Kongresshäuser formal und zeremoniell zu verkünden, ohne dass der Kongress auf das Ergebnis Einfluss nimmt. Im Vorfeld des Datums hatten ca. 140 republikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses und 12 republikanische Senatoren (darunter Ted Cruz, Mitglied der Tea Party, und Josh Hawley, die die Hauptinitiatoren des Widerstands im Senat waren) verkündet, dass sie das Wahlergebnis nicht bestätigen würden. Damit wurde die unbegründete Behauptung der gestohlenen Wahl im höchsten Organ der US-Demokratie salonfähig gemacht, was eine große Wirkung auf Bewertungen in der Bevölkerung gehabt haben dürfte.

⁸⁵ Süddeutsche Zeitung 13.01.2021, S. 7

⁸⁶ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-143-begnadigungen-in-letzter-minute-a-c510082c-4749-4e7b-a141-cc056addacf>, abgerufen 20.02.2021

⁸⁷ <https://www.documentcloud.org/documents/7040960-U-S-v-Brian-Kolfage-Stephen-Bannon-Et-Al.html#document/p1>, abgerufen 20.02.2021; Financial Times 21.01.2021, S. 2



Trump hatte erklärt: „Wir werden niemals aufgeben. Wir werden niemals abtreten.“⁸⁸ Letztendlich hatten sich dann im Kongress 139 Abgeordnete und 8 Senatoren dem Wahlergebnis verweigert.⁸⁹ 10 frühere US-Verteidigungsminister wandten sich entschieden gegen die Wahlfälschungs-Behauptungen des Trump-Teams und erklärten gemeinsam, dass die Zeit der Anzweiflung des Wahlergebnisses vorbei sei.⁹⁰

70. Trump wiegelte vor dem 06.01.21 vor dem Weißen Haus einen Mob gegen Vizepräsident Pence auf: „Mike Pence, ich hoffe, dass du dich für die Verfassung und das Land einsetzen wirst. Wenn nicht, werde ich sehr enttäuscht sein, das sage ich dir schon jetzt. Ich höre nicht so erfreuliche Geschichten.“⁹¹ An seine Anhänger hatte Trump am 19.12.2020 getwittert, dass der 06.01. zum Tag der Entscheidung würde, um „Amerika zu retten“ und den „Diebstahl zu stoppen“. Und weiter: „Seid da, es wird wild.“⁹² Am späten Vormittag des 06. Januars hielt Trump auf der National Mall, die zum Kongress führt, eine aufpeitschende Rede, in der er gewaltbereite Anhänger verklausuliert zu einem Marsch aufs Kapitol aufforderte. Er verkündete: „Wir werden nie nachgeben, es wird nie passieren. Man gibt nicht nach, wenn es sich um Diebstahl handelt. Unser Land hat genug. Wir werden das nicht mehr hinnehmen.“⁹³ Mit seinem Verhalten durchbrach Trump eine 250 Jahre alte Tradition der Achtung der höchsten demokratischen Institutionen des Landes.
71. Mehrere Tausend gewaltbereite Personen, teilweise in Kampfmontur und bewaffnet, waren am 06.01.2021 inzwischen zum Kapitol marschiert, überwand mit wenig Mühe die dort stationierte Kapitol-Polizei, drangen in die Kapitolräume ein und verwüsteten teilweise die Büros von Abgeordneten. Sie bedrohten die Volksvertreter, die sich in den Räumen zunächst verschanzten und dann von Ordnungskräften in Sicherheit gebracht wurden. In rechten Accounts von sozialen Netzwerken wurde der Fake verbreitet, verkleidete liberale Aktivisten hätten das Kapitol gestürmt.⁹⁴ Erstaunlich war, wie wenig die Kapitol-Polizei den Anstürmenden entgegensetzte. Die United States Capitol Police (USCP) umfasst 2.300 Polizisten. Deren Spitze wurde nach dem Sturm entlassen. Die Aufständischen hatten ihre Aktion von langer Hand systematisch geplant und vorbereitet, teilweise über das rechtsradikale soziale Netz Parler. Die Gewalttätigen standen unter einem Realitätsverlust von Verschwörungserzählungen und Lügen gestohlener Wahlen, wähten sich im Recht und fühlten sich unangreifbar.⁹⁵ Als der Vorsitzende der Republikaner im Repräsentantenhaus Trump per Anruf bat, die Angreifer zurückzuziehen, erwiderte dieser, das seien nicht seine Leute, sondern die Antifa.⁹⁶ Der Sturm führte zu sieben Toten. Während des Ereignisses wurde eine Frau angeschossen und starb; außerdem ließen in dem Ereignis vier Polizisten ihr Leben (davon ein Kapitolpolizist durch natürlichen Tod). In der Folge begingen zwei weitere Kapitol-Polizisten Selbstmord.⁹⁷ Der Vorsitzende der Demokraten im Repräsentantenhaus forderte den Vizepräsidenten auf, Trump mit Hilfe des 25. Zusatzartikels der Verfassung zu entlassen, eine Vorschrift, die noch nie gegen einen Präsidenten eingesetzt worden war. Dieser Aufforderung folgten weder der Vizepräsident, noch die Regierung.
72. Vizepräsident Pence erklärte im Kongress, dass Biden der rechtmäßig gewählte Präsident sei. Eine große Zahl republikanischer Abgeordneter des Repräsentantenhauses sowie eine

⁸⁸ Handelsblatt 08.01.2021, S. 6 f.

⁸⁹ Handelsblatt 14.01.2021, S. 48; Financial Times 11.01.2021, S. 3

⁹⁰ Süddeutsche Zeitung 04.01.21, S. 2; Süddeutsche Zeitung 05.01.2021, S. 16 f.

⁹¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.01.2021, S. 2

⁹² Süddeutsche Zeitung 08.01.2021, S. 6; Der Spiegel 09.01.2021, S. 12

⁹³ Der Spiegel 09.01.2021, S. 12

⁹⁴ Süddeutsche Zeitung 08.01.2021, S. 1-4

⁹⁵ Der Spiegel 16.01.2021, S. 68

⁹⁶ Süddeutsche Zeitung 15.02.2021, S. 7

⁹⁷ Süddeutsche Zeitung 16.02.2021, S. 8; Rheinische Post 21.04.2021, S. A6



- Reihe von Senatsmitgliedern verkündeten, dass sie das Wahlergebnis nicht anerkennen würden. Mitch McConnell, republikanischer Mehrheitsführer im Senat, mahnte an die eigenen Reihen gerichtet: „Wenn wir die Wähler überstimmen, beschädigen wir unsere Republik für immer.“⁹⁸ Nach dem Sturm bezeichnete McConnell die Besetzer als Schläger und Mob, die der Präsident zu ihren Taten aufgestachelt hatte.⁹⁹ Trump hingegen sah in ihnen „Patrioten“. An sie gerichtet erklärte er: „Ihr seid etwas Besonderes. Ich liebe Euch.“ Etwas später sagte er dann zu ihnen: „Geht in Frieden und Liebe nach Hause. erinnert Euch für immer an diesen Tag.“¹⁰⁰ Industrieverbände und Vertreter der Wall Street distanzieren sich indirekt von Trump und kündigten an, Spenden für ihn zu streichen.¹⁰¹
73. Politologen der Chicago University untersuchten anhand zahlreicher Dokumente, welche Arten von Personen am Aufstand beteiligt waren. Sie konnten drei Gruppen unterscheiden: (1) Anhänger rechtsextremer Gruppen und Milizen, z.B. Oath Keepers, Proud Boys und Three Percenters; (2) aktive und ehemalige Soldaten und Polizisten; (3) als größte Gruppe Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, oft aus angesehenen Berufen. Die Forscher kamen zu dem Ergebnis, dass der Fokus auf Rechtsradikalität nicht ausreiche.¹⁰²
74. Unmittelbar nach dem Sturm aufs Kapitol verurteilten 43 Prozent der Amerikaner diesen.¹⁰³ Am 08.01.21 stimmten in einer Umfrage 56 Prozent der Amerikaner der Aussage zu, dass Trump aus dem Amt zu entfernen sei.¹⁰⁴ Chuck Schumer, der künftige Mehrheitsführer der Demokraten im Senat verlangte, dass Präsident Trump möglichst rasch abzusetzen sei, entweder über eine Kabinettsklärung der Amtsunfähigkeit Trumps (nach dem 25. Zusatzartikel der Verfassung), oder durch ein zweites Amtsenthebungsverfahren. Von liberaler Seite aus wurde ein Vergleich gezogen: Am 01.06.2020 hätte eine schwer bewaffnete Polizei mit brutaler Gewalt eine friedliche Demonstration von „Black Lives Matter“ angegriffen, damit Präsident Trump einen Fototermin mit einer Bibel inszenieren konnte. Dem Sturm aufs Kapitol hätte man aber kaum etwas entgegengesetzt.¹⁰⁵ Der Historiker Rick Perlstein erklärte: „Die Republikaner haben mit Trump die Büchse der Pandora geöffnet, und nun merken sie, dass sie einem Lynchmob ausgeliefert sind.“¹⁰⁶
75. Die Inauguration fand an dem von der Verfassung vorgesehenen Termin am 21.01.2021 statt. Zu ihrer Absicherung wurden 25.000 Nationalgardisten nach Washington beordert. Das Kapitol wurde weiträumig abgesperrt. Das FBI wies auf die Gefahr bewaffneter Aufstände hin. Der Vorsitzende der Vereinten Stabschefs, Mark Milley, hielt es für nötig, die 1,4 Millionen aktiven US-Soldaten davor zu warnen, sich an einem Staatsstreich zu beteiligen.¹⁰⁷ Der neue Präsident Biden hielt seine Inaugurationsrede hinter schussicherem Glas, Stacheldraht und gewaltigen Barrieren. Wo sonst bei einer Inauguration Zehntausende von Menschen einem neuen Präsidenten zujubelten, waren dieses Mal an deren Stelle unzählige Fähnchen gesetzt worden. Die schwarze 22jährige Dichterin Amanda Gorman rezitierte: „Demokratie kann verzögert / Aber nie dauerhaft besiegt werden.“¹⁰⁸

⁹⁸ Süddeutsche Zeitung 08.01.2021, S. 1-4

⁹⁹ McConnell erklärte: „The mob was fed lies. They were provoked by the president and other powerful people. And they tried to use fear and violence to stop a specific proceeding of the first branch of the federal government which they did not like.“ Financial Times 20.01.2021, S. 1

¹⁰⁰ Süddeutsche Zeitung 08.01.2021, S. 1-4

¹⁰¹ Handelsblatt 08.01.2021, S. 6 f.; Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.01.2021, S. 17

¹⁰² Süddeutsche Zeitung 08.02.2021, S. 2

¹⁰³ Der Spiegel 09.01.2021, S. 17

¹⁰⁴ Süddeutsche Zeitung 11.01.2021, S. 1

¹⁰⁵ Der Spiegel 16.01.2021, S. 115

¹⁰⁶ Der Spiegel 16.01.2021, S. 84

¹⁰⁷ Der Spiegel 16.01.2021, S. 82; Die Zeit 21.01.2021, S. 4; Martin Wolf in Financial Times 20.01.2021, S. 17

¹⁰⁸ Der Spiegel 23.01.2021, S. 72 ff.



Rolle von Gewalt und rechten Milizen

76. Der Historiker Howard Smead, University of Maryland, beschreibt in seinen Studien, wie der ständige Hang zur Gewalt die gesamte Geschichte der USA als stetiges Element durchzieht.¹⁰⁹ Im Bürgerkrieg zwischen 1861 und 1865 starben ca. 620.000 Menschen.¹¹⁰ Vier Präsidenten wurden ermordet: Abraham Lincoln (1865), James A. Garfield (1881), William McKinley (1901), John F. Kennedy (1963). Zu ermordeten Prominenten zählten in jüngerer Zeit Robert Kennedy, Malcom X und Martin Luther King. Die Washingtoner Denkfabrik CSIS stellte fest, dass die zahlreichen in 2019 und 2020 begangenen Terrorakte fast ausschließlich von Rechtsextremisten begangen wurden. Auch Lynchmorde ziehen sich durch die gesamte Geschichte der USA, meist begangen an Afroamerikanern, und ebenfalls von Rechtsextremen. Überdurchschnittlich häufig werden unbewaffnete Afroamerikaner bei Polizeieinsätzen getötet oder schwer verletzt. Im März 2021 begann der Prozess gegen den Polizisten Derek Chauvin, der am 25.05.2020 neun Minuten und 29 Sekunden lang sein Knie auf den Hals des mit dem Bauch auf dem Boden liegenden und mit Handschellen auf dem Rücken gefesselten Afroamerikaners George Floyd drückte, bis dieser starb. Floyd hatte vielfach signalisiert, dass er nicht mehr atmen könne. Es gab große Protestwellen; und an diesen beteiligte zum ersten Mal bei derartigen Aktionen eine sehr große Zahl weißer US-Bürger. Chauvin wurde von der gemischt zusammengesetzten 12-köpfigen Jury in drei Punkten für schuldig gesprochen worden: unvorsätzlicher Mord zweiten und dritten Grades; Totschlag mit bedingtem Vorsatz; fahrlässige Tötung. Das Strafmaß wird später festgesetzt. Es drohen ihm bis zu 40 Jahre Gefängnis. Das zentrale Beweismittel war das Handy-Video einer jungen Beobachterin, die die komplette Tat an einem Stück filmte. Ohne dieses Beweismittel wäre es vielleicht gar nicht zu einer Verurteilung Chauvins gekommen. Diese verhinderte letztlich wohl weitere große Unruhowellen. Eine Reihe von Bundesstaaten haben angesichts dieses Falles begonnen, ihre Vorschriften für das Verhalten von Polizisten zu verändern. Zwei Bundesstaaten, Colorado und New Mexico, erklärten, dass sie das Prinzip der „qualifizierten Immunität“ („qualified immunity“), welches in der Regel Verurteilungen von Polizisten bei Anwendung ungerechtfertigter Gewalt oder bei Tötung von Menschen ohne gerechtfertigten Anlass verhinderte, beseitigen zu wollen.¹¹¹
77. Der Extremismusforscher Simon Clark vom „Center for American Progress“ in Washington weist auf eine Besonderheit der Trump-Ära hin: Es habe sich ein militärischer Arm der „Make America Great Again“-Bewegung herausgebildet. Zu diesem Arm gehören beispielsweise Gruppen wie: Proud Boys, Oath Keepers, Boogaloo Bois, 3 % United Patriots („Threepercenters“), Hutaree, Michigan Militia und Militia of Montana. Die Boogaloo Bois lehnen jegliche staatliche Gewalt ab und wollen die USA in einen neuen Bürgerkrieg zwingen. In Michigan hatten bewaffnete Angehörige dieser Miliz offenbar geplant, die Gouverneurin des Bundesstaates, Gretchen Whitmer, zu entführen und zu ermorden.¹¹² Die Oath¹¹³ Keepers sind eine Miliz, deren Mitglieder ehemalige und teils noch aktive Soldaten und Polizisten sind. In ihrem „Amtseid“ haben sie festgelegt, die amerikanische Verfassung notfalls auch gewaltsam gegen „äußere und innere Feinde“ zu verteidigen. Die Mehrheit der Milizmitglieder hat Trump unterstützt. Unter den Angreifern auf das Kapitol am 06.01.2021 waren einige Mitglieder der Oath Keepers, die sich wie eine militärische

¹⁰⁹ Süddeutsche Zeitung 21.01.2021, S. 3

¹¹⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/Sezessionskrieg>, abgerufen 15.04.2021

¹¹¹ The Economist 17.04.2021, S. 33; Der Spiegel 24.04.2021, S. 54-58; Süddeutsche Zeitung 22.04.2021, S. 6; Rheinische Post 29.03.2021, S. A6

¹¹² Der Spiegel 23.01.2021, S. 72 ff.; Süddeutsche Zeitung 31.03.2021, S. 6

¹¹³ Oath = Eid, Schwur



Einheit über eine Walkie-Talkie-App koordinierten und die „Verhaftung“ von Abgeordneten und Senatoren vorgesehen hatten, falls diese die Wahl Bidens bestätigen sollten. Den Proud Boys gegenüber hatte Trump im Wahlkampf im ersten Streitgespräch mit Joe Biden seine Verbundenheit erklärt und ihnen zugerufen: „Stand back and stand by“ („Tretet zurück und haltet Euch bereit“). Symptomatisch für Trumps Verhalten waren seine Äußerungen zu einem Massenaufmarsch rechtsradikaler Milizen und Gruppen in Charlottesville in 2017. Teilgenommen an der Aktion hatten Alt-Right, Ku-Klux-Klan, Neo-Nazis, Neo-Konföderierte, Militia-Movement-Anhänger, White Nationalists und White Supremacy-Anhänger¹¹⁴. Einer der rechten Teilnehmer fuhr absichtlich mit dem Auto in eine Gruppe von Gegendemonstranten, tötete unter ihnen einen Teilnehmer und verletzte 19 weitere, darunter fünf schwer. Trump sagte, dass nicht alle Teilnehmer des Aufmarsches Neonazis gewesen seien, sondern sich darunter „sehr anständige Leute“ („fine people“) befunden hätten.¹¹⁵ Trumps anerkennendes Verhalten gegenüber den rechtsradikalen Milizen, ein Dammbbruch in der amerikanischen Demokratie, ermöglichte diesen, dass sie nicht mehr im Verborgenen agieren mussten, sondern nun, mit Legitimation vom höchsten Staatsrepräsentanten versehen, offen operieren konnten.¹¹⁶ Experten schätzen, dass in den etwa 300 Milizen zwischen 15.000 und 20.000 Mitglieder organisiert sind.¹¹⁷ Nachdem Trump auch in den Augen der Milizen endgültig keine Chance mehr hatte, wieder das Präsidentenamt zu erlangen, beteiligten sie sich aktiv an den Protestbewegungen gegen Impfen und gegen die staatlichen Corona-Auflagenprogramme.¹¹⁸

Rolle des Militärs

78. Das US-Militär hält sich generell politisch zurück. Dies hat eine lange Geschichte. Der Extremismusforscher Simon Clark vom „Center for American Progress“ in Washington stellt fest, dass das Militär „schon früh angefangen [hatte], rechte Umtriebe zu unterbinden.“ Unter Präsident Reagan hatte Verteidigungsminister Caspar Weinberger in den 1980er Jahren eine Richtlinie erlassen, nach der US-Soldaten nicht Mitglied einer rassistischen Vereinigung sein dürfen. Bei der US-Polizei hatte man ähnliche Anstrengungen noch nicht unternommen. Dies sah man auch an den Ereignissen des 06.01., an dem zwei Kapitäl-Polizisten offen ihre Sympathie mit den Aufständischen zeigten. Der 06.01. führte jedoch auch beim Militär zu Besorgnissen. Nach dem Ereignis schrieben der oberste Militärführer, Generalstabschef Mark A. Milley, und sein Stab einen Brief an die gesamten Streitkräfte: Die Rolle der Soldaten bestehe darin, die Verfassung zu verteidigen. „Die Meinungsfreiheit und das Versammlungsrecht geben niemandem das Recht zu Gewalt, Aufruhr und Aufstand.“ Der 06.01. sei ein Angriff auf die Demokratie gewesen. Joe Biden sei der rechtmäßige Präsident der USA.¹¹⁹

¹¹⁴ Supremacy, deutsch Suprematie/Suprematismus, bezeichnet eine Geisteshaltung, in der sich die „weiße Rasse“ eine Überlegenheit gegenüber „anderen Rassen“ zuspricht

¹¹⁵ Financial Times 01.10.2020, S. 3; https://de.wikipedia.org/wiki/Rechtsextreme_Demonstrationen_in_Charlottesville_2017, abgerufen 08.05.2021

¹¹⁶ Der Spiegel 23.01.2021, S. 72 ff.

¹¹⁷ <https://www.tagesspiegel.de/politik/milizen-in-den-usa-sie-proben-fuer-den-buergerkrieg/26261920.html>, abgerufen 07.03.2021

¹¹⁸ Süddeutsche Zeitung 31.03.2021, S. 6

¹¹⁹ Handelsblatt 14.01.2021, S. 14



Rolle der Wirtschaft und der Wall Street

79. Die US-Wirtschaft hat Trumps problematische Politik geschehen lassen. Sie profitierte von Trumps drastischen Senkungen der Unternehmenssteuern und zahlreichen Deregulierungsmaßnahmen. Sie haben sich handelspolitischen Maßnahmen wie Einführung drastischer Zölle und Boykotts bestimmter ausländischer Unternehmen untergeordnet. Im scheinbaren Meinungswandel von Wirtschaftsvertretern nach den Ereignissen des 06.01.2021 sieht der US-Historiker Rick Perlstein keine grundsätzliche Verteidigung des demokratischen Systems, sondern lediglich ein Interesse an stabilen Verhältnissen.¹²⁰ Charles Koch, liberal-konservativer Multimilliardär, hatte den Aufstieg der Tea Party ab 2010 mit ca. 100 Mio. Dollar unterstützt. Er bezeichnete dies in 2020 als einen Fehler. Nach dem 06.01. distanzierte er sich offiziell von Trump.¹²¹
80. Die Wall Street hatte gegenüber Trump von Anfang an eine gewisse Distanz, teilweise sichtbar an den für Wahlkämpfe gespendeten Geldern. Während Finanzmarkt-Akteure in der Wahl 2016 der Kandidatin Hillary Clinton Spenden in Höhe von 88 Mio. Dollar zukommen ließen, taten sie dies gegenüber Trump nur im Umfang von 20,8 Mio. Dollar. In 2020 erhielten Trump 11 Mio. Dollar und Biden 51 Mio. Dollar (bis Ende Oktober). Bei der Wahl 2020 hatte die Wall Street Angst vor einer „Blauen Welle“, also vor einem Sieg der Demokraten sowohl hinsichtlich des Präsidentenamtes, des Repräsentantenhauses und des Senats. Sie befürchtete für diesen Fall mehr Regulierung, höhere Steuern für Reiche und deutlich höhere Unternehmenssteuern (mit entsprechend negativen Folgen für die einzelnen Segmente des Finanzsektors). Der Sektor war im Wahlverlauf dann aber beruhigt, als scheinbar klar wurde, dass die Demokraten kaum die Mehrheit im Senat erhalten würden. Dies hätte bedeutet, dass ehrgeizige „linke“ Projekte spätestens dort scheitern würden. In seiner bisherigen politischen Karriere war Biden kein dezidierter Kritiker des Finanzmarktes. Er war in den Jahren 1973 bis 2009 Senator für den Staat Delaware gewesen. Dort haben zahlreiche Finanzunternehmen ihren Sitz. In den 1970er und 1980er Jahren wurden in Delaware zahlreiche Deregulierungen der Wirtschaft und des Finanzmarktes durchgeführt. Biden hatte diese mitgetragen. Im Wahlkampf 2020 hat er sich nur sehr oberflächlich und rein taktisch von der Wall Street distanziert. Die Wall Street hat nach der Wahl ihren Frieden mit Biden geschlossen. Sie erwartet sich von seinem geplanten „Green New Deal“ große Wirtschaftsprogramme mit zahlreichen Renditechancen.¹²²

Rolle der Medien

81. Medien hatten historisch immer eine sehr bedeutende Rolle in amerikanischen Wahlen, zunächst Zeitungen, dann das Radio, dann TV und jüngst TV und soziale Medien zusammen. Für letztere sind starke Emotionen wie Hass oder Wut, sowie Fake News, Manipulationen von Meinungen und Lügen starke Gewinnbringer. Nach dem Zweiten Weltkrieg verpflichtete der amerikanische Gesetzgeber Medien, und insbesondere das Fernsehen, mittels der „Fairness Doctrine“ auf eine ausgewogene Berichterstattung. Die Sender mussten bei wichtigen Sachverhalten immer die verschiedenen Standpunkte darstellen. Ein erster wichtiger Schritt zur Veränderung dieser Medienpraxis war die Aufhebung der Fairness-Klausel durch Präsident Ronald Reagan im Jahre 1987. Von da an waren TV-Sender nicht mehr zur Meinungsvielfalt verpflichtet. Die amerikanischen Medien trugen von da

¹²⁰ Der Spiegel 16.01.2021, S. 84

¹²¹ Handelsblatt 20.01.2021, S. 46

¹²² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.10.2020, S. 23; Hudson 2016, S. 347-353 und S. 361-365; Tooze 2018, S. 215, S. 236-238, S. 310, S. 323-327, und insbesondere S. 343-348 und S. 411



an zunehmend zur politischen und gesellschaftlichen Polarisierung bei.¹²³ Es war der demokratische Präsident Bill Clinton gewesen, der auf Grundlage einer Initiative des republikanischen Sprechers des Repräsentantenhauses Newt Gingrich 1996 den Weg für ein völlig unreguliertes Internet freimachte. In Bezug auf soziale Medien ereignete sich in der *Wahl 2016* und unmittelbar danach eine disruptive Innovation: Trump setzte zur Meinungsbeeinflussung extensiv seinen Twitter-Account sowie weitere soziale Medien ein; Mails der Kandidatin Clinton wurden (offenbar) von russischen Hackern gehackt, entwendet und mit schwerem Schaden für Clinton auf Wikileaks veröffentlicht; Netz-Roboter („Bots“) spiegelten falsche persönliche Identitäten vor und griffen in politische Auseinandersetzungen zugunsten der Republikaner ein. Bereits bei dieser Wahl spielte die Verbreitung von Falsch-Nachrichten und Lügen eine große Rolle; politische Gegner wurden äußerst aggressiv attackiert. Trump wurde stark von rechts-konservativen reichen Geldgebern unterstützt. So hatten der Hedgefonds-Manager Robert Mercer und seine Tochter Rebekah in 2012 die Gründung der britischen Firma Cambridge Analytica finanziert, um die politische Stimmung im Lande zu beeinflussen. Facebook ermöglichte der Firma den Zugang zu persönlichen Daten seiner Nutzer und deren Einsatz zur Wahlkampf-Unterstützung des Kandidaten Trump im Wahlkampf 2016. Die Mercer-Familie unterstützte Trump in diesem Wahlkampf direkt mit mehreren Millionen Dollar. Rebekah Mercer hatte das rechtsradikale soziale Netzwerk Parler mitgegründet und finanziert. Twitter hatte in 2016 Account von Steve Bannon gesperrt, nachdem er dort gepostet hatte, dass Christopher Wray, der damalige FBI-Direktor, und Anthony Fauci, der Koordinator der Anti-Corona-Maßnahmen in den USA, enthauptet und ihre Köpfe vor dem Weißen Haus aufgespießt werden sollten (Bannon war in dem Jahr die entscheidende Figur in Trumps Wahlkampf-Team). Nach seiner Sperrung auf Twitter war Bannon auf Parler aktiv und erklärte dort nach der Wahlniederlage Trumps, Politiker und Bürokraten hätten den „wahren“ Präsidenten [Trump, LK] verraten. Ebenso traten auf Parler regelmäßig auf der republikanische Senator Ted Cruz, Trump-Sohn Eric und Fox-Moderator Sean Hannity, der Trump massiv unterstützte.¹²⁴

82. Die sozialen Medien der USA geben Politikern in hoher Stellung, und insbesondere dem US-Präsidenten, im Vergleich zu Normalnutzern privilegierte Sonderregeln, was das Verhalten in den Medien anbelangt, d.h. mehr Freiräume in ihren Äußerungen, auch bei Lügen und Faktenverzerrungen. So blieb beispielsweise bei den Ausschreitungen nach der Tötung von George Floyd durch Polizisten der drohende Tweet von Trump stehen: „Beginnt das Plündern, beginnt das Schießen“. Auch seine Behauptung, dass Kinder immun gegen das Corona-Virus seien, blieb im Netz.
83. Die sozialen Medien in den USA standen im *Wahljahr 2020* unter besonderem Druck. Zum einen war vielen Menschen deren negative Rolle in der Wahl von 2016 noch bewusst. Zweitens ist die Kritik am monopolistischen bzw. oligopolistischen Verhalten der großen Internet-Konzerne in jüngerer Zeit deutlich angestiegen (Die CEOs der großen Internet-Konzerne wurden hierzu vom Kongress vorgeladen und befragt). Und drittens haben Trump und seine Mitstreiter und Wahlkampfmanager diese Medien extrem herausgefordert. Das Trump-Team verbreitete über diese Medien ständig Lügen, Verdrehungen und Angriffe auf Gegner unterhalb der Gürtellinie. Außerdem hatte Trump auf Twitter und Facebook angekündigt, dass er eine verlorene Wahl nicht anerkennen würde. Bereits im Mai 2020 markierte Twitter einen Tweet von Trump als fragwürdig, in dem er grundsätzliche Betrugspotenziale von Briefwahlen unterstellte. Jedoch konnte Trump die Plattformen weiterhin für die Verbreitung seiner Angriffe und Lügen nutzen. Facebook, Twitter und

¹²³ Süddeutsche Zeitung 19.02.2021, S. 23; Der Spiegel 30.04.2021, S. 88 f.

¹²⁴ Lepore 2019



Google hatten im Vorfeld der Wahl gewarnt, dass Trump vor Auszählung der Stimmen bereits seinen Wahlsieg verkünden könnte und dass die Medien dagegen Maßnahmen ergreifen würden. Und dies geschah dann auch. Vor seiner Rede im Weißen Haus in der Nacht vom 3. auf den 4. November hatte Trump bereits auf Twitter und Facebook geschrieben, dass „sie“ [die Demokraten, LK] die Wahl „zu stehlen versuchen“, er aber das nicht zulassen werde. Twitter setzte vor diesen Trump-Tweet (allerdings nur) einen Warnhinweis, dass dies eine irreführende Äußerung im Zusammenhang mit Wahlen sein könne. Facebook merkte an, dass anfängliche Zahlen von den endgültigen Wahlergebnissen abweichen können. Als Trump vorzeitig vor der Auszählung schrieb: „Ein großer SIEG!“, erklärte Facebook, dass der Sieger noch offen sei. Twitter setzte die Anmerkung hinzu, dass nicht klar sei, von welchem Sieg Trump spreche. Dennoch konnte Trump die Wähler über diesen Weg immer noch in seinem Sinne beeinflussen.¹²⁵ Facebook löschte schließlich eine Pro-Trump-Gruppe, die unter dem Namen „Stop the Steal“ operierte. Telegram schloss nach dem 06.01.21 15 Kanäle von Neonazi-Gruppen. Im Zusammenhang mit dem Aufstand vom 06.01.21 hatten Twitter und Facebook Beiträge Trumps mit Warnungen und Korrekturen versehen, dann einzelne Beiträge von ihm mit Hinweisen gesperrt, dass es sich um Lügen oder Aufforderungen zu ungesetzlichen Aktivitäten handele. Und schließlich sperrten sie die Accounts von Trump zunächst für eine begrenzte, und dann für eine unbestimmte Zeit. Während Trumps Amtszeit hatte es immer wieder die Forderung an Twitter zu geben, Trumps Accounts zu sperren. Twitter-Chef Jack Dorsey hatte dies jedoch immer wieder abgelehnt.¹²⁶ Ebenfalls waren in der Folge Trumps Konten auf Snapchat, YouTube und Twitch gesperrt. Im Mai 2021 erklärte Twitter, dass Trumps Konten auf ewig gesperrt sind. Die Google-Gesellschaft YouTube will Trumps Konten wieder entsperren, wenn von ihm keine Gewalt mehr ausgehe. Facebooks Sperrung von Trump-Konten geschah zunächst auf unbestimmte Zeit, wurde im April 2021 für weitere sechs Monate verlängert, und könnte danach wieder aufgehoben werden, da Facebooks Statuten eine dauerhafte Sperrung angeblich nicht zulassen. Darüber entscheidet Facebooks Aufsichts-Gremium, welches Zuckerberg in einem Akt von Selbstregulierung eingerichtet hatte. In diesem sind 19 Experten vertreten: 10 Akademiker, 5 Personen aus NGOs und Think Tanks, 2 Journalisten, ein Politiker und ein Nobelpreisträger.¹²⁷ Trump war inzwischen aber selbst aktiv geworden und hat eine eigene Blog-Plattform errichtet: „From the Desk of Donald J. Trump“.¹²⁸ Fox News hatte noch am Wahlabend als erster TV-Sender Biden zum Gewinner der Präsidentenwahl anerkannt. In den Tagen danach erklärten Fox-Journalisten, dass es keinerlei Beweise für die Behauptungen des Trump-Teams gebe, dass die Wahl manipuliert gewesen sei. Der Moderator Lou Dobbs, der Trump-Gegner aggressiv angriff und der Trump „ein Geschenk Gottes“ nannte, wurde abgesetzt. Die Zeitungen des Murdoch-Konzerns distanzieren sich von den Verschwörungstheorien aus dem Trump-Team. Medienexperten erklärten sich das neue Verhalten des „Haussenders“ von Trump damit, dass er als Verlierer nun unterinteressant geworden sei, dass es dem Konzern schlicht um Profite gehe und dass dieser seine rechts-konservativen Positionen nun bewusst losgelöst von der

¹²⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung 05.11.2020, S. 26

¹²⁶ Süddeutsche Zeitung 11.01.2021, S. 9; Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.01.2021, S. 11; Handelsblatt 20.01.2021, S. 13

¹²⁷ The Economist 17.04.2021, S. 31 f.

¹²⁸ Auf dieser griff Trump die ihn aussperrenden sozialen Netzwerke am 05.05.2021 an: „What Facebook, Twitter, and Google have done is a total disgrace and an embarrassment to our Country. Free Speech has been taken away from the President of the United States because the Radical Left Lunatics are afraid of the truth, but the truth will come out anyway, bigger and stronger than ever before. The People of our Country will not stand for it! These corrupt social media companies must pay a political price, and must never again be allowed to destroy and decimate our Electoral Process.“



Person Trumps verbreiten wolle. Nach der Wahlniederlage Trumps hatte sich die Zuschauerzahl von Fox News halbiert.¹²⁹

84. Über die Wahl von 2020 hinaus haben sowohl die Republikaner als auch die Demokraten erklärt, dass in die Praxis der sozialen Medien regulierend eingegriffen werden müsse. Dabei behauptete das Trump-Team, dass in den Medien konservative Meinungen unterdrückt würden. Umgekehrt ging den Demokraten die Macht der sozialen Medien und ihre Möglichkeiten der Wahlbeeinflussung zu weit. Biden erklärte, dass er Section 230 im Decency Communications Act abschaffen will, die die Plattformen bisher nicht verpflichtete, Verantwortung für die Inhalte in ihren Netzwerken zu übernehmen.¹³⁰ In Kongress-Anhörungen der Chefs der Digitalkonzerne Facebook, Twitter und Google im März 2021 loteten die Abgeordneten aus, inwieweit der Schutzparagraph für Start-ups [!] aus den 1990er Jahren, dass diese nicht für die auf ihren Plattformen veröffentlichten Inhalte verantwortlich sind, beseitigt werden könnte. Die Konzernchefs sagten, sie seien zu Kompromissen bereit, wenn der Abschnitt 230 des Mediengesetzes nicht gestrichen würde.¹³¹
85. Die Fairness-Klausel war seit ihrer Einführung juristisch immer umstritten, insbesondere in der Frage, ob sie mit der amerikanischen Verfassung vereinbar sei. Gegenwärtig wären Versuche, sie wieder einzuführen, sehr wahrscheinlich zum Scheitern verurteilt, und zwar spätestens vor dem Supreme Court, in dem konservative Richter eine klare Mehrheit haben. Aber typisch für die USA entsteht nun Bewegung durch eine Aktion aus der Privatwirtschaft. Die zwei Unternehmen Smartmatic und Dominion, Hersteller elektronischer Wahlmaschinen, die auch in der Wahl 2020 im Einsatz waren, haben den Sender Fox News auf insgesamt 4,3 Mrd. Dollar Schadenersatz verklagt, weil dieser über einen längeren Zeitraum hinweg die Behauptung verbreitet hatte, die beiden Unternehmen hätten mit ihren Maschinen bewusst die Wahlen zugunsten Bidens manipuliert. Bei einem Klageerfolg müsste der Fox-Konzern etwa das Vierfache des letzten Jahresgewinns als Strafzahlung leisten. Insgesamt haben die TV-Sender, die rechtspopulistische Positionen verbreiten, seit dem Amtsantritt Bidens erheblich an Zuschauerzahlen verloren.¹³²

Veränderungen der Republikanischen Partei durch Präsident Trump

86. Die Elite der Republikanischen Partei lehnte Trump mit seiner Persönlichkeit ursprünglich eigentlich ab, schloss aber seit seiner Wahl in 2016 quasi einen faustischen Pakt mit ihm, um die eigenen Pfründen und Wählerstimmen zu sichern. Im Unterschied zur Parteispitze gelang es Trump, die Parteibasis sehr stark von sich und von seiner Art und Vorgehensweise zu vereinnahmen.¹³³ Aber umgekehrt gilt auch: Ohne die Unterstützung der Partei wäre Trump niemals ins Weiße Haus gelangt. Die Partei einschließlich ihrer Spitze deckte Trumps ständige Lügen und seine rechtspopulistischen Grenzverschiebungen ab. Spitzenpolitiker wie der Mehrheitsführer im Senat Mitch McConnell, Vize-Präsident Mike Pence oder die Senatoren Josh Hawley, Lindsey Graham und Ted Cruz (Tea Party) können als Zyniker der Macht angesehen werden. Sie sahen durch Trump die eigenen Ziele maximal durchgesetzt, wie Schwächung staatlicher Institutionen, Rücknahme des Umweltschutzes, Durchführung einer rassistischen Anti-Migrations-Politik, keine Einschränkungen privaten Waffenbesitzes, starke Steuersenkungen für Unternehmen und Ernennung zahlreicher konservativer Richter an Bundesgerichten. Die Republikanische Partei hat die Politik Trumps

¹²⁹ Handelsblatt 26.11.2021, S. 10

¹³⁰ Handelsblatt 12.01.2021, S. 13

¹³¹ Süddeutsche Zeitung 30.03.2021, S. 4

¹³² Der Spiegel 30.04.2021, S. 88 f.

¹³³ Süddeutsche Zeitung 13.02.2021, S. 2



nicht nur vier Jahre laufen lassen, sondern sie auch in weiten Teilen aktiv gestützt. Pence hat in seiner 4-jährigen Amtszeit nie ein kritisches Wort über Trump verloren, auch, weil er wohl immer das persönliche Ziel hatte, Trump als Präsident nachfolgen zu wollen. Im Zusammenhang mit dem putschistischen Sturm aufs Kapitol am 06.01.2021 hat die Partei sich zum Komplizen Trumps gemacht.¹³⁴ Trump förderte durch sein Agieren zutage, dass die Führungselite der Republikanischen Partei grob durch zwei Typen besonders geprägt wird: a) „Spieler“, die vom System profitieren wollen (hierzu gehört z.B. der ehemalige Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell); b) „Zerstörer“, die das bisherige System fundamental aus den Angeln heben wollen (wozu die Senatoren Josh Hawley und Ted Cruz gerechnet werden können).¹³⁵

87. Trump hat die Gewichte in der Republikanischen Partei deutlich verschoben: Nationalismus wurde nun auf die Spitze getrieben; staatliche Schulden wurden enorm erhöht; Freihandel und Globalisierung wurden erheblich eingeschränkt; über Personenkult wurde eine Brücke zwischen traditionell Konservativen, rigorosen Einwanderungsgegnern und religiösen Rechten erzeugt; die Verpflichtung auf Tatsachen und Fakten wurde aufgegeben, Lügen und Täuschen der Öffentlichkeit bzw. der Bevölkerungen als zulässige Strategien eingeführt, freie und möglichst objektive Medien nicht mehr als wesentlich, sondern sogar als schädlich angesehen. Äußerst rechte Gruppen wie die „Oath Keepers“, militärisch ausgebildet und gewaltbereit, sowie weitere sehr rechte Organisationen haben unter Trump mit Billigung der Republikanischen Partei viel Unterstützung erfahren, haben durch sie Legitimation erhalten und konnten so ihre politische Reichweite deutlich vergrößern. Insgesamt wurde die Republikanische Partei unter Trump von Mitte-Rechts nach sehr weit rechts verschoben. Von ihren Positionen her ist sie nun vergleichbar mit der spanischen nationalkonservativen, rechtspopulistischen Partei VOX, mit der schweizerischen Volkspartei, mit dem israelischen Likud oder mit der deutschen AfD. Der Historiker Manfred Berg resümiert, dass Trump aus der Partei einen rechtsextremistischen Kampfbund gemacht habe.¹³⁶ Trump, und mit ihm das dahinter stehende Politikprinzip, werden auch nach den verlorenen Wahlen von 2020 breit in der Republikanischen Partei unterstützt, und zwar im Repräsentantenhaus, im Senat, in den Parlamenten der Bundesstaaten und in den Ortsverbänden der Partei. Einzelne Politiker, die Trump kritisierten wurden von republikanischen Partei- oder Parlamentsgliederungen scharf kritisiert oder gemaßregelt.¹³⁷
88. Die Republikanische Partei steht nach der Präsidentschaft Trumps und den Ereignissen des 06.01.2021 dennoch vor einer historischen Zerreißprobe. Ein Teil der Republikaner hat nach der verlorenen Wahl intern einen vollständigen Bruch mit Trump und seine endgültige Ausschaltung in der Partei erwogen, weil ein Zusammenbleiben mit ihm zu hohen politischen Risiken führt. Dieser Teil befürchtet, dass Trump die Polarisierung der Gesellschaft noch weiter auf die Spitze treiben und zum Verlieren der nächsten Wahlen sowie zu einer sehr großen Beschädigung der Partei beitragen könnte. Ideologisch sehnt sich diese Gruppe nach dem früheren soliden Konservatismus zurück. Ein anderer Teil hebt hervor, dass Trump in weiten Bevölkerungskreisen nach wie vor große Resonanz genießt und man auf seine mobilisierende Kraft nicht verzichten kann. Mit letzterem Punkt kann Trump auch jederzeit die Partei erpressen. Er hat nach dem 06.01.2021 immer wieder durchsickern lassen, dass er mit dem Gedanken der Neugründung einer „Patriot Party“ spiele.¹³⁸ Trump-

¹³⁴ Der Spiegel 19.12.2020, S. 86; Süddeutsche Zeitung 05.01.2021, S. 32; Handelsblatt 08.01.2021, S. 9

¹³⁵ US-Historiker Timothy Snyder in: Der Spiegel 23.01.2021, S. 74 ff.

¹³⁶ Handelsblatt 14.01.2021, S. 48; Manfred Berg in Die Zeit 08.04.2021, S. 19

¹³⁷ Süddeutsche Zeitung 12.05.2021, S. 7

¹³⁸ Süddeutsche Zeitung 21.01.2021, S. 3; Süddeutsche Zeitung 22.01.2021, S. 6; Manfred Berg in Die Zeit 08.04.2021, S. 19



Gegner, die zu den „alten Prinzipien“ der Konservativen zurückzukehren wollen, haben die Gründung einer neuen Mitte-Rechts-Partei erwogen. Doch sind sie sich auch dessen bewusst, dass eine Parteispaltung unter den Bedingungen eines Zwei-Parteien-Systems die Republikaner für eine sehr lange Zeit von der politischen Macht fernhalten könnte, und haben diesen Gedanken daher (zunächst?) verworfen.¹³⁹ Die amerikanische Philosophin Martha Nussbaum glaubt dennoch, dass es zu einer Spaltung der Partei kommen werde. Ein wesentlicher Faktor dabei werde sein, dass die Wirtschaft das große Geld von der gegenwärtigen Republikanischen Partei abziehen wird.¹⁴⁰ Diese Einschätzung ist allerdings gewagt. Wohin sich die Partei entwickeln wird, ist noch völlig offen. Ein schlüssiges, konsistentes ideologisches Gesamtkonzept ist bisher in keiner Weise zu erkennen.

89. Eine weitere Frage ist, welche Personen sich in der Republikanischen Partei in Zukunft durchsetzen werden. Zwei Politiker, auf die in diesem Text mehrfach eingegangen wurde, stechen in besonderem Maße hervor: Die beiden Senatoren Ted Cruz und Josh Hawley. Hawley ist kulturell extrem konservativ. Er ist ein strikter Abtreibungsgegner. Gewerkschaften und Mindestlohn lehnt er ab. Angesichts Corona wollte er den Bürgern aber sofort hohe Unterstützungszahlungen gewähren. Ähnlich wie Trump (und ähnliche „Zerstörer“ in der Republikanischen Partei) stellt er sich gegen das „System“: Die wirtschaftlichen und politischen Eliten seien die Aristokraten unseres Zeitalters, ihre Macht müsse eingeschränkt werden. Der Markt dürfe nicht alles regeln, die Macht der Tech-Giganten (Facebook, Google & Co) müsse zerschlagen werden; ein starker Staat müsse Unternehmen und Monopole regulieren, um die Freiheit aller zu sichern; der liberale Nationalismus solle einem konservativen Nationalismus weichen. Die Steuern müssten massiv gesenkt werden. Interessant ist auch seine Positionsaussage gegenüber den politisch vernachlässigten Schichten: „Wir müssen eine Arbeiterpartei werden und dürfen nicht mehr die Partei der Wall Street sein.“¹⁴¹ Im Unterschied zu Hawley ist Ted Cruz eng mit der rechtsextremen Tea Party verbunden; diese hatte ihn in den Senats-Wahlen von 2012 unterstützt. Cruz ist Klimawandel-Leugner (es gebe keine wissenschaftlichen Beweise für diesen), Abtreibungsgegner, Gegner gleichgeschlechtlicher Ehen, entschiedener Befürworter unbeschränkten Waffenbesitzes und Befürworter der US-Fracking-Industrie. Im Präsidentschafts-Wahlkampf 2015 erklärte er, dass er im Falle seines Sieges die US-Bundessteuerbehörde und die „Obama-Krankenversicherung“ komplett abschaffen würde. Damals äußerte er sich auch verächtlich über das „Washingtoner Establishment“. Nach der Präsidentschaftswahl 2020 vertrat er die Position von Wahlbetrug und gehörte zu den 8 Senatoren, die das Wahlergebnis am 06.01.2021 nicht anerkannten. Josh Hawley ist ein entschiedener Gegner von Cruz.¹⁴² Aber beide, Hawley und Cruz, sind politisch sehr weit rechts einzuordnen; sie werden nicht zu überparteilichen Kompromissen bereit sein. Von Bedeutung sind auch die beiden republikanischen Gouverneure Kristi Noem und Ron DeSantis. Auch sie zählen zu den potenziellen Präsidentschaftskandidaten. Als Anhänger Trumps kopieren sie dessen Stil und Rhetorik.¹⁴³
90. Bereits im März 2021 hat Trump aufgezeigt, wie er die Machtverteilung zwischen ihm und der Republikanischen Partei sieht. Er forderte seine Anhänger auf, nicht mehr an das Republican National Committee, die Parteiführung der Republikaner, zu spenden, und auch nicht an die anderen Wahlkampforganisationen der Partei, sondern stattdessen an seine "Save America"-Wahlkampforganisation. Über seine Anwälte ließ er der Partei mitteilen,

¹³⁹ Der Spiegel 16.01.2021, S. 85; Manfred Berg in Die Zeit 08.04.2021, S. 19

¹⁴⁰ Handelsblatt 27.01.2021, S. 15

¹⁴¹ Die Zeit 11.02.2021, S. 8

¹⁴² https://de.wikipedia.org/wiki/Ted_Cruz, abgerufen 17.04.2021

¹⁴³ Handelsblatt 08.04.2021, S. 14



dass sie seinen Namen nicht mehr verwenden dürfe, beispielsweise für Spendenaufrufe oder Werbeartikel. Trump will also mit maximalem Druck auf die Republikanische Partei in die nächsten Zwischenwahlen und möglicherweise in die Präsidentschaftswahlen in 2024 gehen. Bei den Zwischenwahlen im November 2022 werden 14 demokratische und 20 republikanische Senatoren neu gewählt. 5 republikanische Senatoren wollen nicht wieder antreten. Sie sind Vorsitzende wichtiger Ausschüsse und waren in der Vergangenheit bereit, mit den Demokraten zu verhandeln. Potenzielle Nachfolger sind in den meisten Fällen nicht-kooperationsbereite Trump-Anhänger. Trump hat angekündigt, eigene personelle Vorschläge machen zu wollen.¹⁴⁴

Allgemeine Schlussfolgerungen

91. Das amerikanische Beispiel zeigt, wie eine tiefe *gesellschaftliche Spaltung* demokratische Prozesse fundamental stören und das gesamte demokratische System gefährden kann. Die beiden großen politisch-kulturellen Lager der USA leben praktisch in zwei vollkommen unterschiedlich wahrgenommenen gesellschaftlichen Realitäten, mit teils selbst erzeugten, den „Tatsachen-Wahrheiten“ widersprechenden „Fakten“ und Verschwörungstheorien. Dies gilt aber wesentlich stärker für rechte als für linksliberale Gruppen, und deutlich mehr für die Republikanische als für die Demokratische Partei. Eine breit geteilte gemeinsame Bewertungs- und Verständigungsgrundlage für wichtige gesellschaftliche Fragen lässt sich in den USA wohl auf absehbare Zeit nicht mehr erreichen. Die gesellschaftliche Spaltung hat sich extrem verfestigt. Die beiden gegensätzlichen politischen Lager existieren nun in Form festgefügtter kultureller Meinungs-Großblasen, die Verständigungen und Kompromissbildungen im Prinzip unmöglich machen.
92. Die gesellschaftliche und politische Spaltung in den USA ist zum einen bedingt durch wirtschaftliche und damit verbundene kulturelle *Ungleichheit*, die teilweise auf die Globalisierung der Wirtschaft zurückzuführen ist. Ungleichheiten in Einkommen, Vermögen und Bildungs- sowie kulturelle Zugangschancen, Aufbrechen der Geschlechterordnung, Migration, Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und die vollkommene Veränderung von Arbeit, all dies führt zu großen Unsicherheiten und Ängsten. Zweitens ist die Spaltung durch *Phänomene in langer historischer Linie* verursacht, vor allem durch das Erbe der Sklavenhaltergesellschaft in Form von systemischem Rassismus, außerdem aufgrund unterschiedlicher Auffassungen von persönlicher Freiheit, Verantwortung des Individuums, wirtschaftlicher Freiheit und Rolle des Staates. Die Spaltung lässt sich nicht auf einfache Weise durch eine „versöhnliche“ Politik überwinden, wie sie von Biden zunächst erwartet wurde; zu weit hat sie sich inzwischen verhärtet. Im Unterschied zu Obama gibt sich Biden gar nicht länger dieser Illusion hin. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus versuchen die Spaltung immer stärker für sich zu nutzen.¹⁴⁵ Ein Wirtschaftsschafts- und Gesellschaftssystem, welches, wie das in den meisten kapitalistischen Ländern heute der Fall ist, in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu einer immer tieferen Ungleichheit führt, ist auf Dauer nicht stabil.
93. *Demokratische Errungenschaften haben niemals einen sicheren Bestand*. Es wird gegen diese immer (leidenschaftliche, aggressive, anders-ideologische, hartnäckige, verleumderrische oder lügnerische) Bewegungen zu ihrer Zerstörung geben (siehe in Europa Polen: Unabhängigkeit der Justiz; Ungarn: Angriffe auf Justiz und Medien; Malta, Tschechien und Bulgarien: Zulassen von Korruption; Deutschland, Europa: Rechtsextremistische

¹⁴⁴ Roland Peters auf ntv (Internet) 13.03.2021, abgerufen 16.05.2021

¹⁴⁵ Siehe hierzu auch Hedwig Richter in Süddeutsche Zeitung 30.01.2021, S. 47



Gruppen und Parteien, die die demokratischen Institutionen fundamental angreifen. Jedoch wurden in der Regierungszeit von Trump viele dieser Rechte zugleich infragegestellt und angegriffen. Trump und wesentliche Teile seines Umfeldes waren bereit, bei der Durchsetzung zentraler politischer Ziele zugunsten der Reichen zugleich wichtige demokratische Institutionen zu zerstören, und dabei sogar die Hilfe rechter militanter Milizen in Anspruch zu nehmen. In der Republikanischen Partei zählt Trump zum Politikertypus „Zerstörer“ (siehe These 87), so wie die Senatoren Hawley und Cruz, die ebenfalls Anwärter auf die nächste Präsidentschaft sind. Der zweite wichtige Politikertypus unter den Republikanern, der „Spieler“, repräsentiert vom ehemaligen Mehrheitsführer der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, ist aber nicht minder gefährlich. Denn er hilft mit dabei, den Zerstörern Machtoptionen zu eröffnen. Angesichts der Geschehnisse im Zusammenhang mit den US-Wahlen 2020 erscheint eine Position verharmlosend, wie sie sie in Kommentaren oft zu finden ist, dass die amerikanische Demokratie und ihre Institutionen gehalten und standgehalten haben. Treffender wäre wohl die Bewertung, dass die amerikanische Demokratie auf der Kippe stand und sich weiterhin im Grenzbereich des Umkippen bewegt.

94. Man kann vielleicht behaupten, dass *Wähler* sich ständig sowohl *mündig* machen als auch *unmündig* machen lassen. Sie bilden sich zumindest in für sie zentralen Fragen eigene Meinungen und tragen diese, wenn sie einen Sinn darin sehen, in politische Wahlen hinein; oder sie enthalten sich bei Wahlen, falls sie ihr Votum für wirkungslos halten. Andererseits lassen sie sich durch Wahlstrategien von Parteien bzw. politischen Gruppierungen sowie geschickte Einwirkungen der Medien in bestimmten Konstellationen erheblich beeinflussen. Die US-Wahlen 2016 und 2020 haben dies sehr deutlich gezeigt. Trump veranlasste die Oberschicht der USA dazu, im Gegenzug zu massiven Steuersenkungen für die Reichen seine Angriffe auf die Demokratie zu akzeptieren. Und umgekehrt brachte er die Arbeiterklasse dazu, im Gegenzug zu ihrer Wahrnehmung und Anerkennung ihrer Identität die zusätzliche ökonomische Bereicherung der Oberschicht und die weitere Zerstörung der Umwelt mitzutragen. Und indem sich die liberale Linke sehr stark auf ihre Identität konzentrierte, überließ sie die Arbeiterklasse den Rechten.
95. *Vertrauen* ist für das Funktionieren von Demokratien von kaum zu überschätzender Bedeutung. Dies schließt das Vertrauen in Fakten (Hannah Arendt: „Tatsachen-Wahrheiten“) und wissenschaftliche Erkenntnisse sowie Vertrauen in die Gerechtigkeit und Zuverlässigkeit demokratischer Institutionen ein. Aber Vertrauen muss immer auch in der emotionalen Tiefenstruktur der verschiedenen Bevölkerungsschichten verankert sein, wie es die amerikanische Soziologin Hochschild aufgezeigt hat.¹⁴⁶ Das heißt, dass unterprivilegierte Bevölkerungskreise das Gefühl haben müssen, dass sie wertgeschätzt werden, dass ihnen eine wichtige Rolle in der Gesellschaft zugesprochen wird, und dass sie mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement wichtige Beiträge für das Gemeinwesen leisten (siehe These 2). Das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie und ihre Institutionen ist in den USA bereits vor Trumps Regierungszeit erheblich beschädigt worden; es ging zwischen 1988 und 2015 laut Umfragen von 73 % auf 19 % zurück. Während seiner Präsidentschaft hat der Vertrauensverlust zugenommen. Dazu beigetragen haben dürften seine unzähligen öffentlichen Lügen während seiner Amtszeit. Hinzu kamen wie selten in der amerikanischen Geschichte ständig verbreitete Fake News zahlreicher weiterer republikanischer Politiker in sozialen Medien und TV-Programmen. Die Stabilität einer Demokratie hängt ganz entscheidend davon ab, dass die in einer Wahl unterlegenen Politiker bzw. Parteien, wenn die Wahl ordnungsgemäß verlaufen war, das Wahlergebnis bedingungslos anerkennen und den Staffeln ohne zu zögern an die Sieger weitergeben. Es handelt sich um *die* entscheidende Spielregel einer Demokratie. Parlamentariern und mehr noch führenden Politikern wie

¹⁴⁶ Hochschild 2017; Martin Wolf in Financial Times 20.01.2021, S. 17



Präsident, Vizepräsident sowie den Fraktionsführern in beiden Kongresskammern und Vorsitzenden der unterlegenen Partei kommt dabei eine herausragende Rolle zu. Die Bevölkerung schaut nach einer Wahl auf deren Verhalten; ihre Statements beeinflussen die breite Meinung in entscheidender Weise. Zum Kern der Wahlstrategie Trumps und seines engeren Teams gehörte es aber, diese Spielregel nicht nur vollständig zu missachten, sondern sie beseitigen zu wollen und bereits im Vorhinein im Hinblick auf eine mögliche verlorene Wahl die Erzählung aufzubauen, dass eine derartige Niederlage nur auf Wahlfälschung und Wahlbetrug zurückgeführt werden könne. Die entscheidenden republikanischen Politiker haben sich vollständig auf diese Strategie eingelassen, ein in der amerikanischen Geschichte, aber auch für westliche Demokratien wohl einmaliger Vorgang. Steht bei einer Präsidentenwahl in den USA eine Wahlmännerstimmen-Mehrheit aus den Bundesstaaten fest, so treten üblicherweise beide Kammern des Kongresses, des höchsten Organs der amerikanischen Demokratie, zusammen, und erkennen in einem formalen und zeremoniellen Akt den neuen Präsidenten an. Auch in diesem Punkt verhielt sich die Republikanische Partei beispiellos. Aus ihren Reihen waren 147 Abgeordnete des Repräsentantenhauses und 8 Mitglieder des Senats nicht bereit, diese Besiegelung der Präsidentenwahl mit zu vollziehen; vielmehr stützten sie durch ihr Verhalten die Wahlfälschungslüge. Insgesamt kann das Verhalten der Republikanischen Partei, einschließlich fast aller ihrer Spitzenpolitiker, als versuchter Staatsstreich bezeichnet werden.¹⁴⁷ Und so kam es, dass im Februar 2021, je nach Befragung, zwischen 68 % und 83 % der Anhänger der Republikaner der Meinung waren, Trump sei die Präsidentschaft gestohlen worden. Man sieht hieran auch die große Wirksamkeit von Propaganda und ihrer Verbreitungsfähigkeit über die modernen Medien sowie die Bereitschaft der Menschen, sich auf einen faktenwidrige, aber gruppenkonforme Interpretation der Wirklichkeit zu verständigen. Wenn derart viele Menschen kein Vertrauen in die Rechtmäßigkeit von Wahlen mehr haben, ist eine Demokratie auf dem Wege hin zur Selbsterstörung. Was die Vorgänge um die amerikanische Wahl 2020 noch um ein weiteres demokratiezerstörend prägte, war die Bereitschaft Trumps, sich der Unterstützung rechtsradikaler Milizen zu versichern und diese zu hofieren, sowie offenbar auch mit dem Gedanken zu spielen, das Militär zur Durchsetzung seiner Wahl einzusetzen.¹⁴⁸ Vertrauen in und Zufriedenheit mit der Demokratie stehen in einem sehr engen Verhältnis. Die Universität Cambridge (Großbritannien) stellte in 2020 fest, dass in entwickelten Ländern die Zufriedenheit mit der Demokratie in einer langen Entwicklung immer weiter gesunken war. In 2020 war sie in den USA auf dem historisch niedrigsten Niveau in den jährlich durchgeführten Untersuchungen angelangt.¹⁴⁹

96. Ein *repräsentatives Wahlsystem* funktioniert nicht an sich und es ist nicht von sich aus stabil. Wenn es funktioniert und stabil ist, handelt es sich sowohl um ein Ergebnis „guter“ Erziehung und Selbstreflexionsfähigkeit der Gesellschaftsmitglieder als auch um ein Geschenk in einer begrenzten historischen Phase, das man sich mühsam selbst erarbeitet hat. Zu seinem Funktionieren muss das System breit akzeptierte Spielregeln enthalten, die von den Gesellschaftsmitgliedern und den Repräsentanten im politischen System aufgrund ihrer Tugenden und ihrer inneren Überzeugungen eingehalten werden. Die Tugenden, wie Ehrlichkeit, Achtung der Anderen und Verzicht auf Gewalt gegenüber diesen, also auch persönliche Zurücknahme, Kompromissbereitschaft und Einsichtsfähigkeit, sind unter anderem Ergebnis der zuvor erfolgten Erziehungsprozesse in der Gesellschaft. Die Tugenden wirken in den Menschen nicht in einer vergleichbaren Weise wie Gene, die Verhalten langfristig mit einer recht hohen Stabilität beeinflussen können. Sie sind praktisch nur eine

¹⁴⁷ Martin Wolf in Financial Times 20.01.2021, S. 17

¹⁴⁸ Lepore 2019; The Economist 103.03.2021, S. 8; Martin Wolf in Financial Times 20.01.2021, S. 17

¹⁴⁹ Cambridge 2020



historische Momentaufnahme und können in anderen geschichtlichen Phasen und Umständen sehr anders aussehen. In der Republikanischen Partei findet seit Jahrzehnten ein Selbsterziehungsprozess der Parteikader und ein Umerziehungsprozess der Parteibasis statt, die in eine andere Richtung wirken als die Werte, die für die Erziehung der Gesellschaftsmitglieder in der Phase zuvor galten. Es ist nun erlaubt, statt „Tatsachen-Wahrheiten“ eine selbstkonstruierte Realität zur Ausgangsbasis des Handelns zu machen. Die Anderen, die diese Realität nicht sehen, verkörpern, auch religiös gedeutet, das Böse, das Feindliche, das es zurückzudrängen, zu bekämpfen gilt. Man selbst nimmt quasi eine Rolle von Gesandten Gottes ein, die eine Mission durchzusetzen haben. Und bei der Erfüllung dieser Aufgabe stellen die alten Tugenden Hemmnisse dar, die es zu beseitigen gilt. Es ist nun legitim, gegen diese zu verstoßen bzw. sie aufzugeben. Bei den Aktiven und Anhängern der Republikanischen Partei der USA führt es kaum noch zu innerlichen Zerreißproben, wenn trotz entgegenstehender Fakten ein Wahlbetrug behauptet wird, wenn getäuscht wird, wenn Kompromissbereitschaft abgelehnt wird, wenn jeder Trick in der Handhabung und Gestaltung demokratischer Institutionen zur eigenen Machtausweitung genutzt wird, wenn Gewalt gegen die andere Gruppe legitimiert wird. Auf Seiten der Linksliberalen bzw. der Aktivisten und Anhänger der Demokratischen Partei sind die Erziehungs- und Umerziehungsprozesse ganz anders verlaufen: Zu wichtigen Werten gehören Anerkennung des (meritokratischen) Leistungsgedankens und Ausübung eigener Überlegenheit, Achtung von Minderheiten und „korrektes“ Verhalten ihnen gegenüber, scharfe Ablehnung von Vertretern, die diese Positionen nicht akzeptieren, sowie Anerkennung von „Tatsachen-Wahrheiten“. Das Potenzial der Demokratiezerstörung und die Gefahren für die Gesellschaft sind bei den politisch Rechten der USA ungleich größer als bei den politisch Linksliberalen. Die Ergebnisse von Erziehungsprozessen können zwar nach einer bestimmten Zeit wieder zerfallen, wenn sie nicht gestützt werden, aber zumindest für eine bestimmte Zeit werden sie das Verhalten prägen. Dies lässt nichts Gutes für die weitere gesellschaftliche und politische Entwicklung in den USA erahnen.

97. Die US-Wahl zeigt (wie auch das Beispiel Großbritannien), dass ein *Mehrheits-Wahlsystem* unter heutigen und zukünftigen gesellschaftlichen Bedingungen mit extremen Nachteilen verbunden ist und deswegen auch nicht mehr aufrechterhalten sollte. Es führt de facto zu einem Zwei-Parteien-System, welches die bei einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft herausbildenden sehr unterschiedlichen Interessen, Meinungen und Positionen nicht mehr angemessen aufgreifen und berücksichtigen kann.¹⁵⁰ Meist entstehen dabei eine eher linke und eine eher rechte Partei, die wenn sie an der Regierung sind, jeweils den Hang haben, die Interessen des anderen Lagers soweit wie möglich nicht zum Zuge kommen zu lassen. Und es besteht immer die Gefahr, dass sich die beiden Parteien in ihren Positionen „einbunkern“. Tendenziell wird so eine gesellschaftliche Spaltung eher befördert als gebremst. Das Prinzip „The winner takes it all“ führt zum kompletten Wegfall der Wünsche, Bedürfnisse und Forderungen des unterlegenen Teils der Wähler. Und es verhindert weitgehend die Herausbildung neuer Parteien, die bisher nicht berücksichtigte, aber wichtige Wählerbedürfnisse aufnehmen und ins System neu einbringen könnten. Resultierend daraus kommt es bei den Vernachlässigten tendenziell eher als bei einem Proportional-Wahlsystem zu Enttäuschung, Desillusionierung, Gefühl der Zwecklosigkeit und letztlich zu großer Wahlmüdigkeit und Wahllenthaltung, und in besonderen Situationen zu Wut, Feindschaft und aufständischer Bereitschaft gegenüber dem demokratischen System, wenn es zerstörerischen Gruppen gelingt, diese Emotionen zu instrumentalisieren. Die Demokratie und ihre Institutionen waren in den letzten 70 Jahren vielleicht noch nie so gefährdet

¹⁵⁰ Auf der anderen Seite kann auch ein schlecht konstruiertes Verhältniswahl-System zu großen politischen Instabilitäten führen, wie die Weimarer Republik oder das heutige italienische System zeigen



wie in der nun eröffneten Phase ihrer Geschichte. Darauf deuten Verhaltensweisen führender Politiker hin, die sich nicht mehr auf demokratische Spielregeln einlassen und diese sogar zu zerstören trachten, wie die Weigerung des republikanischen Parteien-Establishments in den USA, die Wahlergebnisse von 2020 anzuerkennen. Außerdem entstehen starke gesellschaftliche Gruppen und Organisationen, deren Ziele die Zerstörung der Demokratie ist. In den USA sowie einer Reihe anderer westlicher Länder sind die Gesellschaften instabil geworden.¹⁵¹

98. Abgesehen von der Ära des New Deal unter Präsident Roosevelt und von der Phase zwischen den 1950er und 1970er Jahren verfolgt Präsident *Biden* eine wesentlich stärkere *Umverteilungspolitik* als vorherige Präsidenten der Demokratischen Partei; beispielsweise spielte dieses Ziel für Bill Clinton in den 1990er Jahren kaum eine Rolle. Nach dem stark umverteilenden Corona-Hilfsprogramm (siehe These 30) stehen auf der weiteren Agenda Bidens: Erhöhung des Mindestlohns von 7,25 Dollar auf 15 Dollar (in diesem Punkt will Biden sich allerdings nicht verkämpfen, da selbst einige demokratischen Senatoren gegen eine derartige Erhöhung sind); Erhöhung des Arbeitslosengeldes; Erweiterung des Zugangs zur staatlichen Krankenversicherung; kostenlose, breite Kinderbetreuung; Verbesserung des Bildungssystems und kostenlose Zugänge zu diesem. Ob Biden Erfolg haben wird hängt stark davon ab, ob er viele Arbeitsplätze schaffen kann. Diese müssen nun in geplanten neuen Wirtschaftszweigen entstehen, da die alten Industrien endgültig verloren sind. Das braucht aber Zeit, die Biden kaum hat. Biden kämpft bei der Umsetzung seiner Projekte nicht nur gegen Republikaner und Skeptiker in den eigenen Reihen, sondern gegen tief gesellschaftlich verankerte Grundüberzeugungen, wie Skepsis gegenüber dem Staat, und insbesondere gegenüber einem Sozialstaat. Aber die meritokratische Gesellschaftsorientierung in den Reihen der Demokraten (siehe These 17) ist ebenfalls ein großes Hindernis, was Biden vermutlich nicht so sieht. In einer Reihe westlicher Medien wird die Agenda Bidens in der gleichen Liga angesiedelt wie das New Deal-Programm von Franklin D. Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise 1929-33. Dies ist jedoch eine sehr optimistische Einschätzung. Bereits die Zwischenwahlen von 2022 könnten die Ambitionen und Projekte Bidens jäh stoppen. Die vier wichtigsten Schlüssel für Biden dürften bei den Zwischenwahlen und bei den Präsidentschaftswahlen 2024 sein: (1) Eine sehr erfolgreiche Beendigung der Corona-Pandemie; (2) ein breiter wirtschaftlicher Aufschwung, der auch die unteren Bevölkerungsschichten voll erfasst und ein gutes Stück der wirtschaftlichen Ungleichheit abbaut; (3) angesichts eines rapiden Anstiegs der Flüchtlinge eine sehr gute Bewältigung der Migrationsfrage, sodass die Republikaner hier keinen Hebel ansetzen können; (4) das Schaffen einer neuen Vertrauensbasis gegenüber den Globalisierungsverlierern der USA, denen Biden glaubhaft Anerkennung, Achtung, Wertschätzung und Aufwertung zollen muss. Und verfahrenstechnisch müssten die Demokraten *das* entscheidende Blockadeinstrument in der amerikanischen Gesetzgebung, die Filibuster-Regel im Senat, beseitigen. Hiervon müssten mindestens die beiden demokratischen Senatoren, die bisher dagegen sind (Manchin und Sinema), überzeugt werden. Und ebenso gilt es, eine breite Bevölkerungsmehrheit und eine Unterstützung der Medien dafür zu gewinnen.
99. Ein Abbau der gesellschaftlichen Spaltung könnten aus folgenden Säulen bestehen:
- *Verringerung der ökonomischen Ungleichheit.* Hierzu gehört eine umverteilende Steuerpolitik, die die unteren Schichten geringer, und die oberen wesentlich höher belastet. Diese Steuerpolitik muss an mehreren Punkten ansetzen: Einkommensteuer, Körperschaft-/Unternehmensteuer, Kapitalertragsteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Verbrauchsteuer. Aber selbst wenn bestimmte *Steuererhöhungen* offensiv darauf

¹⁵¹ Der Spiegel 09.01.2021, S. 6



gerichtet sind, Ungleichheit zu verringern und das auch so kommuniziert wird, lassen sich Bevölkerungen in kapitalistischen Ländern für diese nur schwer gewinnen, und nochmals schwerer in den USA. Und umgekehrt konnten in den USA drastische Steuerensenkungen wie unter Präsident Reagan in den 1980er Jahren (Senkung der Einkommensteuer-Spitzensätze von 70 % auf 28 %) oder unter Präsident Trump ab 2017 (z.B. Senkung der Unternehmensteuern von 35 % auf 21 %) ohne größere Probleme realisiert werden. Die Begründungen dazu – z.B. „Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze“ – werden vielfach geglaubt.¹⁵²

- *Kulturelle Aufwertung der Arbeiterklasse.* Mit Arbeiterklasse sind hier Personen gemeint, die meist zu den bisherigen unteren Gruppen von Einkommensbeziehern zählen. In der Gesellschaft muss die vorherrschende meritokratische Orientierung (siehe These 17) aufgegeben werden: Beseitigung von Geringschätzungen gegenüber Arbeiter- und „einfachen“ Dienstleistungsberufen; Erhöhen ihrer Einkommen (hierzu sind gesetzlich gestärkte Gewerkschaften erforderlich) und ein deutlich angehobener Mindestlohn; keine übermäßigen Gehälter für akademische Berufe; offensives Einbeziehen der bisherigen Arbeiterklasse in zivilgesellschaftliche und demokratische Zusammenhänge und Institutionen.
- Eine Vorbedingung für die Realisierung des zuvor genannten Punktes ist das Verstehen der verschiedenen *emotionalen Tiefenstrukturen* der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (siehe These 2) und eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber. Hierzu gehört auch das Wiedereinführen moralischer Diskussionen und Bewertungen und das Zulassen von Emotionen in der politischen Auseinandersetzung und Gestaltung. Eine vorrangig am Leistungsgedanken und an technokratischen Konzepten orientierte Demokratie, wie dies seitens der Demokratischen Partei stattfindet, vertieft gesellschaftliche Spaltungen, verschleiert Gemeinwohl-Interessen und verhindert letztendlich Solidarität und Gemeinschaftsempfinden und -handeln.¹⁵³

100. Bei Versagen oder Gefährdung demokratischer Institutionen ist die bürgerliche Öffentlichkeit oft geneigt, *Schuld und Verantwortung* möglichst „ausgewogen“ sowohl der politischen *Rechten* als auch der politischen *Linken* zuzuteilen. Angesichts der jüngsten Zerstörungsversuche gegenüber der amerikanischen Demokratie wäre eine derartige Gleichzuschreibung jedoch absurd. Aufseiten der Demokraten bzw. der Liberalen **Fehler! Textmarke nicht definiert.** lässt sich nichts Vergleichbares von dem finden, was sich im politischen Feld der Republikanischen Partei ereignet hat und weiter ereignet. Die US-Heimatschutzbehörde Department of Homeland Security (DHS) stellte fest, dass rechtsradikale Gruppen in 2019 für zwei Drittel, und von Januar bis Mai 2020 für 90 % aller Anschläge verantwortlich waren.¹⁵⁴ Die Republikaner haben mit ihren Strategien den Geist rechter Systemumstürzler aus der Flasche gelassen und entfesselt.¹⁵⁵ Einige amerikanische Historiker sehen die Demokratie in ihrem Lande an den Rand eines möglicherweise aufziehenden Faschismus geraten (siehe nächste These). Angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Lage in den USA sowie der kommenden Probleme (z.B. in der Migrationsfrage) kann sich die amerikanische Rechte Hoffnung machen, dass sie die nächsten Wahlen gewinnen wird. Auf längere Sicht hat sie für sich eine festgefügte Legende von der gestohlenen, illegitimen Wahl aufgebaut, die zu Widerstand, Aufstand und Rache

¹⁵² Siehe hierzu unser Papier „Ein neues Steuersystem“ auf unserer Webseite: www.radsozdem.de/konzepte/; siehe auch Piketty 2014, Piketty 2020, Saez/Zucman 2020, Milanovic 2020 und Lepore 2019, die jeweils sehr wertvolle Aspekte zu diesem Problempunkt beitragen

¹⁵³ Sandel 2020

¹⁵⁴ Financial Times 20.01.2021, S. 3

¹⁵⁵ Financial Times 20.01.2021, S. 3



ermächtigt. Trump war die Realisierungsfigur einer Demokratie-zerstörenden Kraft gewesen und ist nun Vorbildfunktion für einen nächsten rechtspopulistischen oder rechtsradikalen Präsidenten, der möglicherweise mit intelligenteren, effizienteren und brutaleren Strategien und Methoden vorgeht. Aspiranten auf diese Fortsetzungsgeschichte könnten die Senatoren Ted Cruz und Josh Hawley sein. In entsprechenden Kommentaren und Analysen wird vom Weiterbestehen des Trumpismus in den Reihen der Republikaner geredet. Dieser Begriff ist jedoch nicht glücklich gewählt; er assoziiert eine vorhandene antidemokratische Bewegung immer noch zu sehr mit einer konkreten Person. Besser wäre es vielleicht, von einem religiös inspirierten autokratischen Rechtspopulismus mit demokratiezerstörender Zielsetzung zu sprechen. Es gibt in der Republikanischen Partei keine selbstkritische Reflexion und auch keine Mehrheitsposition zum Einhalten der wichtigsten Demokratie-Elemente. Der amerikanische Verfassungsrechtler Edward Foley fasste das Gefahrenmoment für die Demokratie in einem Satz zusammen: „Wir sollten uns Sorgen darüber machen, wie der 6. Januar 2025 aussehen könnte.“¹⁵⁶

101. Die *Verbindung von konservativen mit rechtsradikalen, gewaltbereiten Gruppen* war im 20. Jahrhundert verbreitet und hat den Faschismus ermöglicht. Aber mit dem Ende der Weltkriege hat sich dieses Problem historisch offenbar nicht erledigt, wie jüngere Entwicklungen zeigen. Vielmehr tritt es in einem neuen, moderneren, Gewand wieder auf. In den USA haben Politiker wie Donald Trump, aber auch die Senatoren Mitch McConnell, Josh Hawley und Ted Cruz, rechten reaktionären Gruppen (wie Alt-Right), rechtsradikalen Milizen und rechten TV- und sozialen Medien (wie Fox News, Breitbart News Network, Parler) zum Auftrieb verholfen, offenbar wieder einmal in dem irrtümlichen Glauben, dass diese Kräfte ihnen zusätzlichen Machtgewinn ermöglichen, sie diese aber gleichzeitig immer im Griff behalten werden. Amerikanische Historiker, weniger vorbelastet als deutsche, ziehen Vergleiche zur Weimarer Republik in Deutschland, in der konservative Parteien meinten, sich die aufstrebenden Nationalsozialisten instrumentell zunutze machen zu können und rechtsradikale Milizen duldeten oder gar förderten, bis die Nationalsozialisten die Konservativen selbst zur Seite schoben.¹⁵⁷ Der amerikanische Historiker Timothy Snyder resümiert im Angesicht der von den Republikanern im Wahlkampf 2020 verbreiteten Lügen: „Nach der Wahrheit ist vor dem Faschismus.“¹⁵⁸ Politisch wird der in der Trumpschen Regierungszeit gestärkte und legitimierte *Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus* in der nächsten Zeit eine Rolle spielen. Der ehemalige FBI-Chef James Comey sagte in einem Interview im Januar 2021, dass der Staat durchaus in der Lage sei, mit den Rechtsradikalen und den Verschwörungserzählern fertig zu werden. Aber: „Das viel größere Problem sind Millionen und Abermillionen von Amerikanerinnen und Amerikanern, die all die Lügen glauben. [...Eine Lösung des Problems] wird nicht gelingen, indem wir sie anschreien. Auch Fakten werden nur bedingt helfen, diesen Menschen geht es um ihre emotionale Identität. Wichtig ist für sie, dass sie einen Weg aus dem Gestrüpp herausfinden können, ohne öffentlich zugeben zu müssen, wie falsch sie lagen. Joe Biden ist genau der Richtige für diesen Augenblick der amerikanischen Geschichte. Er repräsentiert die Mitte unseres Landes.“¹⁵⁹ Hoffentlich trifft die optimistische Sicht Comeys zu.

102. Trump als *autoritärer Vertreter eines rechten Nationalismus* ist unter Staatsführern heutzutage kein Einzelfall. In einer Welt vielfacher Umbrüche – die neben Chancen auch Schäden der Globalisierung bereithalten wie Klimawandel und Umweltzerstörung, wachsende wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheit, Verlust eigener Identitäten, die räuberische

¹⁵⁶ Süddeutsche Zeitung 12.05.2021, S. 7

¹⁵⁷ Süddeutsche Zeitung 29.01.2021, S. 5

¹⁵⁸ Snyder 2017

¹⁵⁹ Die Zeit 14.01.2021, S. 4



Gier von Eliten sowie arbeitsplatzumwälzende oder -zerstörende Technologiewellen – führen globale Unsicherheit und Verunsicherung, Bedrohtsein-Gefühle und Ängste offenbar zu archaischen Reaktionsmustern und Verhaltensweisen: Hinwendung zu autoritären Führern und zu autokratischen Strukturen und Lösungen; Ablehnung von Wissenschaft als Orientierungsgrundlage; populistisch verzerrte Entscheidungen; Freund-Feind-Denken, bis hin zu Hass und Vernichtungsphantasien. So wie die Bedrohungen globaler Natur sind, so offenbar auch diese neuen Einstellungs- und Verhaltensmuster.

103. Der Aufstand vom 06.01.2021, die Erfolge in der Bekämpfung der Corona-Pandemie und der beginnende wirtschaftliche Aufschwung haben die *Republikanische Partei* ein Stück weit in die *Defensive* gebracht, während sie *Biden* in kurzfristiger Perspektive zugutekommen. Jedoch ist die zerstörerische Strategie der Republikaner unbeeindruckt davon darauf ausgerichtet, die zentralen Projekte der Biden-Regierung zu blockieren und sie damit zu demontieren. Dazu werden die Republikaner alle Verfahrenstricks des fehlerhaften demokratischen Institutionengebäudes der USA nutzen. Für sehr große, ausgabenintensive Projekte benötigt die Biden-Regierung Mehrheiten im Senat, und im Zweifelsfall auch Senatorenstimmen aus der Republikanischen Partei. Für Biden kommt die Schwierigkeit hinzu, dass einzelne Senatoren der Demokraten, wie Joe Manchin (West Virginia) und Kirsten Sinema (Arizona), konservative Positionen, beispielsweise in Umwelt-/Energie- und Haushaltsfragen (Begrenzung von Schulden) sowie zu einem möglichen Sozialstaat einnehmen. Die Republikaner könnten entscheidend eine sich zuspitzende Migrationsfrage für sich nutzen. Welche Partei sich letztendlich durchsetzt, ist in den USA auch eine Geldfrage. Dass die Wirtschaft das große Geld von den Republikanern abziehen wird, wenn die Partei ihren rechtspopulistischen Kurs weiter vorantreibt, wie dies die Philosophin Martha Nussbaum glaubt, ist wiederum eine sehr optimistische Einschätzung. Biden muss zudem den Zusammenhalt der verschiedenen Flügel der Demokratischen Partei, der angesichts der Trumpschen Bedrohung erreicht werden konnte, aufrechterhalten. In sozialen, ökonomischen und migrationspolitischen Fragen gibt es unterschwellig Spannungen zwischen dem Parteizentrum und dem linken Parteiflügel. Soziale Medien haben die Polarisierungen von Gesellschaften und politischen Auseinandersetzungen verschärft. Mit ihrer Hilfe lassen sich einmal erreichte politische Mehrheiten rasch wieder zersetzen. Sie tragen, jedenfalls in ihrem jetzigen Zustand, erheblich zum Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und Wissenschaft bei, indem sie flächendeckend Falschbehauptungen und Verschwörungstheorien verbreiten und Hass und Aggression in Auseinandersetzungen oder Einstellungen erheblich verstärken. Für Biden wird es entscheidend sein, ob er diese Medien ein Stück weit in den Griff bekommt.

104. Eine viel radikalere Einschätzung als Comey, was die *notwendige Wandlung der USA* anbelangt, präsentiert die deutsche Historikerin Hedwig Richter. Sie sieht einen zentralen Grund für die katastrophale politische Entwicklung der USA in einer großen „Hybris“, einer „nationalen Selbstvergötterung“. [...Die] unbändige Selbstbegeisterungsfähigkeit [...] ist antibürgerlich und unaufgeklärt, eine Infantilisierung politischen Denkens und Handelns.“ Dass in den USA die halbe Bevölkerung an ein groteskes Lügengebäude glaubt, so Richter, „lässt sich nicht vom amerikanischen Exzeptionalismus trennen, nicht von der Reflexaversion und nicht von dem Unvermögen zur Selbstrelativierung. Es ist diese Geisteshaltung, in der der Glaube wuchert, der Mann mit den pompösesten Versprechungen von nationaler Großartigkeit müsse der rechtmäßige Führer sein. Alles unter *greatness* ist Verrat, ein heimtückischer Stoß in den Rücken.“ Aus der nationalen Hybris erwachse dann eine Unfähigkeit zu Reformen. In den USA sind höchste Lobpreisungen auf die eigene Verfassung gang und gäbe. „Doch die Verfassung ist ein Relikt aus der Sklavenhaltergesellschaft.“ Sie habe bereits im Falle des amerikanischen Bürgerkrieges versagt, konkret:



bei der Sicherung des inneren Friedens. Und heute sei sie „in einem Ausmaß dysfunktional, das für Verfassungen moderner Demokratien tatsächlich einmalig sein dürfte.“ Richter zählt auf: Die Schwachen wurden vollständig im Stich gelassen; Gewalt hat sehr oft über das Recht dominiert, wie man an Sklavenhaltung und an der Fortdauer der Lynchjustiz bis nach dem 2. Weltkrieg sieht; Dominanz von Oligarchen; struktureller Rassismus; Wiedereinführung der Folter unter den letzten Präsidentschaften. „Wohl in keiner anderen liberalen Demokratie wird der Grundsatz *one person, one vote* [...] so mit Füßen getreten wie in den USA.“ Die Stimmen bei der Senatswahl haben unterschiedliches Gewicht; die Wahlkreiserteilung ist betrügerisch; in Regionen mit hohen schwarzen Bevölkerungsanteilen werden Registratur- und Wahlbüros geschlossen; trotz deutlicher Stimmenminderheit gegenüber seinem/seiner Gegenkandidaten/-in kann jemand Präsident werden. Der Grundsatz „*one person, one vote* ist keine Kleinigkeit. Er steht für die Überzeugung, dass Menschen gleich sind, für das Bekenntnis zu Fairness und dazu, dass es in der Politik keine Wahrheit, sondern nur die Suche nach ihr gibt; er steht für den Glauben an rationale Verfahren. Das Misstrauen gegenüber den Wahlergebnissen ist keine Trumpsche Teufelei, sondern ein Effekt amerikanischer Herrschaftstraditionen.“¹⁶⁰

105. Für deutsche Parteien und Regierungen ist die Ausgestaltung der außen- und handelspolitischen Kooperation mit der neuen Biden-Regierung kompliziert. Bidens Fortsetzung der Politik von „America first“, jüngst zu sehen am Ausfuhrverbot für Corona-Impfstoffe, am Beibehalt von Zöllen gegen Europa, am Ausschluss europäischer Wettbewerber bei öffentlichen Ausschreibungen und am Beharren auf einen Rückzug Europas vom Gas-Pipeline-Projekt Nordstream 2 mit Russland, zeigen die Erschwernisse auf. Die US-Außenpolitik möchte Europa auf einen strikten Kurs gegen China, aber auch gegen Russland, einschwören. Dies fällt Europa schwer, da China für die EU ein fast gleich wichtiger *Handels*partner wie die USA ist. Und für die geopolitische Ausgestaltung Europas ist eine enge europäische Kooperation mit Russland unverzichtbar. Die Außenpolitik der EU, und die Deutschlands nochmals stärker, ist sehr stark auf ökonomische Vorteile fokussiert, und weniger auf das Einhalten „westlicher Werte“. Anders als die USA ist Europas Außenpolitik nicht missionarisch ausgerichtet. Europa, und wiederum Deutschland noch stärker, bemüht sich, „gute Beziehungen“ sowohl zu den USA, als auch zu China und Russland zu unterhalten. Auf der anderen Seite kann das sehr positive Verhältnis der Biden-Regierung zur EU als historischer Ausreißer der US-Politik betrachtet werden, weil es eine persönliche Komponente hat; sowohl Biden als auch sein Außenminister Antony Blinken sind sehr europafreundlich eingestellt. In Deutschland versuchen CDU und SPD eine Äquidistanz zu China und den USA zu halten, was für die Kooperation mit den USA einen deutlichen Dissonanzpunkt darstellt. Am wenigsten haben offenbar die deutschen Grünen mit den Positionen der amerikanischen Regierung Probleme, und in etwas geringerem Maße vielleicht auch die FDP. Erschwerend für die Beziehungen kommt die amerikanische Pendelpolitik hinzu, die mit der Biden-Regierung wohl kaum beendet sein dürfte. Europa und speziell Deutschland müssen in ihrem Verhältnis zu den USA immer auch bedenken, dass die Biden-Regierung mit ihrer speziellen Außenpolitik eine sehr kurzfristige Episode sein könnte und man deswegen die eigene Außenpolitik nicht vollständig an die Vorstellungen der *gegenwärtigen* US-Regierung binden sollte. Die USA sind kein „verlässlicher Partner“ mehr. Das zwingt Europa eigentlich zu einer eigenständigeren, klareren und sehr langfristigen Linie gegenüber den USA; diese ist aber bisher nicht zu erkennen. Andererseits bietet die neue Lage aber auch die Chance und die Notwendigkeit, dass Europa und mehr noch Deutschland kritisch das bisherige „Klumpenrisiko“ ihrer großen ökonomischen

¹⁶⁰ Süddeutsche Zeitung 15.01.2021, S. 5



Abhängigkeit gegenüber China überdenken. Bisher sind Europa und noch stärker Deutschland in Bezug das Verhältnis zu den USA und zu China weitgehend ohne klare Zielvorstellungen.

106. Es ist in den Medien häufig resümiert worden, dass der von Trump angekündigte vollständige Umbruch in den USA tatsächlich nicht stattgefunden habe. So seien die USA nicht aus der Nato ausgetreten, die Krankenversicherung Obamacare wurde nicht abgeschafft, die Globalisierung nicht vollständig wieder abgewickelt, ein Zaun an der Grenze zu Mexiko kam nicht wirklich zustande. Derartige Einschätzungen verkennen jedoch, dass all diese Pläne Trumps und viele andere nur *sehr knapp nicht eingetreten* sind. Trump als Person und die Republikanische Partei haben die USA in den letzten Jahren kulturell bereits entscheidend verändert: Auffassungen von Wahrheit, Verhaltensweisen im politischen System, Verwendungen von Sprache und Gestalt der Öffentlichkeit sind nun ganz anders geprägt als in der Prä-Trump-Zeit. Das Zerstörungsprogramm des „Republikanischen Kampfverbandes“ schwebt weiter in der Luft und kann bei geänderten Mehrheiten in den USA jederzeit wieder aufgegriffen und fortgesetzt werden – und dann vielleicht mit wesentlich größerer „Intelligenz“, Konsequenz und Brutalität. Experten rechnen damit, dass die Republikaner bei den Zwischenwahlen im November 2022, gegebenenfalls noch unterstützt durch Gerrymandering-Gewinne (siehe Anlage 2) das Repräsentantenhaus gewinnen werden. Für den Senat besteht die Möglichkeit, dass dort weitere Trump-Anhänger einziehen. Andererseits besteht für die Demokraten die Chance, den Republikanern einige Senatorensitze abzunehmen. Dies mag dann für die Demokraten im fehlerhaften demokratischen System Blockademöglichkeiten gegenüber Initiativen der Republikaner eröffnen. Aber die Grundgefahren bleiben auch dann bestehen.



Literatur

- Cambridge 2020. Bennett Institute for Public Policy / Centre for the Future of Democracy / University of Cambridge, Global Satisfaction with Democracy 2020. Cambridge 2020.
- Case/Deaton 2015. Anne Case / Angus Deaton, Rising morbidity and mortality in midlife among white non-Hispanic Americans in the 21st century. Princeton University 2015. Veröffentlicht unter <https://www.pnas.org/content/pnas/112/49/15078.full.pdf>, abgerufen 04.05.2021. Vergleiche zur deutschen Situation dazu: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.613172.de/19-7.pdf, abgerufen 05.05.2021.
- Collier 2019. Paul Collier, Sozialer Kapitalismus! – Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft. 3. Auflage. München 2019.
- Downs 1957a. Anthony Downs, An Economic Theory of Democracy. New York 1957.
- Downs 1957b. Anthony Downs, An Economic Theory of Political Action in a Democracy, in: The Journal of Political Economy, Vol. 65, Issue 2 (Apr., 1957), pp. 135-150.
- Hochschild 2017. Arlie Russell Hochschild, Fremd in ihrem Land – Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt 2017.
- Hudson 2016. Michael Hudson, Der Sektor – Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört. Stuttgart 2016.
- Kelton 2020. Stephanie Kelton, The Deficit Myth – Modern Money Theory and how to build a Better Economy. London 2020.
- Krugman 2007. Paul Krugman, The Conscience of a Liberal – Reclaiming America from the Right. London 2007.
- Lee 2018. Bandy X. Lee, Wie gefährlich ist Donald Trump? – 27 Stellungnahmen aus Psychiatrie und Psychologie. Gießen 2018.
- Lepore 2019. Jill Lepore, Diese Wahrheiten – Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. München 2019.
- Milanovic 2016. Branko Milanovic, Die ungleiche Welt – Migration, Das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht. Frankfurt 2016.
- Milanovic 2020. Branko Milanovic, Kapitalismus global – Über die Zukunft des Systems, das die Welt beherrscht. Frankfurt 2020.
- Piketty 2014. Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert. München 2014.
- Piketty 2020. Thomas Piketty, Kapital und Ideologie. München 2020.
- Reckwitz 2017. Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten – Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin 2017. (erhältlich bei der Bundeszentrale für Politische Bildung)
- Saez/Zucman 2020. Emmanuel Saez/Gabriel Zucman, Der Triumph der Ungerechtigkeit – Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert. Berlin 2020.
- Sandel 2020. Michael J. Sandel, Vom Ende des Gemeinwohls – Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt. Frankfurt 2020.
- Snyder 2017. Timothy Snyder, Über Tyrannei – Zwanzig Lektionen für den Widerstand. München 2017.
- Stiglitz 2014. Joseph Stiglitz, Reich und Arm – Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft. München 2015.
- Stiglitz 2015. Joseph Stiglitz, Die innovative Gesellschaft – Wie Fortschritt gelingt und warum grenzenloser Freihandel die Wirtschaft bremst. Berlin 2015.
- Tooze 2018. Adam Tooze, Crashed – Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben. München 2018.



Anhang 1 Filibustern – Verhindern von Mehrheitsentscheidungen¹⁶¹

Filibustern im Parlamentsbetrieb meint eine Strategie, durch (erlaubte) Dauerreden die Beschlussfassung über ein Gesetz möglichst zu verhindern. Im US-Gesetzgebungsprozess hat das Filibuster-Verfahren eine sehr große Bedeutung. Es zählt dort zu den größten Fehlkonstruktionen der amerikanischen Verfassung.

Alle Bundes-Gesetze in den USA müssen Abstimmungsprozesse in beiden Kammern des US-Kongresses, Repräsentantenhaus *und* Senat, durchlaufen. Der Senat ist ein kontinuierliches Organ; er wird *nicht* zum Ende einer Legislaturperiode aufgelöst und in einer nächsten Legislaturperiode völlig neu gebildet. Alle zwei Jahre wird (nur) ein Drittel der Senatsmitglieder neu gewählt; das restliche Zweidrittel bleibt weiter im Amt. Die Geschäftsordnung des Senats besteht wegen seiner Kontinuität ebenfalls auf Dauer.

Die Väter der amerikanischen Verfassung hatten die Institution des Senats (und seine Regeln) geschaffen, um der möglichen „Gewaltherrschaft“ einer Mehrheit ein hinderndes, beruhigendes Element entgegenzusetzen. Die US-Verfassung räumt dem Senat das Recht ein, sich selbst eine Geschäftsordnung zu geben. Die Filibuster-Regel, als weiteres beruhigendes Element, eröffnet die Möglichkeit endloser Debatten; sie war aber nur für den Ausnahmefall und nur für sehr wichtige Angelegenheiten vorgesehen und wurde in der ersten Zeit auch nur in diesem Sinne genutzt. Da sie damals wenig angewandt wurde, sah man bestehende Regeln für das *Beenden* der Debatte als überflüssig an und schaffte sie in 1805 ab. Als endlose Debatten dann doch deutlich zunahm, führte man wieder Beendigungsregeln ein. Das in 1917 eingeführte „Cloture“ sah vor, dass eine Zweidrittel-Mehrheit im Senat (also 67 von 100 Senatoren) die Debatte beenden konnte. In 1975 wurde die nötige Mehrheit auf drei Fünftel (60 Stimmen) gesenkt. 1970 führte man das „Two-Track-System“ ein. Es ermöglichte dem Mehrheitsführer im Senat, mehrere politische Angelegenheiten parallel zu behandeln. Dies verhindert, dass der gesamte Senatsbetrieb durch Filibustern stillgelegt wird, aber lässt weiterhin die Möglichkeit bestehen, dass alle wichtigen Gesetzesvorhaben blockiert werden. Im gleichen Jahr wurde auch die Ausnahmeregel „Reconciliation“ (deutsch: Versöhnung, Schlichtung, Ausgleich) eingeführt. Sie ermöglicht, dass ein Gesetz ohne Filibuster eingeführt werden kann, wenn *im Kern* die Steuer- und Ausgabenpolitik betroffen ist. Insgesamt ist es in den USA parlamentarischer Alltag geworden, dass Gesetze, denen ein Filibustern droht (die also nicht die notwendige Cloture-Zahl von 60 Senatoren erreichen können), meist gar nicht erst eingebracht werden, ein Unding für das Funktionieren einer Demokratie.

Dass in den USA zur Verabschiedung von Gesetzen Über- bzw. Super-Mehrheiten erforderlich sind, ist unter demokratischen parlamentarischen Institutionen in der Welt einmalig. Die verfassungsrechtliche und geschäftsordnungsmäßige Fehlkonstruktion des Filibuster-Verfahrens besteht darin, dass die für parlamentarische Demokratien weltweit übliche Abstimmungsregel einer einfachen Mehrheit in den USA in doppelter Weise nicht zur Geltung kommt: zum einen durch das Filibuster-Verfahren selbst (41 % der Stimmen im Senat reichen zur Blockade aus); zum zweiten dadurch, dass die Proportionalität von gewählten Vertretern im Verhältnis zur Bevölkerung in krasser Weise verletzt wird; so entsenden beispielsweise Wyoming oder Vermont mit einer Bevölkerungszahl von etwa jeweils 600.000 ebenso zwei Senatoren wie Kalifornien mit seinen ca. 40 Millionen Einwohnern. 41 in 2021 potenziell blockadefähige republikanische Senatoren repräsentieren zurzeit nur 23 % der amerikanischen Bevölkerung. Eine Minderheit im doppelten Sinne kann – über den Senat – eine deutliche Mehrheit erpressen.

In jüngster Zeit nahmen die Filibuster-Verfahren massiv zu. Während der Präsidentschaft von George W. Bush setzten es die Demokraten unter ihrem Senats-Mehrheitsführer Reid permanent ein, und umgekehrt die Republikaner unter ihrem Senats-Mehrheitsführer Mitch

¹⁶¹ Bei der Darstellung dieses Verfahrens wird im Wesentlichen auf zwei Quellen zurückgegriffen: The Economist 13.13.2021: „The Filibuster“; <https://de.wikipedia.org/wiki/Filibuster>, abgerufen 22.03.2021



McConnell während der Präsidentschaft Barack Obamas. Betonten früher noch beide Seiten, das Verfahren zwingt zu permanenter Verständigung, zur Kompromissfindung und zum Ausgleich, ist nun klar, dass diese Zeiten vorbei sind. Die republikanischen Senatoren haben sich in einem längeren Prozess sehr weit nach rechts bewegt, und die Senatoren der Demokraten ein Stück weit nach links. Die inzwischen erfolgte allgemeine politische Polarisierung lässt Verständigungen kaum noch zu. Zwischen 1933 und 1979 erleichterte die fast durchgängige Beherrschung der politischen Institutionen durch die Demokraten den politischen Prozess. Seitdem wechseln Mehrheiten ständig, so die Senatsmehrheit seit 2000 alleine fünfmal. Weniger das Repräsentantenhaus, sondern vor allem der Senat, ist nun der Ort des Dissenses und der eigentlichen Entscheidung über Gesetze. Die Anreize zur Verständigung der beiden Seiten sind sehr gering geworden, die Vorteile bei einem Behindern und Blockieren der anderen Seite in der Gesetzgebung sehr groß, da dies verspricht, aufgrund der so erreichten Erfolglosigkeit der anderen Seite in der nächsten Wahl selbst wieder die Mehrheit erreichen zu können. „Deals“ zwischen den beiden Parteien sind immer weniger möglich.

Seitdem sich das Filibuster-Verfahren derart entwickelt hat, wird nun jeweils immer von der Mehrheitsfraktion damit gedroht, dieses insgesamt mit einfacher Mehrheit abzuschaffen („Nuclear Option“). Es gibt unterschiedliche Verfassungsauslegungen, wie diese Abstimmung erreicht werden könnte. Die eine Seite betont, dass hierzu in einem ersten Schritt eine Abstimmung über die Abstimmung mit einer Cloture-Mehrheit erforderlich sei. Die andere Seite schreibt dem/der Vizepräsident*in das Recht zu, im Senat direkt eine einfache Mehrheitsentscheidung herbeiführen zu können („Tie Break“). Eine vollständige Abschaffung des Filibuster-Verfahrens würde dazu führen, dass die Gegenseite ein derartiges Vorgehen in der Öffentlichkeit und in den Medien massiv skandalisiert und ihre Anhänger dagegen mobilisiert. Statt das gesamte Filibuster-Verfahren abzuschaffen, haben Senatsmehrheiten es daher nur für bestimmte Sachverhalte außer Kraft gesetzt, so der demokratische Mehrheitsführer Reid für die Nominierung des Präsidenten. Der republikanische Minderheitsführer McConnell prangerte dies öffentlich als Machtmissbrauch an und bezeichnete es als „einen traurigen Tag in der Geschichte des Senats“. Der gleiche McConnell, inzwischen republikanischer Mehrheitsführer, setzte in 2017 den Filibuster für die Nominierung oberster Richter außer Kraft.

Joe Biden war im Laufe seiner politischen Karriere immer gegen die Beseitigung des Filibuster-Verfahrens. Er schließt dies nun angesichts der Gefahr, seine wesentlichen politischen Projekte nicht durchgesetzt zu bekommen, nicht mehr aus. Allerdings sähe er sich dabei großen Hürden gegenüber: die mobilisierungsfähige Konvention im politischen System der USA; die erste, komplizierte Stufe des Abschaffungsprozesses überwinden zu müssen, damit die Abstimmung mit einfacher Mehrheit überhaupt möglich ist; zurzeit mindestens zwei Senatoren der Demokraten bei einer derartigen Abstimmung gegen sich zu haben: Joe Manchin (West Virginia) und Kirsten Sinema (Arizona). Manchin schaffte es, in einem Bundesstaat mit sehr konservativer Bevölkerungsmehrheit einen Senatorenposten für die Demokraten zu erringen. Würde er „linkere“ Positionen beziehen, fiel das Mandat höchstwahrscheinlich an die Republikaner. Manchin bezieht in wichtigen politischen Feldern konservative Positionen jenseits üblicher demokratischer Programmatik, aber mit einer gewissen Offenheit. So stimmte er im Senat für die Ernennung des konservativen Richters Brett Kavanaugh für den Supreme Court, tritt offensiv für die Kohle- und Ölindustrie ein, behinderte die Umweltgesetzgebung Obamas, wandte sich gegen die Erhöhung des Mindestlohns und eine zu große Anhebung des Arbeitslosengeldes im Corona-Hilfspaket der Demokraten, und ist gegen die Abschaffung des Filibuster-Verfahrens, betont bei letzterem aber, dass er sich dessen Reform vorstellen könne.¹⁶² Von daher läuft es darauf hinaus, dass wie bisher an weiteren Ausnahmeregeln vom Filibuster-Verfahren herumgewerkelt wird, beispielsweise, indem die notwendige Stimmzahl für den Abbruch

¹⁶² The Economist 13.03.2021, S. 37



der Debatte stufenweise immer weiter gesenkt wird, z.B. auf 57, auf 54, und schließlich auf 51. Der Streit mit den Republikanern würde dann trotzdem unvermindert weitergehen. Effektiv wäre aber nur die vollständige Beseitigung des Filibuster-Verfahrens, d.h. die „Nuclear Option“ auf alle Sachgebiete des Senats anzuwenden.

Anhang 2 Gerrymandering – Manipulation von Wahlkreisen¹⁶³

In den USA ist es eine jahrhundertelange Tradition, dass die Grenzziehung bzw. der Zuschnitt von Wahlkreisen manipuliert wird, um einer Partei bei Wahlen über das tatsächlich erzielte Wahlergebnis hinaus mehr Stimmen zu verschaffen. Mit dem veränderten Zuschnitt im Rahmen des Mehrheits-Wahlrechts soll eine Partei dann in einzelnen Wahlkreisen eine vorher nicht zu erlangende absolute Mehrheit erreichen. Im Englischen wird dieses Verfahren als *Gerrymandering* bezeichnet. In den letzten 50 Jahren sind der Republikanischen Partei drei Mal derartige Manipulationen zu ihren Gunsten gelungen; hingegen konnte die Demokratische Partei solche Manipulationen seit 1942 nicht erreichen.

Nach 2010, im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Aufstieg der Tea Party, konnten die Republikaner erhebliche Wahlgewinne verzeichnen. Diese nutzten sie für das Gerrymandering, und konnten so 9 von 13 Parlamentssitzen in North Carolina und 13 von 18 Sitzen in Pennsylvania gewinnen, obwohl die Wählerstimmen in beiden Staaten auf die Parteien fast genau gleich verteilt waren. Insgesamt konnten die Republikaner bei diesen Zwischenwahlen 16 Sitze mehr erreichen, als ihnen rein rechnerisch durch das Stimmenergebnis zugestanden hätten (Texas, Florida, North Carolina, Georgia). In beschränktem Maße versuchten sich auch die Demokraten in diesem Verfahren, und konnten so aber nur einen zusätzlichen Sitz für sich verbuchen (Maryland). Die Demokraten gingen juristisch gegen die Neuordnung in den oben genannten vier Staaten vor. Die befassen Gerichte in Texas, Florida und North Carolina erkannten die von den republikanischen Mehrheiten durchgeführten Neu-Grenzziehungen nicht an und verordneten neue, fairere Wahlkreiseinteilungen.

Grundlage des Gerrymandering ist jedes Mal eine Bevölkerungszählung des Census Bureau, die alle 10 Jahre durchgeführt wird. Zurzeit findet wieder eine Zählung statt, die im September 2021 abgeschlossen sein wird. In diesem Zusammenhang plant die Republikanische Partei in mehreren Bundes-Staaten, in denen sie über eine parlamentarische Mehrheit verfügt, eine erneute Manipulation von Wahlkreisen. Nach Berechnungen von Experten könnten die Republikaner allein in Texas und Florida, den größten „republikanischen“ Bundesstaaten, fünf zusätzliche Sitze im Repräsentantenhaus erreichen. Demgegenüber müssen die Demokraten in den bevölkerungsmäßig schrumpfenden Staaten Kalifornien, New York und Illinois mit dem Verlust von fünf Sitzen rechnen. Bereits diese Veränderungen würden die Mehrheit im Repräsentantenhaus hin zu den Republikanern kippen. Die Republikaner werden wohl auch in den Bundesstaaten South Carolina, Alabama und Mississippi ein Gerrymandering durchführen

¹⁶³ The Economist 13.03.2021, S. 34



Namensverzeichnis

- Bannon, Stephen (Steve) 43, 46, 52
Barrett, Amy Coney 10, 13
Berg, Manfred 55
Biden, Hunter 37, 44
Bierling, Stephan 23
Blinken, Antony 65
Bollyky, Thomas 36
Bork, Robert 24
Bush, George H.W. 3, 10, 12
Bush, George W. 3, 12, 17, 23, 33, 68
Buttigieg, Pete 24
Chauvin, Derek 49
Clinton, Bill 3, 6, 16, 23, 52, 61
Cruz, Ted 46, 52, 54, 56, 58, 63
Cheney, Dick 33
Cheney, Liz 44 f.
Clark, Simon 49 f.
Clinton, Hillary 14, 15, 18, 36, 40, 43, 51 f.
Cohen, Michael 37
Comey, James 63
DeSantis, Ron 56
Dobbs, Lou 61
Dorsey, Jack 53
Downs, Anthony 13, 67
Esper, Mark 45
Fauci, Anthony 52
Floyd, George 49, 52
Garfield, James A. 49
Graham, Lindsey 17, 31, 41, 54
Flynn, Michael 37, 46
Foley, Edward 63
Gingrich, Newt 52
Giuliani, Rudy 37 f.
Hannity, Sean 52
Harris, Kamala 23, 33, 41
Harrison, Jamie 17
Hawley, Josh 46, 54, 56, 58, 63
Hilty, Reto 36
Hochschild, Arlie Russell 5 f., 8 f., 16, 18, 58, 66 f., 76
Johnson, Lyndon B. 10
Kemp, Brian 41
Kennedy, John F. 10, 18, 49
Kennedy, Robert 18, 49
Kim, Walter 10
King, Martin Luther 49
Koch, Charles 51
Krebs, Christopher 46
Krugman, Paul 19, 26
Lepore, Jill 6, 10f., 13, 15-18, 52, 59, 62, 67
Lincoln, Abraham 49
Locke, John 21
Malcom X 49
Manafort, Paul John 36, 46
Manchin, Joe 26 f., 61, 64, 69
McCarthy, John 16
McCarthy, Kevin 44
McConnell, Mitch 45, 48, 54, 58, 63
McKinley, William 49
Mercer, Rebekah 52
Mercer, Robert 52
Milley, Mark A. 48, 50
Mnuchin, Steven 23
Mueller, Robert 36, 46
Mulvaney, Mick 22
Nixon, Richard 10
Noem, Kristi 56
Nussbaum, Martha 56, 64
Obama, Barack 3, 6, 14, 16, 18-20, 23 f., 28, 30 f., 33, 37, 41, 45, 56 f., 69
Ocasio-Cortez, Alexandria 43
Omar, Ilhan 43
Osama bin Laden 23
Ossoff, Jon 41
Papadopoulos, George Demetrios 37, 46
Pence, Michael (Mike) 33, 46 f., 54
Perlstein, Rick 48, 51
Pressley, Ayanna 43
Pruitt, Scott 19
Putin, Wladimir 29
Raffensperger, Brad 18, 41
Reagan, Ronald 3, 7, 9, 12, 17, 24, 50 f., 62
Richter, Hedwig 64
Roosevelt, Franklin Delano 7, 16, 24, 25, 61
Saez, Emmanuel 26
Sanders, Bernie 16, 24, 27
Schumer, Chuck 48
Selenski, Wlodymyr 37, 44
Shiller, Robert 19
Sinema, Kirsten 61, 64



Smead, Howard 49
Snyder, Timothy 22, 63
Stavridis, James G. 29
Stefanik, Elise 45
Stiglitz, Joseph 19
Stone, Roger 46
Tai, Katherine 28
Tlaib, Rashid 43
Trump, Eric 52
Trump, Ivanka 21
Walker, George 10
Warnock, Raphael 41
Warren, Elizabeth 24, 27, 33
Weinberger, Caspar 50
Whitmer, Gretchen 49
Woodward, Bob 34
Wray, Christopher 52
Yellen, Janet 26, 28
Zucman, Gabriel 8, 26, 27, 62, 67
Zuckerberg, Mark 7, 53



Sachwort-Verzeichnis

- 1960er-Bewegungen 9
3 % United Patriots 49
Abschiebepolitik 30 f.
Abtreibung 2, 9, 10, 17, 33, 43, 56
Affären 21
Affordable Care Act 6
Afghanistan 18, 23, 30, 45
Afrika 35
Afro-Amerikaner 6 f., 24, 33, 39, 41-43,
48 f., 65
Akademiker 4
Aktienrückkäufe 19
Alternativenergie 25
Alt-Right 11, 50, 63
America first 42, 65
American Families Plan 25
American Jobs Plan 25
American Rescue Plan 35
Amerikanischer Traum 5 f., 18
Amnesty International 35
Amtsenthebungsverfahren 37, 48
Amtsmissbrauch 12
angebotsorientierte Politik 11
Ängste 64
Antifa 47
Apple 19, 26, 40
Arbeit 57
Arbeiter 37, 42, 43, 62
Arbeiterklasse 15, 19, 22, 28, 58, 62
Arbeiterpartei 56
Arbeitseinkommen 7
Arbeitslosenhilfe 8, 13, 25, 61
Arbeitsmarktpolitik 6, 32
Arbeitsplätze 43, 61, 62
Arme 25, 34
arme Länder 36
Asien-Amerikaner 6
Asylverfahren 31
Atomabkommen mit dem Iran 30
Atomkraft 25
Atomwaffen 22, 30
Aufstand 06.01.2021
→ Sturm aufs Kapitol
Auslandsgewinne 19
Außenhandelspolitik 28
Außenpolitik 24, 28, 65
Australien 29
autokratische Strukturen 64
autoritäre Führer 64
Ballungszentren → Metropolen
Banken, Eigenhandel 23
Banken, Eigenkapital 22
Banken, Stresstests 22 f.
Begnadigungen 12, 46
Besserverdiener 16
Bibeltreue 9
Bildung 4, 26, 57, 61
Black Lives Matter 11, 15, 37, 48
Black Power 15
Boogaloo Bois 49
Bots 52
Breitbart 43, 46, 63
Briefwahl 7, 38, 39, 40, 52
Briefwahlbetrug 38
Bundesebene 5
Bundesgerichte 12, 20, 54
Bundesrichter 20, 45
Bürgerkrieg 40, 49, 64
Bürgerrechte 24
Bürgerrechts-Organisationen 31
Buy American 28
Cambridge Analytica 52
Center for American Progress 50
China 2, 20, 24 f., 28 f., 32, 35, 37, 43,
65 f.,
Citigroup 40
Civil Rights Act 40
Coca Cola 40
College-Abschluss 6
Community Colleges 26
Corona-Pandemie 4, 8, 24, 25, 27, 30, 34,
35, 61, 64
Biontech 36
Impfstoff 35
Infektionswellen 35
mRNA-Technologie 36
Patente 35
Pharma-Industrie 36
Corona-Politik 4, 7 f., 8, 13, 19, 21, 24-27,
30, 33-37, 50, 52, 56, 61, 64f., 69
Covax 35
Covid-Politik 33
Curevac 35
Cyber-Angriffe 29



- Cybersicherheit 33
- "das Volk" 37
- Decency Communications Act 54
- Defense Production Act 35
- Dekrete, präsidentiale 28, 45
- Delaware 24, 51
- Delta Airlines 40
- demografischer Wandel 17
- Demokratie
 - Instabilität der 10
- Demokratie-Zerstörung 60 f., 63
- demokratische Institutionen 2 f., 12, 18, 23, 38, 43, 47, 58, 60, 62, 64
- Demokratische Partei
 - Flügel 64
- demokratische Spielregeln 61
- Deplorables 15
- Deregulierung 11, 19, 22 f., 51
- Digitalisierung 57
- Diktator 22
- Dividenden-Ausschüttungen 19
- Drehtüreffekt 10
- Durchschnittseinkommen 7
- Ehre 5, 42 f.
- Eigenverantwortlichkeit 6, 8
- einfache Dienstleistungsberufe 42, 62
- Einkommensgruppen 5, 7
- Einkommensteuer 8, 21, 23, 26 f., 61
- El Salvador 30
- Electoral College 12
- Elektro-Autos 25
- Eliten 4, 18, 21, 37, 42, 43, 56, 64
- Elternzeit 26
- emotionale Tiefengeschichte 42
- emotionale Tiefenstruktur 5, 58, 62
- Emotionen 4, 9, 51, 60, 62
- Energiewende 24
- Energy Efficiency Electricity Standard 25
- Entbürokratisierung 11
- EPA 19
- Erbschaftsteuer 8, 19, 26, 61
- Ersparnisse 27
- Erweckungsbewegung 9
- Erzkatholiken 9
- Essenstafeln 34
- Ethnien 2, 4, 5, 10, 15, 17, 24, 41
- EU 65
- Evangelikalismus 9, 10, 15, 17
 - National Association of Evangelicals (NAE) 10
- Executive Orders → Dekrete, präsidentiale
- Exekutiv-Orders → Dekrete, präsidentiale
- Exil-Kubaner 42
- Exzeptionalismus 64
- Facebook 8, 52, 53, 54, 56
- Fairness 65
- Fairness Doctrine 51
- Fairness-Klausel 51, 54
- Fake News 37, 51, 58
- Familie 2, 5
- Familienbild 2
- Faschismus 62 f.
- FBI 32, 36, 46, 48, 52, 63
- Federalist Society 12
- Filibuster 13, 20, 28, 31 f., 34, 40, 61, 68 f.
- Financial Stability Oversight Council 23
- Finanz-Derivate 16
- Finanzkrise 2007-09 3 f., 8, 11, 14, 17, 28
- Finanzmarkt-Deregulierung 16
- Finanzmarkt-Regulierung 16
- Finanzpolitik 11, 27
- Finanzsektor 2, 14, 16, 23, 28, 48, 51, 56
- Florida 22
- Flüchtlingszustrom 31
- Folter 65
- Fox News 10, 53, 54, 63
- Fracking 56
- Frauen 2 f., 6, 15, 20, 33, 47
- freie Märkte 5, 16
- freie Marktwirtschaft 5
- freies Unternehmertum 5, 17
- Freihandel 28, 55
- Freiheit 2, 5, 12, 16, 21, 26, 56, 57
- Freund-Feind-Denken 64
- Gebildete 2, 9, 15, 16, 41
- Gemeinschaft 5
- Gemeinschaftsempfinden 62
- Gemeinwesen 58
- Gemeinwohl 5, 62
- Georgia 18, 22, 38, 39, 40, 41
- Gerechtigkeit 6, 58
- Gerichtsbarkeit 44
- Gerrymandering 14, 65, 66
- Geschlechterordnung 57
- gestohlene Wahl 38, 47, 53, 59, 62
- Gesundheit 8, 22
- Gesundheitspolitik 6
- Gesundheitssystem 5, 8
- Gewalt 39, 49, 52, 60, 63



- Gewaltenteilung 12
Gewerkschaften 15, 28, 32, 56, 62
Ghost Guns 32
Gilded Age 7
Glass Steagall Act 16
gleichgeschlechtliche Ehen 56
gleichgeschlechtliche Paare 33
Gleichheitsprinzip 65
Globalisierung 55, 57, 63, 66
Globalisierungsgewinner 42
Globalisierungsverlierer 22, 42, 61
Google 53 f., 56
Green New Deal 13, 24, 25, 27, 33, 51
Grenzzaun 30
Guatemala 30
Handelspolitik 11
Häusersanierung 25
Hawaii 6
Highschool-Abschluss 6
Hispanics 7, 42
Hochschulen 12, 15, 26
Homosexuelle 9
Honduras 30
HR 1-Gesetzespaket gegen
Wahlerschwernisse 40
Hutaree 49
Huthi-Rebellen 46
Identität 8, 58, 63
Identitätspolitik 2, 15, 18
Ideologie 11
Illinois 22, 70
Immigrationsregelungs-System 31
Immunität 46
Impeachment 44 f.
Impfprogramm 34
Inauguration 48
Indien 29, 35
Industrie 2, 7, 24, 37, 41, 61
Inflation 27
Infrastruktur 13, 24 f.
Infrastrukturpaket 32
Instabilität 57
Interessenkonflikte 20, 43
Internationaler Weltwährungsfonds
→ IWF
Internet-Konzerne 33, 52
Interregnum 45
Investoren 11
Irak 18, 23, 45
Isolationismus 16
Israel 30
IWF 11
Japan 29
Jim Crow-Gesetze 40
Kalifornien 6, 32, 33, 68, 70
Kalter Krieg 8
Kansas 39
Kapitaleinkommen 7
Kapitalertragsteuern 7, 23, 26, 61
Kapitalismus 9
Kapitalmarktzingen 27
Kapitol-Polizei 47, 50
Kentucky 22
Keynesianische Politik 11, 27
Kinderbetreuung 2, 26, 61
Kindergeld 25, 26
kleine Selbständige 42
kleiner Mann 28
Klima-Konferenz 25
Klimaschutzpolitik 3, 25, 32 f.
Klimawandel 56
Kohle- und Ölindustrie 2, 22, 25
Kommunismus 3, 8, 35, 37, 42
Kompromissbereitschaft 59 f.
Kompromissbildungen 57
Konservatismus 55
konservative Richter 20
Konservative Revolution 7, 9
Körperschaftsteuer 7
Krankenversicherung 2 f., 6, 8, 13, 33, 56,
61, 66
Krankheit 6, 8
Kuba 45
Ku-Klux-Klan 50
Kuweit 23
Lager, politisch-kulturelle 2-4, 14, 57
Land und Stadt 4
Lateinamerika 35
Latinos 6, 42
Lebenserwartung 8
Leistungsbilanz 28
Leistungsdefizit 20
Liberalisierung 11
Libertarismus 17, 21
Libyen 18
Linksliberalismus 6, 18, 33, 43, 57 f., 60,
62
Löhne 5, 7
Lohnfortzahlung 26



- Lügen 21, 37 f., 43, 45, 47, 51-55, 58, 63 f.
Lynchjustiz 49, 65
Machtmissbrauch 43
Make America great again 18, 42
Maryland 6, 49, 70
Medicaid 6, 33
Medicare 5, 6
Medien 2 f., 17, 37 f., 44, 51-55, 57-59, 61, 64, 66, 69
Mehrheits-Wahlssystem → Wahlssystem
Meritokratie 2, 15, 33, 60-62
Metropolen 2, 15, 41
Mexiko 30, 46, 66
Michigan 15, 34, 38, 40, 42, 49
Michigan Militia 49
Microsoft 40
Migration 2, 6, 18, 30 f., 33, 57, 61 f., 64
 Flüchtlinge 37
 Migrationspolitik 31, 43, 54, 64
Militär 22, 29, 44 f., 48, 50, 59
Militärinterventionen 23
Militia of Montana 49
Militia-Movement-Anhänger 50
Milizen, rechtsradikale 50, 58, 59, 63
Millenials 10
Minderheitsgruppen 42
Mindestlohn 2, 7, 13, 56, 61 f.,
Mindeststeuer 26
Minnesota 34
Minoritätsgruppen 6
missionarische Tätigkeit 9
Mittelamerika 30
Mittelschicht 7, 24, 28, 42, 67
Moderne Geldtheorie 11
Moral 4, 6, 8, 16, 17, 62
Morde 32 → Gewalt
Nachhaltigkeit 24
Nahe Osten 30
Narzissmus 21
Nation 8, 9, 38, 43
National Rifle Association (NRA) 33
Nationaleinkommen 7
Nationalismus 43, 55, 56, 63
 christlicher 9
Nationalsozialisten 63
Nationalstolz 2
Nato 29, 66
Neo-Konföderierte 50
Neokonservative („Neocons“) 17
Neoliberalismus 2, 7, 9, 11, 17
Neo-Nazis 50
Neuengland 5
Nevada 6
New Deal (Roosevelt) 7 f., 15 f., 24, 26, 61
New Mexico 6, 49
Newsmax 10
Nordstream 2 65
Oath Keepers 48, 49, 55
Obamacare 6, 13, 33, 66
Oberschicht 58
oberstes Verfassungsgericht
 → Supreme Court
Occupy 11
OECD 26
Oklahoma 19, 22
Öl- und Kohleindustrie
 → Kohle- und Ölindustrie
Online-Wähler-Registrierungssystem 7
Originalismus 18
Palästinenser 30
Paradigmenwechsel 11
Pariser Klima-Abkommen 19, 31
Parler 47, 52, 63
Parteien
 Parteipräferenzen 10
 Parteizugehörigkeit 10
 Parteifinanzierung 40
Parteilichkeit 4
Parteisplaltung 56
Patriot Party 55
Patriotismus 2, 48
Pendelpolitik 65
Pennsylvania 15, 22, 38-40, 42, 70
Philippinen 29
Pietismus 9
Polarisierung 15, 52, 55
Political Action Committee (PAC) 14
politische Linke 6, 62
politische Rechte 3, 5, 58, 60, 62
Polizisten 48
Präsidentenwahlen 2024 57, 61
Presse 12
Privatinsolvenzen 34
Privatisierung 11
Pro Act 32
Propaganda 59
Protektionismus 17, 24, 28, 35, 43
Protestantismus 9



- Proud Boys 48, 49, 50
QAnon 9
qualifizierte Immunität 49
Rache 62
Rassismus 2, 3, 9, 17, 57, 65
rechtsextremer Gruppen und Milizen 48
Rechtskonservatismus 17
Rechtspopulismus 54, 57, 63
Rechtsradikalismus 49, 57, 62 f.
Reconciliation 13, 35, 68
Regulierung 5
Reiche 5, 19, 23, 58
Religion 9, 60
religiöse Rechte 33, 55
Rentner 10
Repräsentantenhaus 40, 43 f., 46 f., 51, 55, 66
Repräsentationsprinzip 12
Rio Grande 31
Risikobereitschaft 6
Roe versus Wade (Abtreibung) 17
Rostgürtel-Staaten 15, 40, 42
Religion 16
Russland 29, 46, 52, 65
Russland-Affäre 36
Säkularisierung 9, 10
Saudi-Arabien 30, 46
Save America (Trump) 56
Schuldenbremse 11
Schusswaffen → Waffenbesitz
schwarze Bevölkerung
→ Afro-Amerikaner
Schwellenländer 35
Section 230 54
Selbstregulierung 53
Senat 6, 12 f., 17 f., 20, 23, 28, 31-33, 35, 37, 40 f., 44, 46, 48, 51, 54-56, 58 f., 61, 64, 66, 68-70
Senator 57
Sexismus 9
Sich-Anpassen 5
Sicherheitsüberprüfung 32
Sklavenhaltergesellschaft 17, 57, 64
Sklavenhalter-Staaten 17
Sklaverei 40
Snapchat 53
Soldaten → Militär
Solidarität 62
South Carolina 17, 22, 41
Sozialdarwinismus 21
soziale Medien/Netzwerke 22, 47, 51 f., 54, 58, 63 f.
Sozialismus 3, 8, 35, 37, 42 f.
Sozialleistungen 11
Sozialpolitik 6, 8
sozialreformerische Anstrengungen 9
Sozialstaat 2 f., 5, 17, 24-26, 61, 64
Sozialstruktur 6
Sozialsystem 2, 8, 16
sozio-demografische Veränderungen 42
Spaltung 4 f., 7, 57, 60-62
spekulative Geschäfte 22
Spieler (Typ) 55, 58
Spitzensteuersatz 7, 19, 26
Staat (Rolle) 2, 5, 6, 8, 11, 17, 26, 32, 34, 42, 56 f., 61, 63
Distanz zum 8
Staatsskepsis 6
Staatsstreich 59
Staatsverschuldung 11, 27 f., 64
Stellung und Wertigkeit im Gemeinwesen 8
Steuererhöhungen 61
Steuerhinterziehung 21
Steuern 5
Steuerpolitik 61
Steuerreform 19, 23
Steuersenkung 6, 22, 51, 56
Steuersenkungen 62
Stolz 5, 8, 29, 43
Studium 2
Sturm aufs Kapitol am 06.01.2021 34, 41, 44-51, 53, 55, 56, 64
Subventionen 11, 36
Südafrika 35
Südchinesisches Meer 29
Südkorea 29
Südstaaten 5, 9, 15, 17
Suppenküchen 34
Supreme Court 10, 12 f., 21, 24, 38, 54, 69
Taiwan 29
Tatsachen-Wahrheiten 57 f., 60
Tax Cuts and Jobs Act 19
Tea Party 11, 17, 46, 51, 54, 56
Telegram 53
Texas 6, 7, 22, 30, 39, 70
Three Percenters 48 f.
Todesstrafe 33
Toleranz 6



- Totalitarismus 8
- Trumpismus 63
- Trump-Plattform 53
- Tugenden 59 f.
- Twitch 53
- Twitter 52, 54
- Umverteilung 25, 26
- Umverteilungspolitik 32, 61
- Umweltkatastrophen 5, 30
- Umweltschutzpolitik 2, 5, 19, 22 f., 25, 31 f., 54, 64
- Ungleichheit 4, 7 f., 16, 19, 24-26, 32, 57, 61, 63, 67
- Unternehmensgewinnsteuer 19, 26, 61
- Unternehmenssteuer-Erhöhung 51
- US-Kongress 40
- US-Zentralbank (Fed) 27
- Venezolaner 42
- Venezuela-Amerikaner 42
- Verantwortung 62
- Verbraucherschutz 22
- Verbrauchssteuer 61
- Verfassung 3, 9, 12, 18, 44 f., 47-50, 54, 64, 68
- Vermögensteuer 8, 27, 61
- Vernunft 6, 42
- Vernunftprinzip 9
- Verschuldung → Staatsverschuldung
- Verschörungserzählungen 47
- Verschörungstheoretiker 9
- Verschörungstheorien 4, 45, 53, 57, 64
- Verteidigungsminister 47
- Verteilungspolitik
→ Umverteilungspolitik
- Vertrauen 3, 9, 11, 16, 58, 59
- Vertrauensverlust 28, 58, 64
- Vietnam 10, 18, 29
- Virginia 34
- Vize-Präsidentenamt 33
- Vizepräsidentin 1, 23, 31, 33, 41
- Vorstädte 43
- Voting Rights Act 40
- Waffenbesitz 5, 15, 32 f., 56
- Waffengewalt 2, 4, 32
 - Massenschießereien 32
 - Waffenhandel 33
- Wahlbehinderung 7, 40
- Wahlbetrug 38 f., 52, 56, 59 f.
- Wahldistrikte 12
- Wahlenthaltung 58, 60
- Wählerbedürfnisse 60
- Wählermündigkeit 58
- Wählerregistrierung 39 f.
- Wahlfälschung 59
- Wahlfälschungslüge 59
- Wahlgesetze 39 f.
- Wahlkampfgelder 14, 41, 56
- Wahlkampforganisationen 56
- Wahlkampfspenden → Wahlkampfgelder
- Wahlleute 40
- Wahlmanipulation 54
- Wahlordnung 14
- Wahlpersonen 12
- Wahlprognosen 41
- Wahlprozeduren 12
- Wahlspenden → Wahlkampfgelder
- Wahlsystem 2, 12, 14, 39, 59, 60
 - Mehrheitswahlsystem 13 f., 60
 - Proportional-Wahlsystem 60
- Wahlumfragen 41
- "wahre Amerikaner" 9
- Wahrheit 65
- Wall Street → Finanzsektor
- Washington Consensus 11
- Washingtoner Establishment 37, 56
- "We'll take our country back" 42
- Weimarer Republik 63
- weiße Ältere 43
- weiße ältere Wähler 37
- weiße Arbeiter 7, 15
- weiße Bevölkerung 6
- weiße Männer 22
- weiße Wähler vom Lande 37
- weißes Amerika 24
- Weltbank 11
- Weltgesundheitsorganisation → WHO
- Weltwirtschaftskrise 7, 16, 61
- Werte 2, 5, 8 f., 60, 65
- Wertschätzung 8, 58, 61
- Wertvorstellungen 3, 5, 42
- West Virginia 22, 64, 69
- White Nationalists 50
- White Supremacy-Anhänger 50
- WHO 30, 34 f.
- Wiedergeburt 9
- Wikileaks 36, 52
- Wisconsin 15, 38, 40, 42
- Wissenschaft 9, 58
- WTO 35
 - Trips-Abkommen 35



Wyoming 22, 68

YouTube 53

Zerstörer (Typ) 55 f., 58

Zertifizierung 38-40

Zivilgesellschaft 62

Zölle 20, 28, 43, 51, 65

Zukunftstechnologien 33

Zwangsräumungen 34

Zweikammern-System 12

Zweiparteien-System 13

Zwischenwahlen 2022 31, 57, 61, 66